

# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

## Im Dickicht der Förderprogramme

Mit dem bestehenden Dschungel an Vorschriften und Gesetzen sowie der Umsetzung der Impfpflicht in Pflegeheimen und Krankenhäusern befasste sich der Bayerische Städtetag bei einer digitalen Pressekonferenz in Straubing. Der Vorstand sprach sich dabei für eine Vereinfachung der vielen staatlichen Förderprogramme für kommunale Vorhaben aus.

Nach Auffassung des Städtetagsvorsitzenden und Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr werden staatliche Förderprogramme für einzelne kommunale Aufgabenbereiche immer kleinteiliger und komplizierter. Um ein Förderprogramm

programmen an ihre Grenzen. Oft fehle in Rathäusern Personal, um etwa Planungen für Städtebau oder Verkehrsplanung für Radwege-Bau voranzutreiben. Dies erschwere die Bewerbung für Förderprogramme und behindere die rasche Abwicklung komplexer Bauvorhaben.

### Kontinuität und Verlässlichkeit für bestehende Programme

Kommunen wünschten mehr Kontinuität und Verlässlichkeit bestehender Programme, weil einzelne Fachprogramme zu kurz laufen oder nur oder einen Anschlag geben, so der Städtetagschef. Hilfreich wäre es, die kommunale Investitionskraft grundlegend mit höheren Pauschalen oder höheren Fördersätzen im kommunalen Finanzausgleich zu



OB Markus Pannermayr.  
Bild: Bayerischer Städtetag

zu nutzen, müssten Kommunen vielfältige Auflagen erfüllen und dicke Anforderungskataloge bearbeiten – oft begleitet von Gutachten, komplizierten Planungsschritten und einer Fülle von prüfenden Stellen. Komplexe Vorgaben des Vergaberechts erschweren ebenfalls eine zügige Abwicklung.

Pannermayr zufolge müssen Förderprogramme jedoch gut umsetzbar sein und in praxgerechten Fristen erfüllt werden können. Unabhängig von der Größe einer Stadt und Gemeinde kämen inzwischen kommunale Bauämter, Kammereien, Jugendämter und Schullehrer in Betracht der Fülle an Förder-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

stärken, um Schulen, Kindergärten, Kindertagesbetreuung, Radwegebau und Nahverkehr als Daueraufgaben auszubauen.

### Kapazitätsgrenzen bei den Genehmigungsbehörden

Vonseiten der Bezirksregierungen sei zu hören, dass auch die Genehmigungsbehörden bei der weiter steigenden Zahl unterschiedlicher Förderprogramme bei der Bearbeitung an Kapazitätsgrenzen stoßen. Das enge Zeitkorsett und häufig wechselnde Anforderungen erschweren die Umsetzung von Programmen.

Die Handlungsfelder von Förderprogrammen sind laut Pannermayr breit gefächert. Aus Sicht der Bundes- und Landespolitik sollen Programme, oft an einem Koalitionsvertrag orientiert, zielgenau und zeitnah einen bestimmten Effekt erfüllen. Daher seien Fördervoraussetzungen meist bis ins Detail geregelt. Differenzierte Regeln sollen gewährleisten, dass Mittel für den gewünschten eng definierten Zweck eingesetzt werden. Knappe Fristen sollen sicherstellen, dass Programme schnell, möglichst in der laufenden Legislatur- (Fortsetzung auf Seite 4)

### Terminhinweis 13. Bayerisches EnergieForum:

## Gute Beispiele gesucht!

Für den 2. Juni 2022 lädt die Bayerische GemeindeZeitung zum 13. Bayerischen EnergieForum ins Bürgerhaus der Stadt Garching bei München ein. Den Themen „Kommunaler Klimaschutz“ und „Anpassungsstrategien an Klimaveränderungen“ wird hier extra Raum gegeben. Anmeldungen und Infos: [www.bayerisches-energieforum.de](http://www.bayerisches-energieforum.de).

### Nun suchen wir Sie!

Haben Sie Projekte im Bereich Energie und Klimaschutz, auf die Sie besonders stolz sind und die Sie gerne als nachahmenswerte Beispiele den bayerischen kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern bei uns live präsentieren wollen? Dann bewerben Sie sich bitte bei uns bis zum 31.03.2022 per Mail an [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de). Unter den Einsendungen verlosen wir einen 30-minütigen Vortrag inkl. Dokumentation im Sonderdruck, der zur Veranstaltung erscheinen wird.

## Fraktionsinitiativen zum Haushalt 2022

60 Mio. Euro zusätzlich für besondere Projekte

Die parlamentarischen Beratungen zum bayerischen Haushalt 2022 haben begonnen. Sie umfassen unter anderem Initiativen der Fraktionen von CSU und FW im Umfang von 60 Millionen Euro. Über entsprechende Schwerpunkte informierten im Rahmen einer Gemeinschaftspressekonferenz CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer, der Vorsitzende der FW-Landtagsfraktion Florian Streibl, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier sowie der haushaltspolitische Sprecher der FW-Landtagsfraktion Bernhard Pohl.

Nach ihren Ausführungen sollen vorrangig der Wissenschaftszweig mit zahlreichen Forschungsprojekten sowie weitere von Corona besonders betroffene Bereiche wie Kunst und Kultur unterstützt werden. Auch der ländliche Raum ist den Fraktionen von CSU und FW ein Anliegen, wie die massive Aufstockung der Mittel für die Dorferneuerung zeigt. Die finale Abstimmung über den Haushalt 2022 ist ab dem 5. April 2022 geplant.

### Bayerische Spitzenforschung

Insgesamt 19,8 Millionen Euro werden für den Bereich Wissenschaft und Forschung aufgewendet. Allein 2,5 Millionen Euro fließen an die Fakultät für Physik der LMU München für den Ausbau von hochintensiven und präzisen Laseranlagen. Damit wird die bayerische Spitzenforschung gefördert. Weitere 7,2 Millionen Euro sollen für Forschungsprojekte über den Einsatz von Wasserstoff für energie-

intensive Unternehmen an der Universität Nürnberg-Erlangen sowie für Studien am Long-Covid- und Fatigue-Syndrom bereitgestellt werden. Mit einer Million Euro fördern die Fraktionen zudem die Herstellung und Entwicklung von Chips als wichtigem Baustein der Bayerischen Halbleiter-Initiative. Mit 500.000 Euro soll die Nachfrage nach Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen im Zuge der bayerischen „Bioökonomiestrategie“ unterstützt werden.

### Unterstützung für Kunst und Kultur

In den Kunst- und Kulturbereich fließen insgesamt 12,3 Millionen Euro. Darin sind zusätzliche Mittel für den Denkmalschutz sowie für Museen und Kulturveranstaltungen enthalten. Auch stocken die Fraktionen die Kino-Programmpremien um eine Million Euro auf. Davon profitieren vor allem kleinere und mittlere Kinos abseits

der Ballungsräume. Zuschüsse erhalten darüber hinaus die jüdische Erinnerungskultur sowie eine neue Forschungsstelle „Vertriebene als integraler Bestandteil Bayerns“ am Leibniz-Institut für Osteuropaforschung in Regensburg.

### Initiative ‚Innen statt Außen‘

Der ländliche Raum wird mit insgesamt 9,3 Millionen Euro unterstützt. Davon fließen 5,0 Millionen Euro in die Stärkung der Dorferneuerung. Durch die erfreulich hohe Nachfrage der Gemeinden, von Kleinunternehmern und privaten Bauherren nach Maßnahmen der Dorferneuerung konnten nicht alle Projekte zeitnah gefördert werden. Vor allem die attraktive Initiative ‚Innen statt Außen‘ kommt sehr gut an. Die Dorferneuerung ist in Bayern seit über 40 Jahren ein Erfolgsmodell. Durch die Bürgermitwirkung und ihrem breiten Themenspektrum trägt sie erfolgreich dazu bei, gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Bayern zu schaffen. Bei einer weiteren regionalen Initiative, dem Projekt ‚Saugut‘ geht es darum, das Tierwohl in den Schweineställen zu erhöhen und das Kastrieren von Ebern überflüssig zu machen.

Im Bereich Wirtschaft fördern die Regierungsfaktionen kleine und mittlere Betriebe im Handwerk und Handel. Insgesamt 575.000 Euro sind für den Ausbau der Gründerwerkstatt Glas Zwiesel vorgesehen. Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, optimale Startbedingungen für (Fortsetzung auf Seite 4)

### Kinderbetreuung im Freistaat:

## Millionenschweres Investitionsprogramm

Der Kita-Ausbau in Bayern geht weiter voran. Die Staatsregierung unterstützt die Kommunen beim Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Einschulung. Die Gemeinden, die im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms gefördert werden, erhalten einen Aufschlag von bis zu 35 Prozentpunkten auf die reguläre Förderung. Aktuell profitieren davon die Landkreise Mühldorf am Inn, Bad Tölz-Wolfratshausen, Altötting, Erding, Weilheim-Schongau, München, Ostallgäu, Günzburg, Würzburg, Miesbach, Lindau, Dillingen an der Donau und Unterallgäu.

Laut Familienministerin Carolina Trautner, „schaffen wir maßgeschneiderte Kindertagesbetreuung und unterstützen die Kommunen dabei mit Nachdruck. Mein Ziel ist es, dass Familien den Betreuungsplatz bekommen, den sie sich wünschen.“

Zwölf neue Krippenplätze entstehen in Eggkofen (Landkreis Mühldorf am Inn) durch den Umbau und die Erweiterung der Kindertageseinrichtung. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 139.000 Euro. Durch die Erweiterung der Kindertageseinrichtung Waldorfschule in Geretsried (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) um eine Krippen- und eine Kindergarten-Gruppe werden zwölf neue Krippenplätze und 25 neue Kindergartenplätze bereitgestellt. Der Freistaat gibt einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 252.000 Euro.

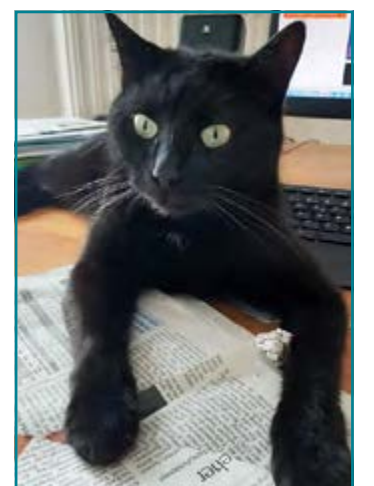
plätze und 300 Kindergartenplätze neu entstehen. Unterstützt wird die Kommune mit insgesamt 4.727.000 Euro. Durch die Einrichtung einer Kinderkrippe „Hand in Hand“ in einem bestehenden Mehrzweckgebäude in Rettenbach (Landkreis Ostallgäu) kommen zwölf neue Krippenplätze dazu. Die Förderung beträgt 228.000 Euro. 24 neue Krippenplätze und 100 neue Kindergartenplätze gibt es in Leipheim (Landkreis Günzburg) durch den Neubau der Kindertagesstätte „Pustelblume“. Der Freistaat unterstützt mit 1.229.000 Euro.

Die Kindertageseinrichtung in Sonderhofen (Landkreis Würzburg) wird mit zwölf neuen Krippenplätzen und 40 neuen Kindergartenplätzen ausgestattet. (Fortsetzung auf Seite 4)

### Neue Krippen- und Kindergartenplätze

Durch die Erweiterung und den Umbau des Herz-Jesu-Kindergartens in Garching an der Alz (Landkreis Altötting) kommen ebenfalls zwölf neue Krippen- und 25 neue Kindergartenplätze dazu. Die Förderung beträgt 232.000 Euro. Über zwölf neue Krippenplätze und 50 neue Kindergartenplätze darf sich aufgrund des Ersatzneubaus die sechsgruppige Kindertagesstätte St. Peter in Würth (Landkreis Erding) freuen. Die Unterstützung des Freistaats beläuft sich auf 614.000 Euro. Auch die Kindertagesstätte an der Nonnenwaldstraße 48 in Penzberg (Landkreis Weilheim-Schongau) wird mit neuen Krippenplätzen und 75 neuen Kindergartenplätzen bedacht. Förderungssumme: 1.290.000 Euro.

In der Landeshauptstadt München werden durch verschiedene Maßnahmen 144 Krippen-



Damit sich freiheitliche Gedanken nicht wie ein Virus verbreiten und pandemisch werden, nutzte China die Null-Covid-Strategie für Einschränkungen, Überwachungen und Schikanen. Nun ist der Spuk vorbei, allerdings steht mit der Fußball-WM ausgerechnet im Wüstenstaat Qatar der nächste Kommerzklamauch schon vor der Tür. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Debatte um Katastrophenschutz	2
Zukunft des Luftverkehrs	2
Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“	3
GZ-Kolumne Carmen Pepiuk: 70 Häuser und eine Heizung – Nahwärmenetz in Trabititz bewährt sich	3
Senioren-Union: Belange älterer Mitbürger ernst nehmen	3
Jahresbilanz Regionalförderung 2021	4
Kommunale Energiethemen	6 - 10
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	11 - 12
Kommunalfahrzeuge GaLaBau	13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16



Innenausschuss des Bayerischen Landtags:

## Debatte um Katastrophenschutz

Bayerns Hochwasser- und Katastrophenschutz auf dem Prüfstand: Im Rahmen einer Expertenanhörung beschäftigte sich der Innenausschuss des Bayerischen Landtags mit der Frage, wie zukunfts-fest das bayerische Katastrophenschutzsystem ist und wie die Menschen bestmöglich gewarnt werden können. Übereinstimmend betonten die Sachverständigen, dass der Freistaat für den Katastrophenfall insgesamt zwar gut vorbereitet sei, es aber durchaus noch Optimierungsmöglichkeiten gebe.

Allein 50 Millionen Euro hat die CSU-Fraktion via Haushalt von 2019 bis 2021 für den Katastrophenschutz bewilligt, 2022 kommen noch einmal mehr als 21 Millionen Euro dazu. Ihr Augenmerk liegt insbesondere darauf, auf veränderte Katastrophenlagen in der gesamten Bandbreite vorbereitet zu sein. So ermöglichte die Fraktion das Bayerische Zentrum für besondere Einsatzlagen in Windischeschenbach (BayZBE), das weiter ausgebaut werden soll. Auch macht sie sich für ein Wasserrettungszentrum stark, in dem vor allem ehrenamtliche Retter geschult werden können. Vom Bund fordert die CSU-Fraktion die Verlängerung und Verstärkung der Sondermittel für den Sirenenausbau.

### Dezentrale Strukturen

Übereinstimmend vertreten die Experten die Meinung, dass sich für den Freistaat dezentrale Strukturen bewährt haben. Laut Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung im Bayerischen Landkreistag, müssen Entscheidungen vor Ort getroffen werden. Er verwies darauf, dass auf die Landratsämter neue Aufgaben im Katastrophenschutz zukämen, wofür mehr Personal benötigt werde.

Dem stimmte Landrat Bernhard Kern (Berchtsgadener Land) zu. Aus eigener (Flut-) Erfahrung weiß er, dass es nach einem akuten K-Fall noch eine Fülle weiterer Aufgaben gibt, die begleitet werden müssen. Schließlich sei nach der Krise vor der Krise. Mehr Prävention mahnte in diesem Zusammenhang der Leiter der Branddirektion Mün-

chen, Oberbranddirektor Wolfgang Schäuble, an. Wichtig seien beispielsweise vorausschauende Bbauungspläne.

Aus Sicht von Robert Schmitt, Präsident des Medizinischen Katastrophen-Hilfswerks Deutschland, muss der Katastrophenschutz breiter aufgestellt werden. Möglich sei dies jedoch nur mit einer vorbereiteten Bevölkerung. „Die besten Sirenen bringen nichts, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht wissen, was der Warnton bedeutet“, machte Schmitt deutlich.

Johann Eitzenberger, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbands Bayern, plädierte dafür, eingeübte Strukturen auch länderübergreifend einzusetzen. In dasselbe Horn stieß Thomas Lobenstein von der Bergwacht Bayern. Seiner Erfahrung nach wird die Koordination immer dann schwierig, wenn mehrere Landkreise zusammenkommen. Deshalb sei es erforderlich, die Akteure landkreis- wie bundeslandübergreifend stärker zu vernetzen. Diese Meinung vertrat auch CSU-Landtagsabgeordneter Norbert Dünkel, der jedoch vor Investitionen in den Katastrophenschutz nach dem Gießkannenprinzip warnte.

### Spontanhelfer integrieren

Für einen leichteren Zugang zum Ehrenamt, für mehr Wertschätzung und langfristige Anerkennung, sprach sich die neue Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes, CSU-Mdl. Angelika Schorer aus. Dazu zählt für die Sachverständigen auch, Spontanhelfer, die nicht in eine der Hilfsorganisationen eingebunden sind, besser zu integrieren.

Dass dies keine leichte Aufgabe ist, darauf verwies Leonhard Stärk vom BRK. Schließlich hätten Spontanhelfer in der Akutphase einer Katastrophe nichts zu suchen, auch um Helferstrukturen nicht zu behindern.

### Zunahme Extremwetter

Da aufgrund des Klimawandels Extremwetterereignisse in Zukunft zunehmen werden, gab die SPD-Landtagsfraktion ein Gutachten bei Prof. Dr. Markus Disse, Lehrstuhl für Hydrologie und Flussgebietsmanagement der TU München, in Auftrag. Dabei ging es um die Frage, wie man ein Land und seine Bürger vorbereiten und Schäden minimieren kann. Entsprechend formulierte Disse Empfehlungen für die Bereiche Bauvorsorge, natürlicher Wasserrückhalt sowie Informations- und Verhaltensvorsorge.

## Zukunft des Luftverkehrs

### Anhörung im Verkehrsausschuss des Bayerischen Landtags

Klima- und Umweltaspekte standen im Mittelpunkt einer Sachverständigen-Anhörung im Verkehrsausschuss des Bayerischen Landtags zum Thema „Zukunft des Flugverkehrs“. Übereinstimmend vertraten die Experten die Meinung, dass Fliegen nach der Corona-Krise wieder ein unverzichtbarer Bestandteil des Lebens werden wird, es aber auch nachhaltiger werden müsse.

Dass man mittel- und langfristig um alternative Energieträger wie Wasserstoff, Biokraftstoffe oder durch erneuerbare Energien gewonnene Energie in Batterien nicht herumkommen werde, darauf verwies der Luftfahrtsystem-Experte Prof. Dr.-Ing. Mirko Hornung von der TU München. Aus seiner Sicht muss die gesamte Energiegewinnung sowohl nachhaltig als auch ökonomisch sein – eine Herausforderung, da die Kosten aktuell zwei- bis viermal höher seien als für reguläres Kerosin.

Das Wachstum im Luftverkehr in den nächsten 20 Jahren von der Umweltbelastung zu entkoppeln, ist nach den Worten von Prof. Dr.-Ing. Anke Rita Kayser-Pyzalla, Vorstandsvorsitzende des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, von zentraler Bedeutung. Hierzu seien Flugzeuge und Antriebe energieeffizienter zu gestalten.

### Emissionsarmes Fliegen

Umweltfreundlichere Kraftstoffe könnten beigemischt werden, später neue Energieträger, wie etwa Wasserstoff, zur Anwendung kommen. Aktuell seien Beimischungen von nachhaltigem Treibstoff bis zu 50 Prozent möglich, künftig könnten es 100 Prozent sein. Um emissionsarmes Fliegen zu ermöglichen, müssten neben der Veränderung des Antriebssystems beispielsweise neue Integrationskonzepte in die zukünftigen Flugzeuge und die Optimierung der Flugführung in den Blick genommen werden, erläuterte Kayser-Pyzalla.

Apropos Flugführung: Studien von Dr. Friedrich Thießen, Professor für Finanzwirtschaft und Bankbetriebslehre an der TU Chemnitz, belegen, dass sich CO<sub>2</sub>-Emissionen vor allem einsparen ließen, indem weniger Flüge angeboten würden.

Laut Chief Technical Officer Dr. Sabine Klauke von Airbus Defense and Space sind Flugzeuge der neuesten Generation beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß schon heute 20 bis 30 Prozent energieeffizienter als vergleichbare Vorgängermodelle. Da der Anteil moderner Flugzeuge jedoch nur zwölf Prozent beträgt, müsse die Erneuerung der Flotten ins Visier genommen werden. Ähnlich stelle sich die Situation bei nachhaltigem Treibstoff dar: Bislang könnten die Flugzeuge nur eine Bei-

auf dieser Grundlage fordert SPD-Fraktionschef Florian von Brunn nun einen umfassenden Hochwasser-Check für Bayern in allen Bereichen. Zwar investiere der Freistaat viel Geld in Hochwasserschutz entlang von Flüssen und Gewässern, doch gebe es auch noch erhebliche Defizite. Die lange angekündigten Sturzflut-Hinweiskarten für Bayern lägen immer noch nicht vor. Zudem hätten bislang lediglich 75 Kommunen Fördermittel für das Sturzflut-Risikomanagement erhalten, d.h. nicht einmal vier Prozent aller Gemeinden, Märkte und Städte im Freistaat.

„Die Staatsregierung muss die Mittel für den Wasserrückhalt in der Fläche sowohl in Städten und Gemeinden als auch in der Land- und Forstwirtschaft deutlich erhöhen“, fordert von Brunn. „Wir brauchen mehr Dachbegrünung und Entsiegelung in der Stadt, zudem eine angepasste Bewirtschaftung in der Land- und Forstwirtschaft. Das alles passiert nicht ohne Fördermittel.“ DK

mischung von maximal 50 Prozent betanken, der Rest müsse herkömmliches Kerosin sein. Genutzt werde dies freilich nur bei einem Prozent der Flüge. Bis Ende des Jahrzehnts aber solle es möglich sein, nur noch synthetischen oder Bio-Treibstoff zu tanken, erklärte Klauke. Je nachdem, wie nachhaltig dieser dann produziert wird, könne der Kohlendioxid-Ausstoß damit drastisch reduziert werden.

Nach den Ausführungen von Dr. Stefan Kreuzpaintner, Chief Commercial Officer Lufthansa Airlines und Lufthansa Hub, investiere das Unternehmen trotz der Corona-Krise konstant in moderne Flugzeuge. Mit dem Airbus A350 werde das derzeit modernste und emissionsärmste Langstreckenflugzeug der Flotte bereits heute am Premiumdrehkreuz in München eingesetzt. Die A350 reduziere nicht nur die CO<sub>2</sub>-Emissionen um rund 30 Prozent im Vergleich zu bisherigen Langstreckenflugzeugen, sie sei auch wesentlich leiser. Bis 2030 sollen Kreuzpaintner zufolge 170 ältere Flugzeuge ausgetauscht werden. Als wichtig erachtet er auch die Kombination verschiedener Verkehrsträger. Hierzu seien allerdings mehr Bahnverbindungen an die Flughäfen erforderlich.

### Gute Anbindung

Die Bedeutung einer guten Anbindung hob auch Jost Lammers, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, hervor. Zudem forderte er, die Wettbewerbsbedingungen für Airports im Vergleich zum Rest der Welt zu verbessern. Schließlich würden europaweite restriktive Maßnahmen nicht zu einem besseren Weltklima führen. Dies hätte nur zur Folge, dass der Verkehr zu anderen Flughäfen umgeleitet wird.

Darüber hinaus wies Lammers darauf hin, dass aus seiner Sicht grünes Fliegen durchaus möglich ist. Schon heute strebt der Flughafen München mit über 280 bereits umgesetzten Einzelmaßnahmen und dem Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis zum Jahr 2030 eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz an. Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Flughafen München Konzern bis 2030 rund 150 Millionen Euro investieren. Zudem hat der Airport die europäische „Net-Zero-Carbon“-Resolu-

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

### Große Projekte kommunizieren

21. März 2022, 14:00 - 15:30 Uhr

Es gibt Projekte, die eine Menge Geld kosten, die der Bürger aber gar nicht wirklich wahrnimmt. Der Tiefbau kann ein Lied davon singen. Wenn hier gearbeitet wird, dann erkennt der Bürger das am besten daran, dass seine Mobilität in irgendeiner Form gehemmt wird. Außerdem kostet das Ganze hohe Summen, die aus Sicht der Bürger „versickern“. Die wenigsten wissen, was eine funktionierende Infrastruktur wert ist. Also sollte man solche Projekte besonders gut kommunizieren. Der Vortrag gibt Hinweise, wie das gelingen kann und zeigt auch ein paar Beispiele zu diesem Thema.

Referent: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung unter [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de)

Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MwSt.

### Expertenrunde „Heimische Rohstoffe“:

Gewinnung, Recycling, Entsorgung und Artenschutz“

24. März 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Wir alle brauchen heimische Rohstoffe wie Sand, Kies und Naturstein – täglich. Sie begleiten uns nicht nur bei baulichen Maßnahmen, sondern begegnen uns schon nach dem Aufstehen z.B. beim Zähneputzen oder der Tasse Kaffee danach. 150 Mio. Tonnen beträgt der Bedarf an Gesteinsrohstoffen in Bayern pro Jahr. Wir sind in Bayern und Deutschland in der glücklichen Lage, mit mineralischen Rohstoffen gesegnet zu sein und diese regional fördern zu können. Das macht uns unabhängig von Importen und schont die Umwelt durch kurze Transportwege.

Ohne Frage ist eine Rohstoffgewinnungsstätte zunächst ein Eingriff in die Landschaft – jedoch in vielerlei Hinsicht ein positiver. Kommunale Entscheider befinden sich hier oft im Spagat zwischen Bedenken der Bevölkerung und dem gesellschaftlichen Auftrag, unseren alltäglichen Bedarf zu decken. Hintergrundwissen und eine überzeugende Kommunikation sind gefragt – denn von vielen Aspekten der Rohstoffgewinnung vor Ort können Gemeinden und sogar die Natur profitieren.

Schon während der Gewinnung verwandelt sich die Grube oder der Steinbruch, z.B. von einer zuvor intensiv genutzten landwirtschaftlichen Fläche, in Überlebensräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten.

Explodierende Kosten und der Mangel an geeigneten Verfüllstandorten stellen Gemeinden bei der Entsorgung von Bodenaushub vor große Herausforderungen. Auch wenn Recycling von Bauschutt und nachhaltige Baustoffe künftig feste Bestandteile des Rohstoffmix sein werden, wird die Verfüllung von Gruben und Brüchen nach der Gewinnungsphase weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Die vielfältigen Möglichkeiten der Flächennutzung nach der Gewinnung bergen für Gemeinden zudem gewinnbringende Chancen.

Gemeinsam mit dem Bayerischen Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden hat die Bayerische Gemeindezeitung ein Programm entwickelt, das praxisnah die vielfältigen Fragestellungen rund um die Rohstoffgewinnung und die Entsorgung von Bodenaushub erklärt sowie Hintergrundwissen, Lösungen und Argumentationshilfen anbietet.

Sie haben bis **14.03.2022** die Möglichkeit Fragen an [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de) einzusenden, die an die Referenten weitergeleitet werden.

### Programm:

- Impulsvortrag heimische Rohstoffe: Bedarf, Flächen und Bedeutung: Dr. Bernhard Kling | Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV)
- Erfahrungen mit Biotopen auf Zeit in Bayern: Dr. Andreas von Lindener | Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. (LBV)
- Bodenaushub – die Sicht der Gemeinden: Direktor Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag
- Bodenaushub – Abfall oder Ressource? Holger Seit | Landesverband Bayerischer Bauinnungen (LBB)
- Effiziente Flächennutzung mit Rohstoffgewinnung: Pius Geiger | Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf

Moderation Constanze von Hassel | Bayerische Gemeindezeitung

Anmeldung: [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de)

Teilnahmegebühr: kostenfrei

### Social Media für Kommunen

21. Juni 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen in die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referent: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung unter [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de)

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

tion des ACI Europe, des Dachverbands europäischer Flughäfen, unterzeichnet und sich damit zur Umsetzung eines technisch vollständig CO<sub>2</sub>-freien Betriebes bis 2050 verpflichtet.

Ist der Verkehr besser zu organisieren, können auch die Lärmprobleme gemindert werden, erklärte Dr. René Weinandy, Fachgebietsleiter für Lärminderung im Verkehr beim Umweltbundesamt. Dazu habe die Weltgesundheitsorganisation 2018 eine Empfehlung veröffentlicht. Weinandy forderte, Kurzstreckenflüge auf die Schiene zu verlagern und die Kosten für die Umweltbelastung durch das Fliegen an die Fluggesellschaften weiterzugeben. Um einen nachhaltigen Luftverkehr zu organisieren, gelte es, diese Bausteine klug aufeinander abzustimmen.

In der anschließenden Aussprache forderte der Ausschussvorsitzende Sebastian Körber (FDP) die Staatsregierung auf, sich „vollumfänglich auf die jeweiligen Einzelbedürfnisse der drei bayerischen Verkehrsflughäfen München, Nürnberg und Memmingen zu konzentrieren. Hierzu gehört unter anderem eine Express-Anbindung des Flughafens München an die bayerische Landeshauptstadt. Ich bin froh, dass der Bund im Koalitionsvertrag Unterstützung signalisiert.“

Während der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Manfred Eibl (Freie Wähler), die Bedeutung (Fortsetzung auf Seite 3)

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Johann Thiel  
93092 Barbing  
am 8.3.

Bürgermeister  
Günter Kopp  
95508 Kulmain  
am 8.3.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Prechtl  
92551 Stulln  
am 24.2

Bürgermeister Paul Dirnecker  
83137 Schonstett  
am 4.3.

Bürgermeister  
Manfred Hauser  
87662 Kaltental  
am 4.3.

Bürgermeister Leonhard Meier  
94133 Röhrnbach  
am 5.3.

Bürgermeister Karl Kolb  
86750 Megesheim  
am 7.3.

Bürgermeister  
Josef Hammer  
92699 Irchenrieth  
am 15.3

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ulrich Pfanner  
88175 Scheidegg  
am 24.2

Bürgermeister  
Hans-Jürgen Strehl  
92265 Edelsfeld  
am 4.3.

Bürgermeister Josef Oswald  
85625 Glonn  
am 8.3.

Bürgermeister  
Hubert Oberhauser  
82544 Egling  
am 12.3

Bürgermeister  
Bernhard Blümelhuber  
84339 Unterdietfurt  
am 16.3

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Thomas Huber  
84036 Kumhausen  
am 9.3.

Bürgermeister Ralf Neuner  
86860 Jengen  
am 14.3.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Dr. Georg Malterer  
82347 Bernried  
am 25.2.

Bürgermeister Michael Bayer  
91077 Hetzles  
am 4.3.

Bürgermeister Peter Kraus  
97503 Gädheim  
am 15.3.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Haus der Bayerischen Geschichte | Museum:

## Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“

Neues HdBG-Portal „Jüdisches Leben in Bayern“ geht online

**Augsburg/Regensburg.** Nachhaltig, vernetzt und zum Mitmachen: Am Freitag, 18.02.2022 wurde das neue Online-Portal „Jüdisches Leben in Bayern“ des Hauses der Bayerischen Geschichte freigeschaltet. Das Portal ist einer der herausragenden bayerischen Beiträge zum Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Damit wurde eine breite inhaltliche Basis gelegt, die nun beständig erweitert werden kann. Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, führte den entscheidenden Eröffnungs-Klick für das Portal aus.

„Noch immer ist vielen Menschen die reiche jüdische Geschichte Bayerns nicht bekannt“, sagte Schuster in seinem Grußwort. Das Portal bietet einen einfachen und modernen Zugang zur Geschichte des Judentums im Freistaat. „Wissen hilft gegen Vorurteile und baut Berührungspunkte ab. Mit dem Projekt baut das Haus der Bayerischen Geschichte eine Brücke zwischen Juden und Nicht-Juden und trägt damit ganz wesentlich zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.“

### Kulturelles Leuchtturmprojekt

Bayerns Kunst- und Wissenschaftsminister Bernd Sibler betonte in seinem Grußwort: „Das Online-Portal 'Jüdisches Leben in Bayern' ist ein echtes kulturelles Leuchtturmprojekt. In einer beeindruckenden Fülle und Anschaulichkeit lässt es Nutzen

(Fortsetzung von Seite 2)

von international wettbewerbsfähigen Flughäfen in Europa unterstricht, kritisierte Johannes Becher (Bündnis 90/Die Grünen), dass es nicht reiche, Tanklager grün anzustreichen. Wenn der globale Kerosinverbrauch bei 300 Millionen Tonnen liege, aber lediglich 150.000 Tonnen nachhaltiges Kerosin produziert würden, sei dies eine Herstellung in „homöopathischen Dosen“. Dabei finde der Klimawandel jetzt statt, so befand Becher.

Aus Sicht von Inge Aures (SPD) ist es angebracht, Ökonomie und Ökologie besser in Einklang zu bringen. Als erschreckend bezeichnete sie Berichte, wonach es Fluggesellschaften anscheinend nur darum gehe, Flugzeuge fliegen zu lassen, damit sie ihre Slots an den Flughäfen nicht verlieren. „Dies führt zu großer Unruhe“, pflichtete Uli Henkel (AfD) bei.

Nach den Worten von Ulrike Scharf (CSU) wachsen die europaweiten Umsätze des Luftverkehrs bis 2050 von 185 auf 304 Milliarden Euro. Obwohl sich dieser in einem Jahrzehnt des Umbruchs befinde, könne grüner Luftverkehr gelingen.

### Mehr Mobilität und weniger Belastung

Der verkehrspolitische Sprecher der CSU, Jürgen Baumgärtner, fasste die Ergebnisse der Anhörung wie folgt zusammen: „Wir können zukünftig mehr Mobilität auch im Flugverkehr bei weniger Belastung für Mensch und Natur erreichen. Emissionsarme Antriebe und nachhaltige Flugkraftstoffe werden wir dabei durch ergebnisoffene Technologieforschung weiter in den Fokus bringen. Ökonomie und Ökologie sind auch im Flugverkehr vereinbar. Klar wurde aber auch, dass wir die Anbindung der bayerischen Flughäfen insbesondere an das Fernverkehrsnetz der Bahn deutlich verbessern müssen. Hier haben wir bereits wichtige Schritte mit der Beauftragung einer Studie für einen ICE-Anschluss des Flughafens München gemacht. Das müssen wir auch mit der neuen Ampel-Regierung in Berlin fortsetzen.“ **DK**

rinnen und Nutzer die jüdische Kultur in allen bayerischen Regionen erleben. Mit dem heutigen Go Live setzen wir ein entscheidendes Zeichen für Toleranz und Gemeinschaft. Das Haus der Bayerischen Geschichte hat wieder einmal Herausragendes geschaffen. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten herzlich für ihr außergewöhnliches Engagement.“

### Einzigartige Vernetzung

Impulsgeber für die Einrichtung des Portals durch das Haus der Bayerischen Geschichte war Dr. Ludwig Spaenle, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und historisches Erbe. Er freute sich, dass das Haus der Bayerischen Geschichte in nur knapp einem Jahr eine Webanwendung vorlegen konnte, die in ihrer Vernetzung einzigartig ist und zum fortwährenden Ausbau einlädt: „Mit dem Online-Portal 'Jüdisches Leben in Bayern' setzt das Haus der Bayerischen Geschichte ein wichtiges Leitprojekt zu jüdischer Geschichte und jüdischem Alltagsleben im Jubiläumsjahr um. Es eröffnet für User die Möglichkeit, sich unabhängig von Ort und Zeit über mehr als 350 jüdische Gemeinden, Synagogen, Mikwen, Friedhöfe und Gedenkstätten zu informieren. Und Bildung und Wissen sind die Schlüssel im Kampf gegen Judenass. Das Online-Portal ergänzt zudem zwei weitere bayerische Leitprojekte im Festjahr '1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland': die Digitalisierung der Archive ehemaliger jüdischer Gemeinden in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem sowie die Inventarisierung jüdischer Friedhöfe. Ich bin zuversichtlich, dass wir im Jubiläumsjahr, das bis Ende Juli 2022 verlängert wurde, das Netzwerk von israelischen Kultusgemeinden und Einrichtungen, von Vereinen und Organisationen sowie der öffentlichen Hand und der Wissenschaft fester knüpfen können.“

und Privatteuten konnten wir zählen. So ist es uns in rekordverdächtiger Zeit gelungen, das Portal rechtzeitig zum Festjahr '1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland' aufzusetzen. Ein Anfang ist gemacht, die Basis steht. Jetzt geht es um weitere Recherchen, redaktionelle Pflege und Vernetzung mit weiteren Angeboten. Dazu brauchen wir einerseits von Seiten des Freistaats gesicherte Arbeitskraft und andererseits Unterstützung von historisch Interessierten.

### Mitarbeit erwünscht

Das Portal eröffnet Möglichkeiten zur Mitarbeit und soll fortlaufend erweitert werden.“ Eng verbunden ist das neue Portal auch mit dem Angebot „Heimat im Kleinformat“ in der Dauerausstellung des Museums des Hauses der Bayerischen Geschichte in Regensburg. Dort können Besucherinnen und Besucher der Entwicklung ihres Heimat- und Wohnortes digital in Text, Bild und Grafik nachspüren – in einer künftigen Ausbaustufe erweitert um Inhalte zum jüdischen Leben.

Hier geht es zum neuen Portal: [www.hdbg.eu/juedisches-leben](http://www.hdbg.eu/juedisches-leben)

Weitere Informationen über das Haus der Bayerischen Geschichte: [www.hdbg.de](http://www.hdbg.de) **DK**

### Senioren-Union Bayern zum geplanten Seniorenmitwirkungsgesetz:

## Belange älterer Mitbürger ernst nehmen

Um die politische Mitwirkung älterer Menschen in Bayern auf örtlicher und überörtlicher Ebene noch weiter zu verbessern, wird die Bayerische Staatsregierung ein Seniorenmitwirkungsgesetz auf den Weg bringen. Entwickelt wurde es in einem breiten Dialogprozess auf Wunsch von Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner.

Auch die Senioren-Union begleitet die Beratung des Gesetzesentwurfs intensiv und bringt laut SEN-Landesvorsitzendem Franz



Franz Meyer.

Bild: privat

Meyer, Altlandrat und Staatssekretär a.D., ihre Erfahrung aus der Seniorenarbeit auf lokaler und auf Landesebene ein.

Im Rahmen des neuen Gesetzes ist geplant, auf Landesebene ein Gremium einzurichten, das sich aus den Seniorenvertretungen der Gemeinden und Landkreise zusammensetzen soll. Damit würden die Meinungsbildung, die Interessenvertretung sowie der Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Seniorenpolitik in Bayern gestärkt.

Nach umfassender Vorbereitung und Beratung steht das bayerische Seniorenmitwirkungsgesetz bald vor der Behandlung durch den Bayerischen Landtag. „Als Anwalt der älteren Genera-



### KOLUMNE Carmen Papiuk

Liebe Leserinnen und Leser,

der Ölpreis und die Diskussion um Russlands Pipeline „Nord Stream 2“ lassen 70 Trabitzer Hauseigentümer kalt. Sie haben ihre Heizung stillgelegt und beziehen Nahwärme von einer Biogasanlage im Ortsteil Blankenmühle. Der Betreiber des Netzes ist die Nahwärme Trabitzz GmbH & Co. KG, eine Tochtergesellschaft der Bürger-Energiegenossenschaft West. Es kommen regelmäßige Anfragen von Bürgern aber auch Gewerbetreibenden, die an das Netz anschließen möchten. Auch ein Netzausbau ist nicht ausgeschlossen, bedarf jedoch einer detaillierten Vorprüfung

### 70 Häuser und eine Heizung: Nahwärmenetz in Trabitzz bewährt sich

Im Juli 2019 wurde mit dem Bau begonnen und bereits Ende 2019 ging das 6.000 Meter lange Netz in Betrieb, was der optimalen Zusammenarbeit von Netzbetreiber, den ausführenden Firmen und den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Trabitzz zu verdanken war. Im Februar 2021 wurde die Anlage von der Bürger-Energiegenossenschaft eG und der NEW eG gekauft und somit ist die Wärmeversorgung in Trabitzz auch langfristig gesichert.

Und eins steht fest: die regionale Wertschöpfung hat ihre Vorteile! Die Nahwärme spart nicht nur Platz, sondern auch Kosten bei der Anschaffung, beim Betrieb und bei der Instandhaltung. Die Anlage ist klimafreundlich, regio-

nal und bequem. Es gibt keinen Schmutz im Haus wie bei einer Holzheizung, die Ansprechpartner sind vor Ort und auch der Kaminkehrer braucht nicht mehr vorbeizukommen.

Diese Wärme ist preiswert. Bezahlt wird nur was verbraucht wird. Somit sind die Heizkosten deutlich günstiger gegenüber dem Heizöl.

Rund 3,5 Mio. kWh pro Jahr Wärme werden in das Netz abgegeben. Damit die Wärmelieferung gesichert ist, hat der Betreiber einen Pufferspeicher (Volumen: 42.000 Liter) beim Blockheizkraftwerk aufgestellt.

Das Kraftwerk läuft mit Biogas, das der Generator für die Stromerzeugung antreibt. Hier werden bis zu 6,5 Mio. kWh pro Jahr ins Netz eingespeist. Die NEW eG hat die Direktvermarktung des Stroms an die Next-Kraftwerke übergeben; diese wiederum stellen den Strom den Endabnehmern zur Verfügung.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat in der Gemeinde Trabitzz einen hohen Stellenwert. Die Gemeinde versucht, die kommunalen Handlungsmöglichkeiten, wie Solar-, Biogas- und Wasserkraftanlagen, kreativ und innovativ auszuschöpfen. Mittels der Biogasanlagen sowie PV-Anlagen wird in der Gemeinde Trabitzz mehr Strom erzeugt als benötigt. Die besten Voraussetzungen für eine Bewerbung zur Energie-Kommune, was gemeinsam mit der NEW eG auf den Weg gebracht wird.

Der Mut zur Entscheidung, in der Gemeinde Trabitzz ein Nahwärmenetz zu bauen, wurde definitiv belohnt – eine klassische Win-Win-Situation! In vielen Gemeinden in Bayern bieten sich Nahwärmenetze an und ob mit oder ohne Partner an der Seite gilt: alles beginnt mit dem ersten Schritt!

### Ihre Carmen Papiuk

Stv. Landesvorsitzende der KPv Bayern  
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabitzz

sei. Deshalb sei er froh, dass bereits rund 91 Prozent der bayerischen Gemeinden über eine Seniorenvertretung in Form eines Seniorenrats, -beirates oder eines Seniorenbeauftragten verfügen. „Aufgrund dieses großen Anteils und unter Respektierung des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen sollten wir mit einem Gesetz den Gemeinden nichts verpflichtend vorschreiben. Wir empfehlen jedoch, die Einrichtung einer Seniorenvertretung, um bestehende Lücken in deren Interessenvertretung zu schließen“, unterstrich Huber.

Auf Landesebene soll aus seiner Sicht eine parteipolitisch neutrale Form der Mitwirkung der älteren Generation entstehen: „Ich stelle mir einen ‚Landesseniorenrat‘ vor, der das Sprachrohr der kommunalen Gremien ist und die senioren-spezifischen Interessen gegenüber dem Landtag und der Staatsregierung wahrnimmt sowie die kommunalen Gremien bei ihrer Arbeit unterstützt.“ **DK**

### Ich lese die GZ

» ... weil die Kommunen bei meinen Themen

Wohnen, Bau und Verkehr unsere wichtigsten

Partner sind. «

Kerstin Schreyer

Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr





Bayerische Grenzpolizei:

## Deutliches Sicherheitsplus

Bereits seit rund dreieinhalb Jahren sorgt die Bayerische Grenzpolizei durch intensive Schleierfahndung im grenznahen Raum und Kontrollen an ausgewählten Kontrollstellen unmittelbar an der Grenze für mehr Sicherheit. Dazu kamen im vergangenen Jahr umfangreiche Kontrollen der Coronavorschriften bei der Einreise, auch an bayerischen Flughäfen, wie Innenminister Joachim Herrmann gemeinsam mit der neuen Direktorin der Bayerischen Grenzpolizei, Annette Lauer, bei der Bekanntgabe der Jahresbilanz 2021 in Passau betonte.

Vergangenes Jahr verzeichnete die Bayerische Grenzpolizei deutlich mehr Aufgriffe als im Jahr zuvor, berichtete Herrmann. Insbesondere die illegale Migration habe erheblich zugenommen. 1.781 unerlaubte Einreisen, d.h. 37 Prozent mehr als im Vorjahr, sowie 181 Schleuserfälle (plus 47 Prozent) habe die Bayerische Grenzpolizei festgestellt. Diese Entwicklung spiegelt sich auch bei den Asylantragzahlen wider. Nachdem die Zahl

der Erstanträge seit 2017 vier Jahre kontinuierlich gesunken war, stieg sie 2021 bayernweit um rund 63 Prozent auf etwa 20.000 Erstanträge. Mit großer Sorge sieht Herrmann deshalb die Ankündigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, eine „Koalition der aufnahmebereiten Mitgliedstaaten“ schließen zu wollen. Dies werde auch insgesamt den Migrationsdruck in Richtung Europa deutlich verstärken und berge die Gefahr,

zu einem „Konjunkturpaket“ für menschenverachtende Schleuser zu werden.

Ein Beleg für die ausgezeichnete Arbeit der Grenzpolizei sind Herrmann zufolge vor allem auch die insgesamt rund 50.000 Fahndungstreffer im Rahmen der Schleierfahndung an der Ost- und Südgrenze seit Juli 2018 (2021: 14.923, plus 11 Prozent), beispielsweise weil ein Haftbefehl vorlag oder ein Fahrzeug wegen Diebstahls zur Fahndung ausgeschrieben war. Die Zahl der jährlich bearbeiteten Fälle stieg 2021 auf insgesamt 53.131, ein Plus von 24 Prozent.

### Erfolgreiche Schleierfahndungskontrollen

Bei den Schleierfahndungskontrollen und den vorübergehenden Grenzkontrollen an der Landgrenze stellten die bayerischen Grenzpolizisten im Bereich der Waffen- und Sprengstoffdelikte 641 Fälle fest (plus 11 Prozent), im Bereich der Urkundendelikte waren es 1.280 (plus 33 Prozent), worunter beispielsweise Passfälschungen oder die missbräuchliche Verwendung von Ausweisen fallen, sowie im Bereich der Rauschgiftkriminalität 2.646 (plus 6 Prozent).

Laut Stephan Seiler, stellvertretender Chef der Grenzpolizei, kam eine Einheit in Hof etwa einem Schmugglerquartett auf

die Schliche und stellte 170 Kilogramm Amphetamin-Tabletten sicher. Zudem wurden auf der A 8 in Oberbayern vier Kalaschnikow-Gewehre und eine Maschinenpistole samt Munition aus dem Verkehr gezogen. An der tschechischen Grenze bei Waidhaus (Kreis Neustadt/Waldnaab) konnten schließlich Diebe überführt werden, die Dutzende Computer im Wert von 60.000 Euro in einem Transporter geschmuggelt hatten. Dass solche Erfolge möglich seien, liege an der sehr guten Ausrüstung der Beamten, erklärte Seiler. So hat die Bayerische Grenzpolizei seit November 2021 hochmoderne und mit Wärmebildkamera ausgestattete Multi-copter (Drohnen) im Einsatz.

Wie Bayerns Innenminister auch deutlich machte, sei die Arbeit der Grenzpolizei 2021 zusätzlich stark von der Corona-Pandemie geprägt gewesen. Die Grenzpolizisten führten mehr als 1,2 Millionen Kontrollen der coronaspezifischen Anmelde- und Nachweispflichten durch, direkt an den Landgrenzen, bei der Schleierfahndung und an Flughäfen. Dabei gab es rund 26.700 Verstöße gegen die Corona-Einreisevorschriften.

Dass die Bayerische Grenzpolizei mit hochmoderner Ausstattung und mehr Personal weiter deutlich verstärkt werden muss, steht für Herrmann außer Frage. Seit ihrer Gründung habe der Freistaat die Zahl der Grenzpolizisten bereits um 276 auf 756 erhöht. Bis 2025 soll die Grenzpolizei über 1.000 Stellen verfügen. **DK**

Terminhinweis:

## Dialog 2030

Kommunale Entwicklungspolitik für Jahrzehnt des Handelns

Jetzt ist die Zeit zu handeln! Bis 2030 gibt es noch viel zu tun. Städte, Landkreise und Gemeinden leisten einen zentralen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen. Die zentralen Fragen der kommenden Jahre werden sein: Wie hängen Klimawandel und Pandemieursachen zusammen? Wie werden fairer Handel und faire Beschaffung zum Standard? Wie erklären Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern die Zusammenhänge der Einen Welt? Und wie binden sie globale Perspektiven in lokale Entscheidungsprozesse ein?

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global lädt am 5. und 6. Mai 2022 kommunale Entscheiderinnen und Entscheider nach Bonn ein, um diese Fragen gemeinsam zu diskutieren und passgenaue Lösungen zu finden! Freuen Sie sich auf einen Impuls von Yvonne Aki-Sawyer, Oberbürgermeisterin von Freetown, Sierra Leone, sowie praxisnahe Diskussionen zur Umsetzung der Agenda 2030 mit Ramona Schumann, Bürgermeisterin von Pattensen, Matthias Dießl, Landrat des Kreises Fürth und vielen mehr.

Die Konferenz ist eine Austauschplattform für kommunale Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und kommunalen Unternehmen sowie der Zivilgesellschaft. Die Veranstaltung ist kostenlos. Reisekosten werden von Engagement Global übernommen. Die Anmeldung und aktuelle Informationen finden Sie hier: <https://skew.engagement-global.de/preview.php/dialog-bonn-pakt-agenda-2030-kommunal.html>

## Im Dickicht der ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
periode, in die Umsetzung kommen.

Ein Beispiel: Das auf Bundes- und Länderebene formulierte Ziel der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab 2026 soll mit Hilfe eines Investitionsprogramms vorangetrieben werden. Der Bund stellt den Ländern zum Infrastrukturausbau im ersten Schritt 750 Millionen Euro zur Verfügung – auf Bayern fallen 116,7 Millionen Euro. Anfang Juni 2020 hat sich der Bundestag verständigt. Es folgte ein Abstimmungsprozess des Bundes mit den Ländern, die Verwaltungsvereinbarung ist Ende Dezember 2020 geschlossen worden. Mitte März 2021 hat der Freistaat die Förderrichtlinie veröffentlicht, auf deren Basis bayerische Städte und Gemeinden Anträge stellen können.

### Erwartungshaltung der Eltern

Zwischen dem Beschluss der Bundesregierung am 3. Juni 2020 und der Veröffentlichung der Förderrichtlinie im Freistaat am 10. März 2021 sind neun Monate verstrichen. Die Erwartungshaltung der Eltern auf eine verlässliche Ganztagsbetreuung ist bereits weit vor der Weichenstellung des Bundestags im Sommer 2020 geweckt worden. Die Vorlaufzeiten für Neubau- und Ausbauprojekte sind lang – mit Planung, Genehmigung und Ausschreibung bis zur Abwicklung des Baus und Abrechnung der einzelnen Gewerke. Beantragte Fördermittel aus dem Bundesprogramm für Ganztagsbetreuung hätten ursprünglich bereits bis 31. Dezember 2021 vollständig verausgabt sein müssen: Damit sind Baumaßnahmen in der Praxis von der Förderung faktisch ausgeschlossen, denn binnen eines halben Jahres lässt sich ein Bau von der Planung bis zur Endabrechnung nicht realisieren. Um das Förderprogramm bedarfsgerecht abwickeln zu können, hätten die Fristen von vornherein gut zwei Jahre länger sein müssen.

Dass nur noch Spezialisten in den großen Kommunen die Förderprogramme der EU, des Bundes und des Landes ganz durchschauen können, erläuterte Pannermayr am Beispiel der Förderung von Luftreinigungsgeräten in den Schulen. Deren Anschaffung habe sich verzögert, da die Kommunen gezwungen seien, die Geräte europaweit auszuschreiben. Solche Regelungen sollten nach Ansicht des Vorsitzenden zumindest in dramatischen Situationen wie der Corona-Pandemie ausgesetzt werden.

Mehr Tempo sei auch in Sachen Impfpflicht gefragt, so der Verbandschef. Konkret erachtet er die einrichtungsbezogene Corona-Impfpflicht für Beschäftigte

im Gesundheitsbereich und deren ordnungsgemäßen Vollzug als erforderlich.

### Impfpflicht: Enormer zusätzlicher Arbeitsaufwand

Wie Pannermayr darlegte, führe die Verankerung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht im Infektionsschutzgesetz zu einem enormen zusätzlichen Arbeitsaufwand bei den ohnehin über Gebühr belasteten Gesundheitsbehörden vor Ort. „Wir stehen vor zahlreichen Einzelverfahren. Noch gravierender ist aber, dass wenige Wochen vor der Einführung entscheidende Fragen immer noch nicht geklärt sind: Für wen genau soll die Impfpflicht gelten? Welche Einrichtungen fallen tatsächlich unter die Impfpflicht? Was gilt für die Abwägung, ob der Betrieb einer Einrichtung, etwa in Krankenhäusern und Pflegeheimen, durch Beschäftigungsverbote gefährdet ist? Deshalb fordern wir Bund und Länder auf, die offenen Fragen schnellstmöglich zu klären und den Gesundheitsämtern Handlungsleitlinien zu geben.“

Die Ankündigung von Ministerpräsident Markus Söder, für den Vollzug der einrichtungsbezogenen Impfpflicht Übergangsfristen vorsehen zu wollen, könne zunächst eine Atempause verschaffen, bis Bund und Freistaat zügig einheitliche Vollzugsregelungen finden, betonte Pannermayr. Denn über alle die Diskussionen hinweg sollte ein Kernanliegen nicht aus dem Blick geraten: „Die einrichtungsbezogene Impfpflicht ist einmütig auf Bundesebene beschlossen worden, um besonders gefährdete und gesundheitlich geschwächte Menschen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu schützen.“

### Atempause dank Söder

So, wie sich die Situation jetzt darstellt, drohen nach Auffassung des Städtetagschefs deutliche Verzögerungen bei der Umsetzung. Ohne klare Regeln und Leitplanken werde es auch keinen einheitlichen Vollzug geben. Damit seien Enttäuschungen vorprogrammiert. „Wir brauchen Rechtsklarheit. Außerdem müssen die Verfahren einfach gestaltet werden, damit sie von den Gesundheitsämtern überhaupt umgesetzt werden können“, forderte Pannermayr. Insgesamt halte der Vorstand des Bayerischen Städtetags die schnelle Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für wünschenswert. Ein einheitlicher und effizienter Vollzug müsse dabei gewährleistet sein. Dazu erscheine es sinnvoll, dass die dabei anfallenden administrativen Aufgaben durch eine Bundesbehörde geleistet werden. **DK**

## Millionenschweres ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Fördersumme beläuft sich auf 180.000 Euro. Durch den Umbau des ehemaligen Klosters in ein Kinderhaus werden in Miesbach 36 neue Krippenplätze und 69 neue Kindergartenplätze bereitgestellt. Förderungssumme: 1.024.000 Euro.

50 neue Kindergartenplätze werden der erweiterten Kindertagesstätte St. Blasius in Weiler-Simmerberg (Landkreis Lindau) zuteil. Der Freistaat gibt einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 315.000 Euro. Über 15 neue Krippenplätze und 22 neue Kindergartenplätze darf sich der umgebaute und erweiterte Kindergarten Mörslingen in der Gemeinde Finningen (Landkreis Dillingen an der Donau) freuen. Der Freistaat unterstützt mit 273.000 Euro. Durch den Ersatzneubau und die Erweiterung der Kindertagesstätte Zaisertshofen in Tussenhausen (Landkreis Unterallgäu) konnten 15 neue Krippenplätze und 22 neue Kindergartenplätze entstehen. Die Förderung beläuft sich auf 426.000 Euro.

### Mittel für die Kommunen

Nach Trautners Angaben unterstützt der Freistaat die Gemeinden seit 2008 massiv durch zusätzliche Mittel zum Ausbau der Kinderbetreuung. „Damit tragen wir den geänderten Bedürfnissen der Familien und den steigenden Geburtenzahlen Rechnung. Über 1,3 Milliarden Euro hat der Freistaat dafür zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen 846 Millionen Euro an Bundesmitteln, die in voller Höhe den Kommunen zugutekommen.“

Im aktuellen 4. Sonderinvestitionsprogramm wurden die 178 Millionen Euro an Bundesmitteln mit Landesmitteln in Höhe von 417 Millionen Euro erhöht. Insgesamt werden damit rund 73.500 Betreuungsplätze für Kinder bis zur Einschulung gefördert. Auch nach dem Ende des 4. Sonderinvestitionsprogramms engagiert sich der Freistaat weiter beim Kita-Ausbau. Der Fokus verschiebt sich nun auf den Ausbau der Betreuungsplätze für Grundschulkindern.

Im vorschulischen Bereich fördert der Freistaat auch künftig die Kommunen, und zwar im Rahmen des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes. Die förderfähigen Kosten werden, abhängig von der Finanzkraft der Gemeinde, in Höhe von bis zu 80 Prozent, in Einzelfällen sogar bis zu 90 Prozent, erstattet.

### Höchste Qualität in Kindertageseinrichtungen

Ministerin Trautner: „Für den Ausbau der Kinderbetreuung sind die Mittel bestens eingesetzt. Wir wollen aber auch höchste Qualität in den Kindertageseinrichtungen überall in Bayern. Deshalb leisten wir auch hohe Betriebskostenzuschüsse an die Gemeinden und setzen zusätzlich qualitative Akzente durch Förderprogramme. Zum Beispiel haben wir einen Leitungs- und Verwaltungsbonus eingeführt, um die pädagogischen Leitungen zeitlich zu entlasten. Die Konditionen dafür haben wir aktuell mit Wirkung ab 2021 erheblich verbessert.“ **DK**

## Jahresbilanz Regionalförderung 2021

Aiwanger: Niederbayern liegt an der Spitze / Sicherung von 21.000 Arbeitsplätzen

Das Bayerische Wirtschaftsministerium investiert mit der Regionalen Wirtschaftsförderung mehr als 217 Millionen Euro in den bayerischen Mittelstand. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger freut sich, dass dank der regionalen Fördermittel rund 21.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert sowie Investitionen von 1,5 Milliarden Euro bei den Firmen angestoßen wurden.

„Der Mittelstand hat in allen Regierungsbezirken trotz Pandemie weiterhin stark in Maschinen, Fertigungsanlagen und Gebäude investiert. Er hat erneut unter Beweis gestellt, dass dieser ein stabiles und verlässliches Wirtschaftsfundament des Freistaats darstellt. Die staatliche Unterstützung flankiert und fördert die bereits eh schon hohe Investitionsbereitschaft im Handwerk, im Tourismus, im Handel oder im Bau- und Gastgewerbe. Die Förderung soll die Marktposition all dieser Unternehmen ausbauen“, erklärt Wirtschaftsminister Aiwanger.

Im vergangenen Jahr erhöhten sich die Fördermittel von

## Fraktionsinitiativen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Glasschaffende unterschiedlichster Fachrichtungen zu schaffen. Explizit soll eine langfristige Stärkung des traditionsreichen Glasstandortes „Zwieseler Winkel“ erreicht werden. Dieser ist weltweit bekannt für sein Glas und die touristische Prägung.

### Naturverträgliche Besucherlenkung

450.000 Euro wollen die Regierungsfaktionen im Bereich Umwelt für die naturverträgliche Besucherlenkung in stark frequentierten Regionen zur Verfügung stellen sowie weitere 100.000 Euro für die Entwicklung und Erprobung innovativer Herdenschutzmaßnahmen zur Wolfsabwehr. 750.000 Euro fließen in das Pilotprojekt „WASERmobil“, das Schülern sowie interessierten Bürgern die Herausforderungen der modernen Wasserwirtschaft näherbringen soll.

### Fraktionsreserve für bayerischen Hominiden

Auch die Entdeckung des ältesten aufrecht gehenden Menschenaffen, dessen Überreste bei Pforzen im Landkreis Ostallgäu gefunden wurden, stand auf der Agenda. Um die Bedeutung der Entdeckung hervorzuheben und touristisch nutzbar zu machen, sollen zusätzlich zu einer Förderung des Wirtschaftsministeriums 200.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Die-

ser Betrag stammt aus der sog. Fraktionsreserve, die den Regierungsparteien CSU und FW zusätzlich zum Staatshaushalt zur Verfügung stehen.

### Mittel für innovative medizinische Anwendungen

Wie der Vorsitzende der FW-Landtagsfraktion Florian Streibl hinzufügte, habe seine Fraktion ein besonderes Augenmerk auf die Pflege gelegt. „Wir haben nicht nur zusätzliche Mittel für Hospize sowie für innovative medizinische Anwendungen im Bereich der Onkologie eingestellt, sondern fördern auch mit 1,6 Millionen Euro das Programm „Pflegesohn“, um die bedarfsgerechte pflegerische Versorgungsstruktur in der Fläche zu stärken“, unterstrich Streibl.

### Solidität des Staatshaushalts

Lobende Worte fand schließlich CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer für die Solidität des Staatshaushalts, der mit 71 Milliarden Euro eine rekordverdächtige Höhe erreicht habe. Die Ermächtigung zur Neuverschuldung in Höhe von 20 Milliarden Euro werde für drei Jahre, statt wie zunächst angenommen, nur einem Jahr Pandemie-Bekämpfung ausreichen. Mit einer Investitionsquote von 15,9 Prozent rangiere der Bayern-Haushalt 2022 deutlich an der Spitze aller Bundesländer. **DK**

die Wirtschaftsförderung in den Regionen, die unter schwierigen personellen Bedingungen gut 100 Fördervorhaben mehr als im Vorjahr beraten und bewilligt haben.“

An der Spitze der Förderungen liegt Niederbayern. Insgesamt wurden Mittel in Höhe von 49,3 Millionen Euro eingesetzt bei insgesamt 130 Investitionsvorhaben. So gab es beispielsweise alleine 58 Tourismusvorhaben in Niederbayern, die Zuwendungen in Höhe von 17,4 Mio. Euro erhielten. Die 72 Fälle in Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistungsbranche wurden mit 31,9 Millionen (2020: 16,3 Millionen Euro) gefördert. Dadurch sind in Niederbayern 510 neue Arbeitsplätze entstanden, gut 2.200 wurden gesichert.

[www.stmwi.bayern.de/foerderungen/regionalfoerderung/#c1557](http://www.stmwi.bayern.de/foerderungen/regionalfoerderung/#c1557)



# Partizipation stärken und Jugendarbeit unterstützen

Jugendministerin Carolina Trautner: „Mit rund 11 Millionen Euro schaffen wir im Rahmen der Aktivierungskampagne neue Perspektiven für junge Menschen“

Durch die anhaltende Corona-Pandemie haben viele junge Menschen Isolation, Frust und Erschöpfung erlebt. Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales hat den Bayerischen Jugendring (BJR) beauftragt, geeignete Maßnahmen zur Wertschätzung und Aktivierung zu erarbeiten, um die jungen Menschen (wieder) neu für die Angebote der außerschulischen Bildungsarbeit zu gewinnen.

Rund 11 Mio. Euro stehen dafür in den Jahren 2021 und 2022 einmalig zur Verfügung – als Baustein des vom Ministerrat beschlossenen Konzepts zur außerschulischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie. Damit sollen unter anderem rund 300 Veranstaltungen auf lokaler, kommunaler und bezirklicher Ebene für und mit jungen Menschen zusätzlich unterstützt, Fördermittel für Jugendverbände in BJR-Fachprogrammen aufgestockt und eine öffentlichkeitswirksame Medienkampagne finanziert werden.

Dazu Bayerns Jugendministerin Carolina Trautner: „Nach zwei Jahren Pandemie kann endlich die Vielfalt außerschulischen Lebens für junge Menschen wieder verstärkt stattfinden und die wertvolle Arbeit der Mitarbeitenden in der Jugendarbeit wertgeschätzt werden. Ich freue mich, wenn wir gemeinsam mit dem BJR, unserem bewährten Partner, wie-

der mehr junge Menschen und Mitarbeitende für die Angebote der Jugendarbeit vor Ort gewinnen können. Durch die zusätzlichen Mittel sollen neue Begegnungs- und Partizipationsformate vor Ort entstehen, die die Partizipation junger Menschen stärken und Jugendarbeit unterstützen.“

## Aktivierungskampagne zum richtigen Zeitpunkt

„Mit den zusätzlichen Mitteln der Aktivierungskampagne unterstützt das Jugendministerium die Jugendarbeit zum richtigen Zeitpunkt. Dadurch können Veranstaltungen für junge Menschen organisiert werden, bei denen sie sich wieder persönlich begegnen können“, erläutert BJR-Präsident Matthias Fack. „Was junge Menschen jetzt am meisten brauchen, sind Begegnungen und geschützte Räume“, sagt Fack. „Genau das kann die Jugend- und Jugendverbandsarbeit als Wirk- und Werkstätte

der Demokratie mit ihren vielfältigen Angeboten bieten.“

Die Aktivierungskampagne besteht im Wesentlichen aus zwei Bestandteilen:

## Förderung von Veranstaltungen und Maßnahmen

Im Rahmen der Aktivierungskampagne werden als Zeichen der Wertschätzung und um die Jugendarbeit in Bayern nach der Covid-19-Pandemie wieder zu stärken, einmalig zusätzliche Mittel für Jugendringe und Jugendverbände sowie die weiteren Arbeitsfelder in der Jugendarbeit zur Verfügung gestellt, um schnell und unkompliziert Veranstaltungen für junge Menschen durchzuführen. Für die 96 Jugendamtsbezirke sollen je 44.000 Euro über die Stadt- und Kreisjugendringe bereitgestellt werden, die sieben Bezirksjugendringe erhalten je 110.000 Euro als Zuweisung.

## BJR-Fachprogramme

Darüber hinaus können insgesamt bis zu 200 Veranstaltungen mit je 1.500 Euro unterstützt werden. Die BJR-Fachprogramme Medienpädagogik, Demografie und Partizipation, Integration und Inklusion sowie die Basisförderung und besondere

Förderaufgaben werden mit zusätzlich 2.239.000 Euro ausgestattet.

## Medienkampagne ab Sommer 2022

Eine durch eine Kommunikationsagentur zu entwickelnde Medienkampagne richtet sich an Kinder und Jugendliche sowie Ehrenamtliche in der Jugendarbeit in Bayern. Nach erfolgreicher europaweiter Ausschreibung sollen voraussichtlich ab Sommer eine Dachkampagne mit einem Beteiligungskonzept für Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner sowie ein Veranstaltungskonzept entstehen.

## Außerschulischen Unterstützung in der Corona-Pandemie

Die Aktivierungskampagne wird im Rahmen des Bayerischen Aktionsplans Jugend durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gefördert aus Mitteln des vom Ministerrat beschlossenen Konzepts zur außerschulischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie und durch das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend.

**Aktivierungskampagne:** [www.bjr.de/aktivierungskampagne](http://www.bjr.de/aktivierungskampagne)  
**Bayerischer Aktionsplan Jugend:** [www.stmas.bayern.de/aktionsplan-jugend/](http://www.stmas.bayern.de/aktionsplan-jugend/) und [www.bjr.de/aktionsplan-jugend](http://www.bjr.de/aktionsplan-jugend)

Innenminister Herrmann zum Europäischen Tag des Notrufs:

## Einheitliche europäische Notrufnummer voller Erfolg

Unter „112“ europaweit kostenfreie und schnelle Hilfe Bayernweit rund 2,8 Millionen Notrufe jährlich Hohe Zahl an ungewollten Fehlanrufen

Zum „Europäischen Tag des Notrufs“ hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann die Bedeutung und den Erfolg der einheitlichen europaweiten Notfallnummer bei einem Besuch der Integrierten Leitstelle (ILS) Nürnberg hervorgehoben. „Seit über 30 Jahren können alle Menschen innerhalb der EU und weiteren europäischen Ländern wie Großbritannien, Norwegen und der Schweiz mit der „112“ im Notfall kostenlos und schnelle Hilfe rufen – sowohl die Feuerwehr als auch den Rettungsdienst“, so Herrmann. „Die bayerischen Integrierten Leitstellen leisten hier großartige Arbeit: Jedes Jahr bearbeiten sie bayernweit rund 2,8 Millionen Notrufe.“ Damit unsere bayerischen Leitstellen auch technisch auf dem neuesten Stand sind, investiert der Freistaat in ein neues Einsatzleitsystem. Wie der Minister bekannt gab, laufe die europaweite Ausschreibung bereits.

Herrmann nahm den Tag des Notrufs zum Anlass, um auf die hohe Zahl an ungewollten Fehlanrufen hinzuweisen. „Alleine bei der ILS Nürnberg war jeder fünfte Anruf, der einging, unbeabsichtigt. Jeder dieser ungewollten Anrufe – zu denen auch sogenannte Hosentaschenanrufe zählen – kostet Zeit und Ressourcen! Denn hier ist höchste Konzentration gefordert, ob es sich um einen Irrläufer oder tatsächlich um einen Notfall handelt und beispielsweise der Anrufer aufgrund seiner Verletzungen schwer zu verstehen ist.“ Der Minister mahnte daher zur Vorsicht: „Seien Sie achtsam beim Umgang mit Ihrem Smartphone! Nutzen Sie beispielsweise bewusst die Sperrfunktion Ihres Endgeräts. Zusätzlich kann eine Handyhülle das Risiko eines ungewollten Wählens verringern. Helfen Sie so mit, Fehlanrufe beim Notruf 112 zu verhindern!“

Herrmann dankte allen Einsatzkräften für ihre hervorragenden Leistungen während der Corona-Pandemie. Ein besonderer Dank ging an den Leiter der ILS Nürnberg und sein Team: „Herr Gistrichovsky hat als alleiniger Ansprechpartner für Bayern die Verlegung von 49 Corona-Intensivpatienten im Rahmen des Kleeblattverfahrens in weniger stark betroffene Bundesländer betreut und koordiniert. Ihm und seinem Team gebührt unser aller Respekt und Anerkennung.“

**Weitere Informationen zur Notrufnummer 112:**

[www.notruf112.bayern.de](http://www.notruf112.bayern.de)

## GZ KOMMUNAL-ABC des Mobilfunknetzausbaus

### Teil 6: Netzausbau im Spannungsfeld der Interessen

Täglich nutzen wir Smartphones und andere mobile Geräte und können uns ein Leben ohne mobile Kommunikation kaum mehr vorstellen. Die Technologie entwickelt sich schnell weiter und der steigende Datenverkehr macht den weiteren Ausbau der Infrastruktur erforderlich. Im letzten Teil zum Mobilfunknetzausbau erläutern wir genauer, welche Rolle die Kommunen im Spannungsfeld des Netzausbaus ausfüllen können.

#### Die Rolle der Kommunen

Ein mehrstufiger Prozess regelt die Information und die Mitsprache der Kommunen hinsichtlich des geplanten Netzausbaus. So ist sichergestellt, dass die Städte und Gemeinden rechtzeitig von dem Vorhaben eines Mobilfunknetzbetreibers Kenntnis erhalten und beim Neubau von Standorten innerhalb eines definierten Zeitfensters ihre konkreten Standortvorschläge in die Planung einbringen können. Sowohl in der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (26\_BImSchV) ist die Beteiligung der Kommunen festgelegt, als auch in der Vereinbarung der Netzbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden. Durch diese beiden Regelungen

erhalten die Städte und Gemeinden die notwendigen Informationen ebenso wie Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Auswahl von neuen Mobilfunkstandorten. Der [Mobilfunkpakt Bayern](#) konkretisiert dieses Verfahren.<sup>1</sup>

#### Übergeordnete Transparenz und Information

Die Mobilfunknetzbetreiber in Deutschland wollen den Auf- und Ausbau der Mobilfunknetze möglichst im gesellschaftlichen Konsens durchführen. Sie stellen auf Anfrage ihre lokale Netzplanung dar und stellen diese den betroffenen Kommunen zur Verfügung. Es findet ein regelmäßiger Austausch über den Ausbau- und Planungsstand der Netzinfrastruktur auf regiona-

ler und lokaler Ebene als Maßnahme zur frühzeitigen Einbeziehung der Kommunen statt, sofern die Kommune dies wünscht. Diese etablierte Vorgehensweise bietet den Kommunen konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten bei der regionalen Planung von Mobilfunkstandorten und trägt dazu bei, den einvernehmlichen Ausbau der Netzinfrastruktur zu regeln.

#### Umgang mit konkreten Projekten zum Netzausbau

Geht eine Suchkriterienanfrage für einen neuen Standort bei der Kommune ein, ist es empfehlenswert, die Gremien über das geplante Vorhaben zu informieren. Nach verwaltungsinterner Prüfung und eventuell bereits erfolgter Suche nach Alternativen, sollte der entsprechende Ausschuss beziehungsweise der Gemeinderat informiert werden. In der Praxis zeigt sich oft, dass der Mobilfunkdialog meist dann besonders gut funktioniert, wenn die Verwaltung ein Mandat hat, bereits Standortvorschläge zu erarbeiten und es eine abgestufte Befassung der etablierten kommunalen Gremien mit der Mobilfunkthematik gibt. Konkrete Standortvorschläge und Klarheit über die weitere Vorgehensweise können die Schlüssel zu einer erfolgreichen Beteiligung beim Ausbau der Infrastruktur sein.

#### Leitplanken für die Befassung definieren

Da der zeitliche Rahmen für den Dialog und die Abstimmung über Standorte begrenzt ist, empfiehlt sich eine zeitnahe Kommunikation mit dem betreffenden Netzbetreiber über das geplante Vorgehen. So können noch zusätzliche Informationen für die Gremien eingeholt und der Ablauf verbindlich festgelegt werden.

Wie bei fast allen komplexen Themen, ist es hilfreich, die Leitplanken innerhalb derer die Kommune handeln kann und will, möglichst konkret in Worte zu fassen und unabhängig vom Einzelfall gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren.

#### Strategien für Kommunen

Leistungsfähige Infrastrukturen sind die Lebensadern unserer Gesellschaft. Dazu zählen insbesondere digitale Netze. Sie sind Voraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen und die öffentlichen Verwaltungen die Chancen des Digitalen Wandels für sich nutzen können – nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum und entlang von Verkehrswegen, deswegen wurden die Frequenz-

In Kooperation mit dem Informationszentrum Mobilfunk [www.gemeindezeitung.de/ABC](http://www.gemeindezeitung.de/ABC)

auktionen mit sehr konkreten Versorgungsaufgaben verknüpft.

Generell gibt es verschiedene Reaktionsmöglichkeiten für Kommunen beim Umgang mit einem konkreten Suchkreis. Der häufigste Fall ist, dass sich eine Kommune mit dem Ziel, einen Konsens zwischen allen Beteiligten zu erreichen, aktiv an der Standortsuche und der Abstimmung beteiligt. Dieser Weg ermöglicht der Kommune die größte Mitsprache beim Ausbau der Infrastruktur. Wird dabei im ersten Anlauf kein Konsens gefunden, kann es einen weiteren Einigungsversuch geben. Verbleibt ein Disconsens über die nutzbaren Standortoptionen oder lehnt die Kommune den Suchkreis und die Abstimmung generell ab, muss der Netzbetreiber ohne Unterstützung der Kommune einen geeigneten Standort suchen, um eine zeitgemäße Versorgung zu gewährleisten. Äußerst sich die Kommune gar nicht und verhält sich passiv, endet damit die Phase der kommunalen Abstimmung ohne kommunale Aktivität und der Netzbetreiber führt die Realisierung dann unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen fort.

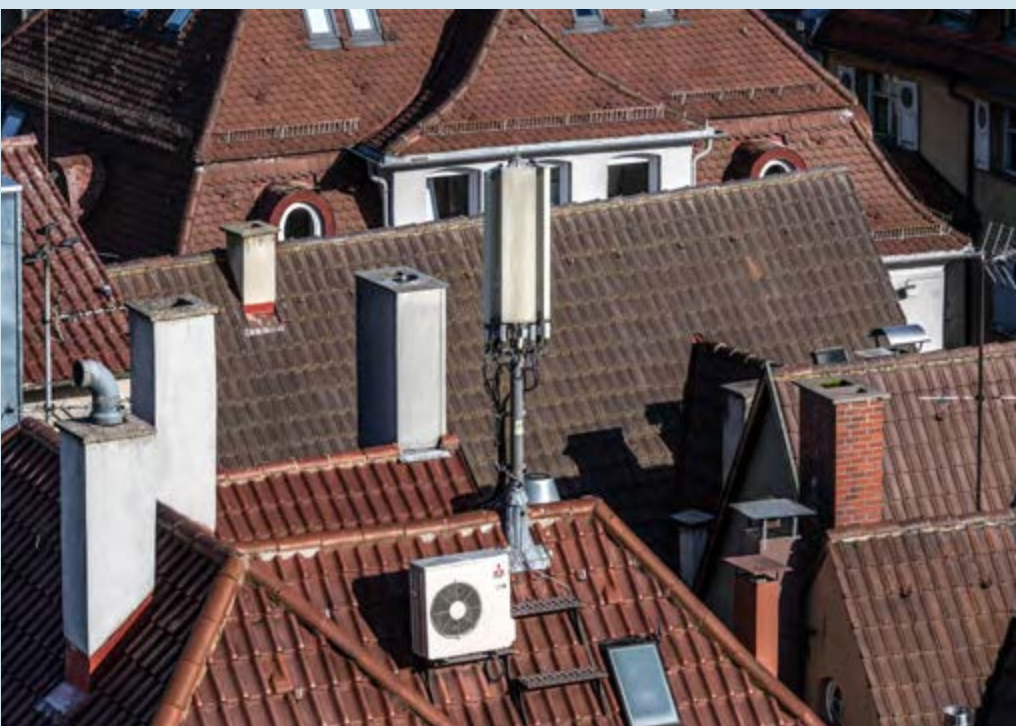
#### Die Kommune als Anlaufstelle

Die Kommune als erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger hat die Chance, das lokale Informations- und Dialogbedürfnis richtig einzuschätzen und mit aktiver Kommunikation Konflikten vorzubeugen bzw. diese zu minimieren. Die Chance auf eine Verständigung steigt, wenn abweichenden Haltungen mit Respekt begegnet wird. Es führt allerdings eher zu einer Zuspitzung der Konflikte in der Kommune, wenn diese Haltung auf Seite besorgter Bürger als Bestätigung für deren eigene Ängste missverstanden werden kann. Eine Kommune kann die lokalen Besonderheiten und Befindlichkeiten meist sehr gut einschätzen, kennt potentiell verfügbare Liegenschaften und hat damit wichtige Stellschrauben für den erfolgreichen Infrastrukturausbau vor Ort in der Hand. Die kommunalen Spitzenverbände haben gemeinsam mit dem Informationszentrum Mobilfunk einen [Info-Baukasten](#) erarbeitet, in welchem umfassende Informationen für kommunale Entscheider zu finden sind.

**Weitere Informationen unter:**

[www.kommunalinfo-mobilfunk.de](http://www.kommunalinfo-mobilfunk.de) und [www.informationszentrum-mobilfunk.de](http://www.informationszentrum-mobilfunk.de)

<sup>1</sup>[https://www.stmu.bayern.de/themen/strahlenschutz/elektromagnetische\\_felder/mobilfunkpakt/doc/durchfuhrungshinweise\\_mobilfunkpakt\\_2020\\_11\\_23\\_bf1.pdf](https://www.stmu.bayern.de/themen/strahlenschutz/elektromagnetische_felder/mobilfunkpakt/doc/durchfuhrungshinweise_mobilfunkpakt_2020_11_23_bf1.pdf)



Dachstandort.

Foto: Informationszentrum Mobilfunk – Hendrik Zwietsch



# Neue Energie für den Landkreis Neumarkt

Nach zweijähriger Bauzeit ist das neue Umspannwerk Postbauer-Heng offiziell in Betrieb genommen worden. Dr. Egon Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, stellvertretender Landrat Josef Bauer und die Bürgermeister Horst Kratzer (Postbauer-Heng) und Peter Bergler (Berg) feierten das neue Umspannwerk im Landkreis Neumarkt als wichtigen Knotenpunkt im regionalen Stromnetz. Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) hat mit einem Gesamt-Kostenaufwand von rund neun Millionen Euro das Umspannwerk Postbauer-Heng sowie die Anbindung der umliegenden Gemeinden zur Verbesserung der Energieinfrastruktur neu gebaut.

„Das regionale Stromnetz in der Region Postbauer-Heng hatte seine Kapazitätsgrenzen erreicht. Der größere Strombedarf von Industrie und Gewerbe und die wachsende Zahl dezentraler Einspeiseanlagen im Verteilnetz ist in den vergangenen Jahren enorm gewachsen“, erklärte Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Westphal. Um die zunehmenden Herausforderungen im Netzbetrieb für eine erfolgreiche Energiewende zu bestehen, sind ausreichend Netzkapazitäten erforderlich. Um zukunftsicher für den wachsenden regionalen Strombedarf gerüstet zu sein und um Platz für die Stromerzeugung aus Erneuerbarer Energie zu schaffen, hat das Bayernwerk die regionale Infrastruktur für insgesamt rund neun Millionen ausgebaut.

## Attraktiver Wirtschaftsstandort

Das Herz der umfassenden Netzausbaumaßnahme ist ein neues Umspannwerk am östlichen Rand von Postbauer-Heng. „Die regionale Netzerneuerung verbessert nicht nur die Versorgungssicherheit, sie stärkt auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts“, sagte Dr. Egon Westphal. Jährlich wendet das Bayernwerk mit der Unterstützung von Partnerfirmen aus der Region mehr als eine halbe Milliarde Euro für die bayerischen Energienetze auf. Die Energiezukunft erfordert intensive Fortschritte in den Bereichen Innovation und Digitalisierung. Die Steuerung moderner Energienetze sei eine anspruchsvolle und hochtechnologische Herausforderung. „Bei aller Technologie und Digitalisie-

rung bleibt klassischer Netzbau jedoch unverzichtbar. Mit unserer Netzbaumaßnahme in Postbauer-Heng haben wir ein hochmodernes Netz für die regionale Energiezukunft geschaffen“, so der Bayernwerk-Vorstandsvorsitzende.

Mit dem Bau des neuen Umspannwerks in Postbauer-Heng ist ein notwendiger Verknüpfungspunkt zwischen der Mittel- und der Hochspannungsebene entstanden. Bislang war das örtliche Netzgebiet an eine Mittelspannungs-Schaltstation angebunden. Mit der direkten Anbindung an das Hochspannungsnetz entstehen deutlich höhere Verteilkapazitäten, beispielsweise für die Schnellladeinfrastruktur eines nahegelegenen Autohofs.

## Zentrales Betriebsgebäude

Das Umspannwerk in Postbauer-Heng liegt auf einer Fläche von rund 8.000 Quadratmetern. Vom Planungsbeginn über die Genehmigung bis zur baulichen Fertigstellung sind rund 40 Monate vergangen. Entstanden ist ein zentrales Betriebsgebäude für die neue 20-kV-Schaltanlage und die Unterbringung der Schutz- und Steuerungstechnik. Zwei mächtige Netztransformatoren in der Freiluftanlage sichern die regionale Stromversorgung. Überwacht und gesteuert wird das Umspannwerk über die Netzleitstellen des Bayernwerks in Dachau (Hochspannung) und

Neunburg vorm Wald (Mittelspannung).

## Schutz für seltene Schmetterling

In Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Behörden war im Vorfeld des Netzbauprojekts eine umfangreiche Naturschutzmaßnahme erfolgreich. „Auf der Grundstücksfläche wurde der Große Wiesenknopf in einem guten Bestand festgestellt. Die Pflanze ist in Kombination mit einem Vorkommen der Wirtsaemeisen die Fortpflanzungsstätte des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläulings“, erklärte Projektleiter Thomas Riederer. Der Dunkle Wiesenknopf-Ameisenbläuling ist eine gefährdete, streng geschützte Schmetterlingsart. „Zum Erhalt der Pflanze und des Schmetterlings hat die Bayernwerk Netz eine weitere Grundstücksfläche mit rund 5.000 Quadratmetern Größe erworben, auf die der Bestand des Großen Wiesenknopfes umgesetzt wurde“, so Thomas Riederer.

Ergänzend zum Umspannwerk in Postbauer-Heng wurde in der Nachbargemeinde Berg das bestehende Schalthaus erneuert. Markus Seeger, Netzbauleiter am Kundencenter Parsberg, erläuterte: „Um das neue Umspannwerk in die regionale Netzinfrastruktur einzubinden, verlegen wir auf einer Länge von mehr als 20 Kilometern neue Erdkabel.“ Eine weitere Verbindung verläuft vom Umspannwerk zur Trafostation in Buch, ein drittes Kabel bindet Pavelsbach an. Der Anteil an den Gesamtprojektkosten liegt bei etwa 3,7 Millionen Euro. □



Dr. Egon Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG (links), stellvertretender Landrat Josef Bauer (rechts) und die Bürgermeister Horst Kratzer (Postbauer-Heng, 2.v.r.) und Peter Bergler (Berg, 2.v.l.) feiern das neue Umspannwerk im Landkreis Neumarkt als wichtigen Knotenpunkt im regionalen Stromnetz. Bild: Christian Martens, Bayernwerk AG

## Stromversorgung in Deutschland:

# WBU bricht Lanze für Erdgas

„Erdgas ist auch mittelfristig unverzichtbar für die Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland.“ Darauf weist Dr. Albrecht Schleich, Vorsitzender des Ausschusses für Energie- und Rohstoffpolitik im Wirtschaftsbeirat Bayern (WBU), in einer aktuellen Stellungnahme hin. Das Ziel der Bundesregierung, den Abschluss des Kohleausstiegs auf 2030 vorzuziehen, kann aus seiner Sicht „ohne Beeinträchtigung der Sicherheit unserer Stromversorgung nur mittels eines massiven Zubaus von Gaskraftwerken gelingen, die langfristig auch mit Wasserstoff betrieben werden können“.

Der geplante und notwendige großdimensionierte Ausbau der Wind- und PV-Kraftwerkskapazitäten vermag Schleich zufolge nur die durch die Abschaltung von Kern- und Kohlekraftwerken verlorenen Strommengen ersetzen, nicht aber die Gewährleistung sicherer Leistung durch diese Anlagen. Hierzu bedürfe es großer, rund um die Uhr verfügbarer Gaskraftwerkskapazitäten, die die sog. Residuallast abdecken, also aushelfen, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Dieses für unsere Gesellschaft und Wirtschaft und damit auch für das Gelingen der Klimawende so essenzielle Erfordernis werde in der öffentlichen Diskussion immer wieder ignoriert.

Dies sei umso unverständlicher, als es sich bei dem erforderlichen Gaskraftwerks-Zubau um eine weitere große Herausforderung der Energie- und Klimawende handelt, so Schleich. Zurzeit liege die Jahreshöchstlast in Deutschland, d.h. die zu einem bestimmten Zeitpunkt im Jahr maximale, gleichzeitig auftretende Nachfrage-Belastung des Stromversorgungssystems, der der verfügbaren Kraftwerksleistung entsprechen muss, bei ca. 80.000 MW und der Stromverbrauch bei ca. 550 Mrd. kWh. „Da wir im Zuge der Klimawende in Industrie und Verkehr in großem Umfang fossile Energieträger durch Strom ersetzen wollen und müssen, werden der Stromverbrauch schon bis 2030 auf über 700 Mrd. kWh und in der Folge Richtung 1.000 Mrd. kWh und die Höchstlast Richtung 100.000 MW ansteigen“, stellt der Ausschussvorsitzende klar.

## Unzureichende Kapazitäten

Parallel, also 2020 bis 2030, sollen aber bis Ende 2022 die letzten Kernkraftwerke und bis 2030 alle Kohlekraftwerke, d.h., in der Summe rd. 40.000 MW an gesicherter, ständig verfügbarer Leistung, abgeschaltet werden. „Damit verbleiben uns als gesicherte Leistung nur noch die zurzeit am Netz befindlichen Gaskraftwerks-Kapazitäten in Höhe von ca. 30.000 MW“, erklärt Schleich. Die so entstehende beständig wachsende Lücke zwischen diesen 30.000 MW und der sich in Richtung 100.000 MW entwickelnden Höchstlast bereite nicht nur dem WBU, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft große Sorgen. „Zwar können uns im Rahmen des EU-Strom-Bin-

nenmarktes Kraftwerke unserer europäischen Nachbarn aushelfen. Und natürlich können auch unsere eigenen Reserve-Kraft-



Dr. Albrecht Schleich.

Bild: Dr. Albrecht Schleich

werke zur Reduzierung der Gefahren, die aus dieser Stromlücke erwachsen, beitragen. Doch werden diese Kapazitäten nicht annähernd ausreichen, um unser Versorgungssicherheitsproblem zu lösen“, zeigt sich Schleich überzeugt.

„Vielmehr gehen wir mit BDEW und BDI davon aus, dass wir schon bis 2030 rund 40.000 MW an Gaskraftwerkskapazität zubauen müssen, um eine zuverlässige Stromversorgung sicherzustellen“, fährt Schleich fort. „Dies wären über 130 Gaskraftwerke à 300 MW Leistung, die nicht – wie heute leider üblich – in sieben oder acht Jahren, sondern in sehr viel kürzerer Zeit zu genehmigen wären.“

Hinzu komme, dass die Anlagen so konzipiert werden müssen, dass sie langfristig auch mit Wasserstoff betrieben werden können, sobald ausreichende Mengen an Wasserstoff zu wirtschaftlichen Bedingungen lieferbar sind. Dies sei aber noch nicht Stand der Kraftwerkstechnik. Und schließlich würden sich solche Anlagen dann, wenn sie nach verkauften kWh bezahlt würden, nicht rechnen, da sie nur zur Abdeckung der Residuallast dienen sollen; deshalb müsste die Bundesregierung über die Einrichtung sog. Kapazitätsmechanismen nachdenken, die die Bezahlung von Gaskraftwerken schon für deren beständige Verfügbarkeit ermöglichen würden. Dass hier noch große Herausforderungen auf die neue Ampel-Koalition warten, erkläre sich von selbst, so Schleich abschließend. **DK**

# Auf dem Weg zur klimaangepassten Kommune

Hitze, Starkregen, Trockenheit – die Folgen des Klimawandels in Bayern sind bereits heute deutlich zu spüren. Neben der Reduktion der Emissionen von Treibhausgasen wird daher auch die Anpassung an den Klimawandel immer wichtiger. Städten und Gemeinden kommt dabei eine Schlüsselrolle zu: Sie übernehmen essentielle Aufgaben der Daseinsvorsorge durch die Bereitstellung kommunaler Infrastruktur und können so zur Vorsorge und Risikominderung von Klimafolgen entscheidend beitragen. Das Bayerische Landesamt für Umwelt unterstützt auf dem Weg zur klimaangepassten Kommune.

Wie hat sich das Klima in meiner Region in der Vergangenheit verändert? Was wird die Klimazukunft bringen? Diese Fragen stehen am Anfang jedes Anpassungsprozesses. Antworten darauf finden Kommunen im Bayerischen Klimainformationssystem. Mit dem darin enthaltenen Klimatool kann man wahlweise in das Klima der Vergangenheit oder der Zukunft Bayerns eintauchen und dieses regional erkunden.

## Klimakennwerte

Insgesamt stehen 67 Klimakennwerte (z. B. mittlere Jahrestemperatur, Hitzetage, Niederschlagstage) für unterschiedliche Raumeinheiten (Klimaregionen, Naturräume, Regierungsbezirke und Landkreise) zur Verfügung. Die Klima-Faktenblätter und Klima-Broschüren ergänzen dieses Online-Angebot. In übersichtlichen Tabellen und anschaulichen Grafiken bereiten sie die Klimaentwicklung in den sieben bayerischen Klimaregionen auf.

## Arbeitshilfen

Diese regional spezifischen Klimawandelinformationen bilden die Grundlage für alle weiteren Schritte im Anpassungsprozess, von der lokalen Betroffenheitsanalyse bis zur Umsetzung von Maßnahmen. Das Handbuch Klimaanpassung begleitet Gemeinden durch diesen Prozess und stellt geeignete Instrumente, Arbeitshilfen und konkrete Maßnahmen zur Bewältigung ausgewählter Klimawirkungen vor. Darüber hinaus gibt das Handbuch Orientierung, um vor dem Hintergrund fehlender finanzieller und per-

soneller Kapazitäten Maßnahmen zu priorisieren und geeignete Förderprogramme zur Klimaanpassung zu finden. Für die anschließende Umsetzung zeigt die Arbeitshilfe „Instrumente zur Klimaanpassung vor Ort“, über welche Steuerungsinstrumente im öffentlichen Baurecht und in Form informeller Instrumente wie Gutachten oder Leitbilder Kommunen bereits verfügen, um Klimaanpassung bei Planungen berücksichtigen zu können.

## Einladung zu Regionaldialogen

Unabhängig davon, wie weit Kommunen auf dem Weg der Klimaanpassung fortgeschritten sind, ob sie Klimaanpassung bereits aktiv angehen oder noch ganz am Anfang stehen: Das Bayerische Landesamt für Umwelt lädt Gemeinden herzlich ein, sich im Rahmen der kommunalen Klimaanpassungsdialoge mit anderen Kommunen auszutauschen und zu vernetzen.

## Weiterbildung und Vernetzung

Der Online-Auftakt am 15. März 2022 bietet eine Einführung in die Thematik der Klimaanpassung und deren kommunale Handlungsfelder. In den anschließenden Regionaldialogen im Juni und Juli 2022 haben Kommunen dann die Gelegenheit, sich regionalspezifisch in verschiedenen Workshops zu Schwerpunktthemen der Klimafolgen sowie zu Umsetzungsinstrumenten weiterzubilden und mit Nachbargemeinden zu vernetzen.

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos, die Anmeldung erfolgt über [www.lfu.bayern.de/veranstaltungen](http://www.lfu.bayern.de/veranstaltungen) □

# Pluspunkte für die Windenergie

Klimaschutz, ein verändertes Energiesystem und neue Energienachfrage erfordern auch in Bayern mit der Windenergie unsere Zukunft zu gestalten. „Eine sichere und günstige Energieversorgung in Bayern, fällt mit der Windenergie leichter“, erklärt Josef Hasler, Vorsitzender der VKU Landesgruppe Bayern. Diese hatte die Parteien schon zur Landtagswahl 2018 aufgefordert, die Abstandsregelung 10H abzuschaffen.

Wind ist heute eine der günstigsten Ressourcen zur Energiegewinnung. Selbst in vergleichsweise windschwachen Gebieten wie Bayern, lassen sich an vielen Standorten gute Erträge erzielen, die dann nicht weit zu transportieren sind. Sie sind wichtig, um zu unterschiedlichen Zeiten die Kapazitäten der Stromverteilnetze auszunutzen. So steht Wind oft auch an bedeckten Tagen und in der Nacht zur Verfügung, im Gegensatz zur Photovoltaik. Selbst wenn Wasserkraft bei Dürre oder Frost Einschränkungen hat, weht oft der Wind.

„Wir alle wissen, dass die Stromnetze – insbesondere die Verteilnetze – Ausbau erfordern, um weitere große Mengen erneuerbare Erzeugung aufzunehmen. Eine Vielfalt an Erneuerbaren ist dabei besser nutzbar, als eine Erzeugung allein. Da die Photovoltaik schon ein starkes Profil in Bayern hat, fehlt uns die Windenergie ergänzend“, erläutert Hasler. Ein Energiesystem, das auf erneuerbaren Ressourcen basiert ist, lebt von der Vielfalt. So machen zusätzliche Mengen Windstrom perspektivisch auch den Ausbau von Wasserstoffgewinnung in Bayern möglich, lange bevor Wasserstoffimporte die Versorgungssicherheit und die bayerische Wirtschaft unterstützen können. Die kommunalen Unternehmen in Haßfurt und Wunsiedel zeigen gemeinsam mit Siemens, wie das heute schon gelingt.

Damit auch die Wertschöpfung in Bayern stark bleibt, wollen kommunale Unternehmen hier in die Windkraft investieren. „Rahmenbedingungen ohne die strikte Abstandsregelung 10H

in anderen Bundesländern zeigen, dass die Energiewende vor Ort mit den Stadtwerken auch bei der Windenergie gelingt“, weiß Ulrich Geis, Geschäftsführer der Energieallianz Bayern. In ihr haben sich zahlreiche bayerische kommunale Unternehmen zusammengeschlossen, die gemeinsam den Ausbau erneuerbarer Energien verfolgen. „Könnten wir Projekte umsetzen, würden wir vor Investieren. Seit 10H müssen wir uns leider auf dem Rücken umschauen“, bedauert Geis.

## Diskussion um 10H-Regel

Die Energieallianz hat die Erfahrung gemacht, dass sich Wind und Sonne als erneuerbare Energiequellen mit ihrer Einspeisung ins Netz sehr gut ergänzen: Zu einem bestehenden Windpark konnte die Hälfte dessen Leistung an Photovoltaik verlustfrei zugebaut werden, ohne den Netzanschluss zu erhöhen. Bayern braucht also viel mehr Windenergie, um die vorhandenen Netze bestmöglich zu nutzen.

Auch die Vereinigung Bayerischer Wirtschaft hatte kürzlich gefordert, 10H abzuschaffen, um den bayerischen Wirtschaftsstandort zu stärken. Zudem würden die Kommunen in der Fläche gewinnen, die nicht zuletzt über die „kommunale Beteiligung“ direkte Zahlungen durch die Anlagenbetreiber erhalten können. „Kommunale Unternehmen wollen eine günstige und sichere Energieversorgung für Bayern gestalten. Das muss nun über alle politischen Ebenen hinweg gemeinschaftlich verfolgt werden“, betont Hasler abschließend. □



# T GLASFASER

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

## Der ultimative Digitalisierung-Booster für Bayern

Unsere Ziele für Bayern:

- **Ganzheitliche Glasfaser-Partnerschaft** mit der Kommune für eine echte digitale Transformation
- Wir bauen auf eine gemeinsame Strategie bestehend aus **Eigenausbau, regionaler Kooperation** sowie dem **geförderten Ausbau**
- **Persönliche Beratung** durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort
- **Maßgeschneiderte Entwicklungsplanung** Schritt-für-Schritt und zu 100% transparent



ERLEBEN, WAS VERBINDET.



[www.telekom.de/glasfaseroffensive-bayern](http://www.telekom.de/glasfaseroffensive-bayern)



# „Wasserkraft zu nutzen, ist Gebot der Stunde“

Bayerische Wasserkraftverbände VWB und LVBW appellieren, Potenzial der Wasserkraft in Bayern zur klimaschonenden Stromerzeugung zu nutzen

Mit Blick auf den Gedankenaustausch zwischen Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, und Markus Söder, Ministerpräsident von Bayern, appellieren die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG, das Potenzial der seit über 100 Jahren bewährten und ausgereiften Wasserkraft-Technologie stärker zu berücksichtigen.

„Die Wasserkraft hat bereits einen Anteil von über ein Drittel an den erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung im Freistaat“, betont VWB-Vorsitzender Fritz Schweiger. Durch Ertüchtigungs- und Modernisierungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Steuerungsoptimierung durch die Digitalisierung von bestehenden Wasserkraftanlagen, könne ihr Beitrag zur Energieerzeugung mit überschaubarem Aufwand und ohne Eingriffe in die Natur noch um eine Milliarde Kilowattstunden erhöht werden. „Es ist ein Gebot der Stunde, die Wasserkraft zu nutzen“, appelliert Schweiger. Die VWB und der LVBW begrüßen daher den Vorstoß von Markus Söder, beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern neben Photovoltaik und Geothermie auch auf die Wasserkraft zu setzen.

Damit Bayern das ehrgeizige Ziel der Klimaneutralität bis 2040 erreicht, sei es dringend nötig, den stabil zur Verfügung stehenden erneuerbaren Energien ein übergeordnetes öffentliches Interesse einzuräumen, fährt Schweiger fort. „Die Errichtung, der Betrieb und der Ausbau von versorgungssicheren Erneuerbare-Energien-Anlagen liegen

im öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Dieser Tatbestand sollte als übergeordnetes öffentliches Interesse an Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden.“

Dabei müsse der versorgungssicheren Stromqualität aus Wasserkraft eine hervorgehobene Bedeutung beigemessen werden. Denn aufgrund ihrer Zuverlässigkeit und Planbarkeit trägt die Wasserkraft nicht nur zur Erzeugung klima- und ressourcenschonender Energie bei, sondern leistet auch einen wertvollen Beitrag zur Netzstabilisierung und Versorgungssicherheit.

## Wasserkraft unterstützt Einbindung volatiler Energieerzeuger in das System

Die grundlastfähige Wasserkraft unterstützt zudem die Integration volatiler Technologien wie Photovoltaik in ein stabiles und sicheres Versorgungssystem.

Auch dies wird durch die Statistik untermauert. Betrachtet man nur die grundlastfähigen und versorgungssicheren regenerativen Technologien in der Stromerzeugung, führte die Wasserkraft 2020 mit ca. 56 Prozent. Die oben genannten Zahlen

sind den Energiedaten Bayern/Schätzbilanz 2020 entnommen.

Die bayerischen Wasserkraftverbände VWB und LVBW plädieren dafür, dies auch in der „Verwaltungsvorschrift zum Vollzug des Wasserrechts“ (VV-Was) des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz sowie in der

Handlungsanleitung Mindestwasserfestlegung zu berücksichtigen. In der VVWas (geänderte Version von Dezember 2021) heißt es, dass Gewässer eine ökologische, ökonomische und soziale Funktion haben. „Einen wichtigen Bestandteil der sozialen Funktion bildet die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger, die deshalb in dieser Vorschrift der Stromversorgung mit erneuerbaren Energien zuzuordnen ist“, fordert der LVBW-Vorsitzende Hans-Peter Lang und ergänzt: „Ein Miteinander von Natur und Klima ist möglich. Wir stehen für die Versöhnung.“ □

## Ausschreibungen für Bioenergie unterzeichnet

Bayerische Anlagenbetreiber haben sich erfolgreich an der zweiten Ausschreibung für Biomasse beteiligt. Der bayerische Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger begrüßte dies: „Rund 40 Prozent der Zuschläge für Biomasseanlagen in Deutschland gingen an Bayern.“ Dagegen war die Teilnahme an der ersten Ausschreibung für neue Biomethan-Biomasseheizkraftwerke (BHKW) zögerlich. Lediglich fünf Prozent der Ausschreibungsmenge entfallen auf den Freistaat.

Biomethan wird aus erneuerbaren landwirtschaftlichen Reststoffen hergestellt und in dezentralen Gaskraftwerken für Strom und Wärmeerzeugung verwendet. Im gesamtdeutschen Vergleich hat Bayern seine Vorreiterrolle in der nachhaltigen Erzeugung von Bioenergie erneut unter Beweis gestellt. Es zeigt sich aber auch, dass die Rahmenbedingungen für Biomasse- bzw. Biomethanausschreibungen weiter verbessert werden müssen. Aiwanger: „Wir haben uns und werden uns weiter einsetzen, dass die endogene Mengensteuerung, bei der im

Prozent der Gebote zugeschlagen werden, für Biomasse abgestimmt wird. Die Anschlussvergütung für GÜlleleinanlagen soll angehoben werden. Die Degression, also die jährliche Reduzierung der Höchstgebotswerte, soll weiter abgesenkt werden. Die Gefahr zu überfordern ist nicht mehr in diesem Maße gegeben, denn die Kosten steigen mit zunehmenden umwelt- und sicherheitsfachlichen Anforderungen.“ Bei den Biomasseanlagen war erneut eine starke Unterzeichnung der Ausschreibung festzustellen und auch bei den Biomethan-Ausschreibungen wurde die ausgeschriebene Menge knapp unterschritten.

Bayern hat in seinem Aktionsprogramm Energie die regionale, grundlastfähige und nachhaltige Stromerzeugung aus Biomasseanlagen fest verankert. Gerade in Zeiten hoher Verbraucherpreise wird der Vorteil dieser Strategie deutlich: In den sonnenschwachen Monaten kann der flexible Biogasstrom ausgleichen und zur erneuerbaren Strom- und Wärmeerzeugung beitragen.

## Innovationsbereite Anlagenbetreiber

Aiwanger: „Der Einstieg in die Ausschreibung für Biomethan zeigt die Markt- und Innovationsbereitschaft der Anlagenbetreiber. Für einen besseren Ausschreibungserfolg Bayerns werde ich mich weiter für die Einführung der Südquote einsetzen, mit der vorrangig Biomasse- und Biomethananlagen in den südlichen Bundesländern bezuschlagt werden. Bei den Biomethanausschreibungen ist die Höhe der vergüteten Bemessungsleistung von 15 auf 30 Prozent der installierten Leistung anzuheben, um die Nutzungsdauer der Biomethan-BHKW gerade im Winter im Süden von rund 1300 auf rund 2600 Vollaststunden zu verlängern und erneuerbaren Strom und Wärme zu erzeugen. Das würde auch Effizienz und Auslastung der Anlagen steigern.“

Die Forderungen nach einer Steigerung der Ausschreibungsmengen für Biomasseanlagen wurde im EEG 2021 umgesetzt. Ebenso wurde im Dezember, im Rahmen der Genehmigung des EEG 2021 durch die EU-Kommission, der für die Biogas- und Biomethanbranche wichtige Flexibilitätszuschlag rechtskräftig. Mit dem Flexibilitätszuschlag werden Anlagenbetreiber zusätzlich vergütet, die Strom bedarfsgerecht mit ihrer Anlage nur dann erzeugen, wenn die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht, also beispielsweise im Winter oder in der Nacht. Dies schafft ein attraktiveres Ausschreibungsdesign und mehr Planungssicherheit. □



Die Wasserkraft-Technologie ist seit über 100 Jahren erprobt und bewährt.

Bild: Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V.



Laufwasserkraftwerk Aufkirchen.

Bild: Uniper

Uniper Kraftwerke GmbH:

## Investitionen in Wasserkraftanlagen an der Isar

Ein anspruchsvolles Investitionsprogramm hat sich der Wasserkraftwerksbetreiber Uniper für 2022 vorgenommen: Er will die Zuverlässigkeit sowie den Hochwasser- und Umweltschutz der Anlagen an der Isar weiter ausbauen und absichern. Zusammen mit weiteren Investitionen etwa in Verkehrssicherungsmaßnahmen und kleinere Instandhaltungsprojekte werden hierfür heuer 14 Mio. Euro aufgewendet, teilte das Unternehmen mit.

An der Kraftwerkskette an der Unteren Isar in Gummering, Dingolfing, Ettling und Landau werden Fischwanderhilfen geplant. Sie sollen 2025 fertiggestellt sein. Insgesamt wendet Uniper für diese vier Fischaufstiegsanlagen rund 18 Mio. Euro auf, wovon in 2022 2,5 Mio. Euro anfallen.

## Modernisierung der Stauhaltungs-dämme

An den Kraftwerken der Unteren Isar von Altheim über Niederaichbach, Gummering, Dingolfing bis nach Gottfrieding werden die Stauhaltungs-dämme modernisiert. Das Gesamtvolumen dieser Investition beträgt 11,6 Mio. Euro. Davon werden heuer rund 7,5 Mio. Euro ausgegeben. Auf Basis von Vermessungen und geologischen Untersuchungen werden derzeit Ertüchtigungskonzepte für die verschiedenen Abschnitte erarbeitet, die vor ihrer Umsetzung mit den Behörden abzustimmen sind.

## Sanierung des Loisach-Isar-Kanals

Für 2,4 Mio. Euro werden die elektrischen Anlagen des Laufwasserkraftwerks Aufkirchen am Mittlere-Isar-Kanal, das eine installierte Leistung von 27 Megawatt (MW) aufweist, umgebaut. Die Arbeiten erstrecken sich über das gesamte Jahr 2022. Für die Sanierung des Loisach-Isar-Kanals sind heuer 1,5 Mio. Euro geplant, erste Maßnahmen sollen ab September erfolgen. 10 Mio. Euro soll die Investition insgesamt betragen.

Nach einem festen Rhythmus

erfolgt auch für die acht Maschinen im Walchenseekraftwerk eine technische Revision, um Betriebssicherheit und Substanz zu erhalten. In diesen Wochen wird eine Bahnstrommaschine der regulären Prüfung unterzogen. Dabei werden Generator und Turbine demontiert, geprüft, soweit notwendig instandgesetzt und abschließend wieder in Betrieb genommen. Dafür sind mehrere hunderttausend Euro reserviert.

## Umrüstung auf vollelektrischen Antrieb

Nach einem erfolgreichen, im Herbst 2020 gestarteten Pilotversuch an der Kraftwerksgruppe Lech, sollen nun auch alle betrieblichen Einsatzfahrzeuge der Kraftwerksgruppe Isar auf einen vollelektrischen Antrieb umgerüstet werden. Die Fahrzeuge können an allen Kraftwerks- und Anlagenstandorten der Kraftwerksgruppe direkt mit Strom aus Wasserkraft betankt werden, so dass die Vorteile des Elektroantriebs voll zum Tragen kommen. Diese Umstellung der Fahrzeugflotte geht in diesem Jahr mit Kosten in Höhe von rund 150.000 Euro für die Anschaffung und Installation der dafür notwendigen Ladeinfrastruktur einher, die anschließend auch den Mitarbeitern zur Verfügung stehen soll, um emissionsfreies Autofahren insgesamt zu fördern.

Bis Ende 2023 werden alle Einsatzfahrzeuge der Kraftwerksgruppe Isar vollelektrisch mit emissionsfrei erzeugtem Wasserkraftstrom fahren. Dies wird laut Mitteilung die Atmosphäre jährlich um rund 70 Tonnen Kohlendioxid entlasten. DK

Für den Bürgerenergiepreis 2022 suchen wir:

## Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](http://bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



bayernwerk





VKU veröffentlicht Thesenpapier:

## Gaskraftwerke in der EU-Taxonomie

Im Rahmen eines Pressegesprächs hat der VKU sein Thesenpapier „Taxonomie für Gas trägt entscheidend zum Klimaschutz bei“ vorgelegt. Dazu erklärte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Wer glaubt, es ginge bei der EU-Taxonomie jetzt darum, Erdgas dauerhaft als nachhaltig einzustufen, der irrt. Ziel ist die Finanzierung neuer Kraftwerke zu ermöglichen, die zunächst noch Erdgas, künftig aber Wasserstoff bei der Strom- und Wärmeerzeugung verwenden können. Diese Kraftwerke werden in Deutschland eine entscheidende Rolle für den Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft spielen und dauerhaft Bestandteil einer nachhaltigen Energieversorgung sein.“

„Künftig klimaneutrale Gaskraftwerke und KWK-Anlagen sorgen für stabile Versorgung und sichern so den Ausbau der volatilen Erneuerbaren ab und ermöglichen den Kohleausstieg. Nachhaltigkeit laut EU-Taxonomie unterstützt diese Investitionen und bildet daher einen wichtigen Baustein für ein klimaneutrales Energiesystem“, heißt es eingangs in dem Thesenpapier.

Zur Erreichung der Klimaziele bis 2045 zähle zwingend eine Defossilisierung des Energiesystems. Daher dürften auch Gas-Kraftwerke und Gas-KWK-Anlagen nicht als langfristig fos-

sile Erzeugungsanlagen geplant und betrieben werden. Schon ab Ende der 2020er Jahre sollten aus Sicht des VKU keine Anlagen mehr in Betrieb gehen, die nicht auf eine Umrüstung für den Einsatz von 100 Prozent Wasserstoff vorbereitet sind. Die kommunalen Stadtwerke richteten ihre Planungen darauf aus und verfolgten vielerorts sogar noch ehrgeizigere Planungen.

### Sinnvolles Instrument

Angesichts von Kernenergie- und Kohleausstieg sowie mehrjährigen Realisierungszeiten seien

dafür allerdings zeitnah Investitionsentscheidungen in Milliardenhöhe sowohl in klimagerechte Erzeugungsanlagen und als auch in den Aus- und Umbau der Energienetze erforderlich, die die Transformation des deutschen Energiesystems bis 2045 entscheidend prägen werden. Die EU-Taxonomie, die ein einheitliches Verständnis der Nachhaltigkeit von wirtschaftlichen Tätigkeiten schaffen soll, sei deshalb ein sehr sinnvolles Instrument, um ausreichend Kapital in nach-



Ingbert Liebing VKU-Hauptgeschäftsführer. Bild: VKU/Chaperon

haltige Investitionen zu lenken, die dazu beitragen, den Klimawandel effektiv zu bekämpfen, ohne andere Umweltziele zu beeinträchtigen.

Eine solche nachhaltige Wirtschaftsaktivität stelle die Verwendung gasförmiger Energieträger – derzeit noch Erdgas, später ausschließlich klimaneutrale Gase und vor allem Wasserstoff – dar. Sie sei zur Erreichung der Klimaneutralität zwingend erforderlich, vor allem, um den erweiterten und beschleunigten Aus- und Zubau volatiler EE-Anlagen abzusichern. Zu dieser Funktion gehörten die Bereitstellung gesicherter Leistung, insbesondere zur Abdeckung von Spitzenlasten im Strom- und Wärmebereich, daneben ergänzende Wärmelösungen mit dauerhaft

klimaneutralen Gasen (etwa im Altbaubestand, vollständig oder hybrid) sowie die Übernahme von komplementären Speicher- und Transportfunktionen (Gasnetz als Speicher, Beitrag zur Ableitung von Strom aus Erneuerbaren).

In Deutschland solle dies – wie auch im Koalitionsvertrag gefordert – in einem vor Ort abgestimmten Mix unterschiedlicher klimaneutraler Energieformen auf der Basis kommunaler Wärmeplanungen umgesetzt werden. Eine praktikable und sozialverträgliche Alternative zu gasförmigen Energieträgern ist laut VKU nicht ersichtlich. Umso mehr sei der Vorschlag der EU-KOM grundsätzlich zu begrüßen, Erdgas als nachhaltige Übergangstechnologie im Sinne der Taxonomie anzuerkennen.

### Restriktive Vorgaben

„Zwar führt die Aufnahme von Gasaktivitäten in die Taxonomie zu einer grundsätzlichen Anerkennung von Gas als nachhaltige Übergangsaktivität, allerdings sind die Vorgaben und Restriktionen des Kommissionsentwurfs i. T. so eng gefasst, dass sie unnötig hohe und klimapolitisch nicht sinnvolle Hürden für Finanzierungen errichten“, stellt der VKU fest. Dies betreffe insbesondere unrealistisch hohe Treibhausgasemissions-Grenzwerte für die im Übergang notwendige Erdgasnutzung, die Schlechterstellung von KWK-Anlagen, zum gesetzten Zeitpunkt Anfang 2026, 2030 und 2036 noch nicht erreichbare Quoten an klimaneutralen Gasen, der fehlende Bezug zur Verfügbarkeit von klimaneutralem Wasserstoff sowie standort- und kapazitätsbegrenzende Maßgaben.

Diese restriktiven Vorgaben gelte es zumindest deutlich zu lockern. Unter anderem sollte der Zubau von Erzeugungsanlagen, die bei der Genehmigung zu 100 Prozent Wasserstoff-ready sind, keinerlei standortbezogenen oder kapazitätsmäßigen Begrenzungen unterliegen. Dies gelte insbesondere für Fernwärme und KWK-Anlagen. Andernfalls drohe eine klimapolitisch nicht gewollte Begrenzung solcher klimaförderlichen Investitionen. DK

## Charge Amps Aura aus recyceltem Aluminium

Nachhaltige Ladelösung aus Schweden für Kommunen und Gewerbe

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) fördert seit Kurzem den Aufbau von Ladestationen an betrieblichen und kommunalen Mitarbeiterparkplätzen. Dort sollen Mitarbeiter private E-Autos sowie kommunale und betriebliche Dienstfahrzeuge laden können. Hintergrund ist, dass sich E-Autos am einfachsten dort laden lassen, wo sie eh über einen längeren Zeitraum stehen.

Seit November können Unternehmen und Kommunen entsprechende Förderträge bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stellen und für Ladepunkte bis zu 900 Euro Förderung erhalten. Gefördert werden der Kauf und die Installation.

Damit Fördergelder fließen, müssen die Ladestationen allerdings bestimmte Kriterien erfüllen. So darf die Ladeleistung pro Ladepunkt nicht mehr als 22 Kilowatt (kW) betragen. Außer der KfW-Förderfähigkeit der Anlagen achten Betriebe und Kommunen auch auf die nutzerfreundliche Handhabung und Verwaltung der Ladestationen.

### KfW-förderfähige Ladelösung

Eine ideale und zudem nachhaltige Ladelösung für gewerbliche und betriebliche Mitarbeiterparkplätze kommt aus Schweden: Die Ladestation Charge Amps Aura. Mit ihr lassen sich zwei Fahrzeuge parallel mit jeweils 22 kW laden. Sie ist KfW-förderfähig und besonders nachhaltig, da aus recyceltem Aluminium gefertigt. Ihr attraktives Design ist robust, langlebig und wetterresistent und ihre Anbringung ist flexibel: Die Ladestation kann sowohl an einer Wand, z.B. in Parkhäusern, als auch freistehend installiert werden.

Technologisch hat Charge Amps Aura viel zu bieten. Damit das Stromnetz durch parallele Ladevorgänge nicht überlastet wird, verfügt sie über einen Lastausgleich zwischen den Ausgängen und ist mit einem Cloud Service zur intelligenten Steuerung verbunden. Das erlaubt die

Anpassung des Ladevorgangs an verfügbare Stromkapazitäten. Ladehistorien- und Statistiken sowie zeitliche Planung von Ladevorgängen runden ihr Leistungsportfolio ab. Zur einfachen Verwaltung und Nutzung verfügt ihr Cloud Service über unterschiedliche Zugangsberechtigungen. So erhalten betriebliche oder kommunale Betreiber umfassende Berechtigungen zur Verwaltung der Anlage, während Mitarbeiter bzw. Endnutzer auf Funktionen zugreifen können, die für ihren Ladevorgang wichtig sind. Identifizierung und Zugang zur Ladestation, die sich über WLAN oder LTE mit dem Internet verbinden kann, erfolgt über die kontaktlose RFID-Technologie. Charge Amps Aura ist eine zukunftssichere Investition, da sie bereits gemäß DIN EN ISO 15118 Vehicle-2-Grid-fähig ist. Diese Zukunftstechnologie erlaubt es, dass E-Autos Energie abgeben und als Stromspeicher genutzt werden können.

Hergestellt und entwickelt wurde Charge Amps Aura vom schwedischen Green-Tech-Unternehmen Charge Amps ([www.chargeamps.com](http://www.chargeamps.com)). Der skandinavische Pionier ist auf smarte und nachhaltige EV-Ladelösung mit attraktivem Design spezialisiert. Für ein bestmögliches Nutzererlebnis verbindet Charge Amps in seinen Lösungen Hardware- und Softwarekomponenten und kreiert damit hohen technologischen Komfort. Erhältlich ist die Lösung über Elektrofachhändler oder online. Ihr Preis liegt bei 2.899,- bzw. 3.099,- Euro (LTE Version). Die Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung (UVP). □

VBEW:

## Ohne Erdgas geht in Bayern gar nichts

Im Zuge der Energiewende wird Erdgas noch wichtiger für die Energieversorgung in Bayern. Heute werden rund 20 % des Endenergieverbrauchs unmittelbar durch Erdgas gedeckt, hinzu kommt der von Erdgaskraftwerken erzeugte Strom. „Auch mittelfristig führt kein Weg an Erdgas – teils aus Russland – vorbei, besonders in der Stromversorgung wird die Bedeutung des Energieträgers nach dem Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle noch zunehmen“, beschreibt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW, die kommende Versorgungslage in Bayern.

„Weiterhin ist es erklärtes Ziel, Mineralöl im Verkehrssektor und im Heizungsbereich zu ersetzen. Das alles bedeutet, dass Erdgas die wichtigste verlässliche Brückentechnologie auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2040 sein wird“, so Fischer weiter.

### Übergangslösung

Erdgas ist zwar nicht CO<sub>2</sub>-frei, aber immer noch der umweltfreundlichste fossile Brennstoff, der in Bayern zur Verfügung steht. Bei gleichem Energiegehalt verursacht Erdgas bei der Verbrennung 24 % weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen als Erdöl und nur die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu Braunkohle. In der Stromerzeugung können Erdgaskraftwerke elektrische Wirkungsgrade von 60 % erzielen, mehr als alle anderen fossilen Kraftwerke. „Überall da, wo 100 % Erneuerbare heute noch nicht geht, sollte Erdgas als Übergangslösung eingesetzt werden“, erklärt der VBEW-Geschäftsführer. „Im Mobilitätssektor konnte sich der Erdgasantrieb nicht so recht durchsetzen. Nachdem die Elektroautos aber nicht nur dann geladen werden, wenn gerade die Sonne scheint oder der Wind weht, wird in Form der Stromerzeugung ein indirekter Erdgasantrieb zumindest zeitweise die Realität in der nächsten Zeit sein.“

### Erdgas im Gebäudesektor

Auch die indirekte Erdgasheizung wird im Gebäudesektor noch lange notwendig sein. Im Jahr 2020 wurden im Neubaubereich in Bayern etwa 35 % der Wohnungen mit einer elektrisch betriebenen Wärmepumpe ausgestattet und der Trend geht weiter nach oben. „Wärmepumpen benötigen den Strom aber dann, wenn es draußen kalt ist, und dann scheint

normalerweise nicht die Sonne und der Wind weht auch nicht immer“, mahnt Detlef Fischer im Hinblick auf den steigenden Strombedarf im Winter. „Weitere 30 % der Neubauwohnungen werden mit Erdgas direkt und 20 % mit Fernwärme beheizt, d. h. in Summe bleibt Erdgas im Winter besonders wichtig für die Energieversorgung in Bayern.“

### Breiter Mix von Gasbezugsquellen sinnvoll

Der Einstieg in eine Wasserstoffwirtschaft aus erneuerbaren Energien wird vom VBEW begrüßt und ist ein zukünftiger Beitrag, die Abhängigkeit von Erdgasimporten zu verringern. In der Vergangenheit hat Bayerns breiter Energieträgermix die Importabhängigkeit von einzelnen Ländern begrenzt, doch mit dem Kernenergieausstieg erhöht sich ganz zwangsläufig die Abhängigkeit vom wichtigsten Erdgasexporteur Russland.

„Eine zuverlässige Gasversorgung wird auch in Zukunft existenziell wichtig für Bayern sein, daher sollten wir zumindest auf einen breiten Mix von Gasbezugsquellen auch mit LNG- und Wasserstoff-Importen sowie Power-to-Gas Projekten setzen. Je grüner das Gas dabei wird, umso besser. Erste Pilotprojekte in Bayern zeigen, dass Wasserstoff und Methan auch erneuerbar erzeugt werden können, wenn auch noch im kleinen Rahmen. Darüber hinaus ist über geeignete Rahmenbedingungen sicherzustellen, dass die Erdgasspeicher rechtzeitig vor dem nächsten Winter gut gefüllt sind, auch um unvorhergesehene Lieferausfälle möglichst lange kompensieren zu können. Wir freuen uns, dass darüber nun auch auf Bundesebene nachgedacht wird“, fasst Detlef Fischer zusammen. □

**Energie für heute und morgen**

**Mit Gas geht's**

**Zuverlässig für Sie da**  
erdgas-schwaben.de

**erdgas schwaben**



# Energiewende im Landkreis Freising

Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Solar-Initiativen

„Ziel: Klimaneutralität – Wir haben's in der Hand“: Unter diesem Motto stand die Online-Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Solar-Initiativen (ABSI) in Verbindung mit dem 3. Rosenheimer Klimaführer. Auf der Agenda der zweitägigen Konferenz standen unter anderem die Themenblöcke „Klimaveränderungen/Status Quo der Energiewende“ und „Nachhaltige Energieerzeugung in Quartieren und Kommunen/Klimaneutralität“. Parallel dazu lieferten Sessions einen „Handwerkskasten zur Umsetzung der Energiewende“.

Mit der Frage, wie viele Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen im Landkreis Freising für eine vollständige Energiewende benötigt werden, befasste sich der Vorstand der Bürger Energie Genossenschaft Freisinger Land, Andreas Henze. Laut Energiebeschluss des Landkreises soll dort bis 2035 alle Energie aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dieser Zeitpunkt entspricht den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf höchstens 1,5 °C zu begrenzen.

Laut Henze kommen grundsätzlich alle wissenschaftlichen Studien einhellig zu dem Ergebnis, dass Strom die Schlüsselenergie wird. „Wir werden etwa

zwei- bis dreimal so viel Strom brauchen wie bisher.“ Der Ausbau der Erneuerbaren Energien werde hauptsächlich durch Solar- und Windenergie erfolgen. Nur auf diese Weise könne signifikant mehr Strom erzeugt werden als heute.

Für Bayern ergibt sich derzeit ein optimales Verhältnis von ca. 55 % Wind und 45 % Sonne, also rund 20 % mehr Windstrom als Solarstrom im Strommix, um den Speicherbedarf und damit die volkswirtschaftlichen Kosten zu minimieren. Wasserkraft und Biomasse können einen Teil der tages- und jahreszeitlichen Schwankungen ausgleichen und reduzieren den Speicherbedarf.

Überträgt man den erwarteten bundesweiten Anstieg des Strombedarfes auf den Land-

kreis Freising unter der Annahme, dass der Landkreis weder zum Netto-Stromimporteur aus Nachbarlandkreisen oder dem Ausland, noch zum Netto-Stromexporteur zur Strombedarfsdeckung der Metropolregion München wird, so erhöht sich laut Henze der Strombedarf von rund 824 Mio. kWh des Basisjahres 2019 auf das ca. Zwei- bis Dreifache auf dann 1.648 Mio. kWh bis zu 2.475 Mio. kWh, um die Energiewende zu erreichen. Darin enthalten sind alle Strommengen, die zur Sektorkopplung und damit zur Dekarbonisierung in den Bereichen Mobilität, Wärme und der Grundstoffprozesse (Chemie, Stahl, Zement etc.) benötigt werden.

## Photovoltaik mit größtem Zuwachs

Etwa zur Halbzeit zwischen dem Energiebeschluss des Landkreises 2007 und dem Zieljahr 2035 konnten die EE ihre Stromerzeugung von 2008 auf 2020 um 165 Mio. kWh auf 610 Mio. kWh ausbauen. Den größten Zuwachs seit 2008 zeichnet mit Abstand die Photovoltaik mit einem Plus von 166 Mio. kWh. Die 2013 und 2015 errichteten Windenergieanlagen (WEA) erzeugen im Mittel rund 11 Mio. kWh. Zwei moderne WEA könnten an den gleichen Standorten sogar ca. 30 Mio. kWh erzeugen.

Die EE-Lücke zwischen EE-Erzeugung (610 Mio. kWh) und dem für die Energiewende prognostizierten Strombedarf von 1.650 Mio. kWh bis 2.500 Mio. kWh beträgt damit rund 1.000 Mio. bis 1.900 Mio. kWh. Da aber nur

BDEW:

## Unseriöse Billigstrom-Anbieter sind das Problem

Zur aktuellen Diskussion über das Geschäftsgebaren unseriöser Billiganbieter und zur Diskussion über die Grundversorgung erklärt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung: „Das Problem sind die unseriösen Billigstrom-Anbieter. Sie lassen die Kundinnen und Kunden einfach im Regen stehen. Sie erfüllen ihre Lieferverpflichtungen nicht und wälzen ihre hausgemachten Probleme auf die Grundversorger ab. Wir als Energiewirtschaft haben das hart kritisiert. Das Geschäftsgebaren solcher unseriöser Anbieter abzustellen – das muss schnellstmöglich geregelt werden.“

„Betroffene Kundinnen und Kunden, die plötzlich keinen Strom oder kein Gas mehr von solchen Unternehmen geliefert bekommen, sollten Schadensersatzklagen prüfen“, so Andreae weiter. Der BDEW habe deshalb die Bundesregierung gebeten, hier schnell zu handeln.

Auch für die Grundversorger ist das unseriöse Verhalten einiger Anbieter ein großes Problem: Nachdem Unternehmen wie Stromio oder gas.de einfach die Energie-Belieferung eingestellt haben, mussten die Grundversorger für die betroffenen Kunden von heute auf morgen zusätzliche Strom- oder Gasmengen im Energiehandel einkaufen. Und das in der Phase, in der die Energiepreise an den Börsen in nie dagewesene Höhen geschossen sind.

Die Auswirkungen für die Grundversorger können dann höchst unterschiedlich sein. Wenn es in einem Netzgebiet beispielsweise sehr viele Stromio-Kunden gibt, werden alle betroffenen Kunden automatisch vom dortigen Grundversorger beliefert.

Handelt es sich um tausende oder zehntausende Kunden, musste der Grundversorger extrem kurzfristig zu den Höchstpreisen an den Börsen sehr große Mengen zusätzlicher Energie

Sonne und Wind (2020 in Summe 197 Mio. kWh) das entsprechende Potenzial haben, müssen sie in den nächsten 14 Jahren sechs- bis elfmal so viel Strom erzeugen. Insgesamt wurden zur Halbzeit des Energiebeschlusses knapp 20 % der Energiewende im Landkreis geschafft.

Wie Henze darlegte, sei Windenergie im Landkreis Freising gut nutzbar. Die WEA in Kammerberg als Referenzanlage liefere z.B. seit 2016 im Mittel 12,3 % mehr Strom als prognostiziert. Gleichzeitig könne die Windenergie aber wegen des Flughafens und der Radaranlage Haindling in großen Teilen ohne Änderungen der Abstands- und Höhenbeschränkungen heute nicht genutzt werden. Folglich müssten alle nicht durch Windenergieanlagen erzeugbaren Strommengen dann durch zusätzliche Photovoltaikanlagen auf Dächern und Freiflächen erzeugt werden.

Je nachdem, ob die Energiewende 200 % oder 250 % des heutigen Stromverbrauchs benötigt, werden Studien zufolge zwischen 21 und 43 zusätzliche Windräder im Landkreis gebraucht. Je nach Szenario bedarf es zwischen 154 ha und 727 ha PV-Freiflächenanlagen (PV-FFA). Auszugehen ist also von einem mittleren Flächenbedarf für PV-FFA von ca. 400 bis 500 ha.

Henze zufolge liegen 61 % der an Autobahn und Schienenwegen liegenden technischen Potenzialflächen in Landschaftsschutzgebieten. Die derzeit nutzbare Fläche reiche zum Erreichen des Energiezieles nicht aus, um die benötigten Photovoltaik-Freiflächenanlagen bauen zu können. Deshalb wird den Kommunen empfohlen, mögliche Standorte für Windräder und PV-FFA systematisch zu identifizieren und im Flächennutzungsplan als Sondergebiete auszuweisen. DK

## Paket für mehr Solarenergie auf Ackerflächen geplant

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger beurteilt die Pläne des Bundes, mehr Solaranlagen auf landwirtschaftlichen Flächen zu ermöglichen, positiv. Dabei sollen sogenannte Agri-PV-Anlagen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert werden. Die Anlagen ermöglichen neben der energetischen Nutzung einer Fläche durch höherliegende oder aufrechte stehende Photovoltaik-Module auch eine landwirtschaftliche Produktion.

Aus Aiwangers Sicht ist Agri-PV „eine Riesenchance für Landwirtschaft und Energiewende. Damit gelingt Wertschöpfung auf den Bauernhöfen statt bei den Ölscheichs. Energie- und Nahrungsmittelherzeugung auf derselben Fläche ist das Gebot der Stunde.“

### Bayerische Landwirte als mögliche Profiteure

Bayern ist das Bundesland mit der höchsten Sonneneinstrahlung. Daher haben bayerische Landwirte große Chancen, von dem geplanten Solar-Förderpaket zu profitieren. Aiwanger: „Bayern hat bundesweit den höchsten Zubau bei der Photovoltaik und wir freuen uns über jeden Rückenwind vom Bund, um die Solarenergie noch stärker voranzutreiben.“

Derzeit werden in Bayern Agri-PV-Anlagen betrie-

ben, davon drei Versuchsanlagen. Als Gemeinschaftsprojekt der Staatsministerien für Wirtschaft, Landwirtschaft und Bau ist ein Pilot- und Forschungsprojekt zur Agri-PV auf Bayerischen Staatsgütern (BaySG) in Vorbereitung. Die geplante Gesamtleistung liegt bei rund 900 kWp.

### Erweiterung der Flächenkulisse

Auf Forderung Bayerns wurde das Ausschreibungsvolumen von 50 MW für „Besondere Solaranlagen“ (Agri-, Parkplatz- und Floating-PV) im Rahmen der Innovationsausschreibung (Gebotstermin 1. April 2022) auf 150 MW angehoben, auch die Erweiterung der Flächenkulisse für Agri-PV-Anlagen (auf Dauerkulturen und mehrjährige Kulturen) in Innovationsausschreibungen wurde von Bayern gefordert und umgesetzt. □

## Zweite Sitzung des Bayerischen Energiebeirats

Bei der zweiten Sitzung des Energiebeirats hat Staatsminister Hubert Aiwanger die Erfolge der bayerischen Energiewende präsentiert und gleichzeitig klar gemacht, dass öffentliche Akzeptanz die Voraussetzung für weitere Erfolge ist. Dies wurde auch von den zahlreichen Diskussionsteilnehmern so gesehen. Aiwanger: „Der Ausbau der Solarenergie in Bayern kommt sehr gut voran. Und ich bin zuversichtlich, dass wir im März Bundes-Klimaminister Habeck ein gutes Windkraftpaket mit der Perspektive für mehrere hundert neue Windräder und Ausnahmen der 10H-Regel anbieten können.“

Im Bereich der Solarenergie ist Bayern bundesweit führend. Aiwanger: „Bayern ist ein Sonnenland. Bei der deutlich überzeichneten Ausschreibungsrunde der Bundesnetzagentur für Freiflächen-PV erhielten Investoren in Bayern Ende vergangenen Jahres 69 Zuschläge, davon 41 in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten. Das sind mehr als 50 Prozent der 133 Zuschläge im gesamten Bundesgebiet.“ Der Staatsminister kündigte an, dass die installierte Solarleistung im Freistaat um weitere 69 Freiflächenanlagen mit 255 Megawatt ansteigen wird.

Von der Bundesregierung forderte Aiwanger: „Der Bund sollte das bayerische Förderprogramm übernehmen und den Ausbau der Solarenergie mit einem Förderprogramm für PV-Speicher vorantreiben. Das erfolgreiche bayerische PV-Speicherprogramm verzeichnet mittlerweile über 73.000 Anträge.“

### Wasserkraft auf Platz 2

Auf dem zweiten Platz der Erneuerbaren Energien liegt in Bayern mit 11,1 TWh die Wasserkraft. Die Wasserkraftanlagen in Bayern können damit rein rechnerisch rund 3,3 Millionen Haushalte mit Strom versorgen. Die installierte Leistung beläuft sich auf rund 2,4 GW. Aiwanger: „Durch die physikalischen Gegebenheiten sind dem Ausbau der Wasserkraft in Bayern Grenzen gesetzt. Die größten Chancen liegen bei der Modernisierung und Erüchtigung bestehender Anlagen. Realistisch ist ein Potenzial von zusätzlich rund 1 TWh.“

Der Energieminister hat der Diskussion um den Windkraft-Ausbau mit der Windenergieoffensive AUFWIND wieder Schwung verliehen. Im Rahmen von AUFWIND sind Windküm-

mer eingesetzt worden. „Wir wollen stärker ausbauen, aber ich halte es für unpraktikabel, pauschal zwei Prozent der Fläche des Freistaats für Windkraft auszuweisen“, erklärte Aiwanger. Stattdessen müsse man die Gesamtleistung eines Bundeslands betrachten und auch die bayerischen Erfolge in der Solarenergie in die Rechnung einbeziehen.

Etliche Teilnehmer forderten eine Abschaffung der 10H-Abstandsregel. Aiwanger kündigte eine Debatte innerhalb der Staatsregierung über Änderungen an: „Wir werden versuchen, praxistaugliche Ausnahmen von der 10H-Regel zu definieren. Das wird sinnvollerweise in den von den regionalen Planungsverbänden festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten sowie in Wäldern möglich sein. Denkbar wäre dort eine Abstandsreduzierung auf 1.000 Meter. Ich rechne dadurch realistisch mit gut 600 neuen Windrädern in den nächsten gut zehn Jahren. Auch private Waldbesitzer haben bereits Interesse bekundet. Hilfreich wäre, wenn der Bund bei der EU die Südquote für Windkraft in Bayern durchsetzen würde und damit die Windenergie attraktiver macht.“

Das größte Problem der Energiewende ist die Akzeptanz in der Bevölkerung, waren sich die Mitglieder des Energiebeirats einig. Während in Umfragen sich meist zwei Drittel der Bevölkerung für Erneuerbare Energien aussprechen, gehen Bürgerentscheide für Windenergieanlagen häufig nur sehr knapp zugunsten neuer Anlagen aus. „Wenn Kommunen ihre Kassen mit Gewerbesteuererträgen aufbessern können, stören die Anlagen, sei es PV oder Wind, viel weniger“, fasst Aiwanger die Erfahrungen der Gemeinden zusammen. □

### Lagarde-Campus:

## Stadtwerke Bamberg bauen Bayerns größte Abwasserwärmeanlage

Um für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner des Lagarde-Campus aus Erneuerbaren Energien Wärme zu gewinnen, lassen die Stadtwerke Bamberg keine Möglichkeit ungenutzt. Selbst das Abwasser aus weiten Teilen des Bamberger Ostens wird als Wärmequelle an. Die Restwärme aus dem Abwasser wird Wärmepumpen speisen, die heißes Wasser für Küche, Bad und Heizung erzeugen.

Gleichzeitig werden mit der Abwasserwärme die Erdwärmespeicher auf dem Lagarde-Campus wieder aufgeladen. Allein auf diesem Weg wollen die Stadtwerke jährlich rund 2.300.000 Millionen Kilowattstunden Wärme produzieren und damit umgerechnet 230.000 Liter Heizöl einsparen. „Die Stadt Bamberg leistet einen wertvollen Beitrag, damit ein nachhaltiges und energieeffizientes Projekt erfolgreich umgesetzt werden kann“, zeigte sich Oberbürgermeister Andreas Starke bei der Unterzeichnung des Abwasserwärme-Nutzungsvertrags erfreut.

### Ideale Rahmenbedingungen

Egal ob Toilette, Dusche, Spül- oder Waschmaschine: Wo viele Menschen leben, wird viel Abwasser produziert. Kommt es im Kanal an, ist das Abwasser je nach Jahreszeit noch zwischen 5 und 25° C warm – und damit vor allem in den kalten Monaten wärmer als die Umgebungstemperatur: „Alles das sind ideale Voraussetzungen für die weitere Nutzung der Wärme – auch weil diese Energie in unmittelbarer Nähe zum Gelände ganzjährig konstant zur Verfügung steht“, sagt Stefan Loskarn von den Stadtwerken Bamberg.

Loskarn ist Projektleiter für den Aufbau des Wärmesystems auf dem Bamberger Lagarde-Campus und ihm ist jede erneuerbare Quelle recht, mit der vor Ort ökologisch Wärme produziert werden kann. Beim Abwasser funktioniert das über große Wärmetauscherplatten aus Edelstahl, die im Jahr 2021 unterhalb der Zollnerstraße auf den Boden des Abwasserkanals montiert wurden.

Der Wärmetauscher erstreckt

sich über eine Länge von 250 Metern und ist damit der längste in ganz Bayern. Auf einer Fläche von 720 Quadratmetern nimmt ein Wasserkreislauf in den Stahlmaten die Restenergie des darüber fließenden Abwassers auf. Über eine rund einen Kilometer lange Anbindung, die ab Frühjahr gebaut wird, wird die gewonnene Abwasserwärme zunächst zur Energiezentrale des Lagarde-Campus und von dort zu den Wärmepumpen in den Neubauten transportiert.

Die Stadtwerke werden rund 70 Prozent der auf dem Lagarde-Campus benötigten Wärme für CO<sub>2</sub>-freiem Weg erzeugen: Für den Betrieb der Wärmepumpen ist die Abwasserwärme gemeinsam mit der Erdwärme wichtigste Energiequelle für den Betrieb der Wärmepumpen. Der Strom für die Wärmepumpen wird ebenfalls regenerativ gewonnen: in Photovoltaikanlagen, die die Stadtwerke auf den Dächern der Neubauten installieren.

### Ausgereifte und wirtschaftliche Technik

Wenn für 1.200 Haushalte Energie aus Abwasser genutzt wird, ist das eine Besonderheit – nicht nur in Bamberg, sondern in ganz Bayern: „Die Technik ist zwar ausgereift, sie muss aber auch wirtschaftlich sein, damit die Bewohnerinnen und Bewohner bei den Heizkosten nicht drauflegen“, erklärt Projektleiter Loskarn. Der Lagarde-Campus bietet hierfür ideale Rahmenbedingungen: Weil nicht nur ausreichend Abwasser durch den Kanal fließt, sondern hier auch viele höchst effiziente Neubauten entstehen, in denen diese Energie bestens wiederverwertet werden kann. □



Bayerische Energiegenossenschaften:

## Bereit für einen neuen Aufbruch

Von Florian Christner, Genossenschaftsverband Bayern

Lange ist es her: Das erste Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde im Jahr 2000 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder beschlossen, um „im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen“, wie es im Gesetzestext des EEG heißt. 2000 lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bei knapp 6,3 Prozent. Heute sind es 45,3 Prozent. Trotzdem sagt Volker Quaschnig, Professor für regenerative Energiesysteme an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: „Bei der Energiewende stehen wir noch ganz am Anfang.“

Dafür führt er eine zweite Zahl ins Feld: Der Anteil der erneuerbaren Energien am sogenannten Bruttoendenergieverbrauch – also der absolute Verbrauch von Strom, Wärme und Brennstoffen in Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Haushalten und Verkehr – beträgt in Deutschland aktuell 19,2 Prozent. „Es fehlen also noch gut 80 Prozent, bis Deutschland klimaneutral wird. Wir haben schon sehr viel Zeit mit einer Trödel-Energiewende verthan. Um überhaupt in die Nähe der Klimaneutralität zu kommen, müssen wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien jetzt den Turbo zünden“, fordert der Professor.

Bisher ist im EEG gesetzlich festgelegt, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion bis zum Jahr 2030 auf 65 Prozent steigen soll. Die Bundesregierung strebt an, diesen Zielwert auf 80 Prozent zu erhöhen. Dazu soll die installierte Leistung bei der Solarenergie bis 2030 auf 200 Gigawatt steigen. Das wäre gegenüber dem aktuellen Ausbaustand eine Verdreifung in nur neun Jahren. Die installierte Leistung der Windenergie an Land soll sich im gleichen Zeitraum auf 100 Gigawatt verdoppeln.

Professor Quaschnig nennt zwei Voraussetzungen, damit das gelingen kann. „Wir müssen beim Ausbautempo Gas geben und wir müssen sehen, dass uns das Energiesystem nicht um die Ohren fliegt, weil die erneuerbaren Energien schneller ausgebaut werden als die Netze, die den Strom aufnehmen sollen.“ Die wichtigsten Hebel, um den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion rasch zu steigern, seien Wind- und Sonnenstrom. Was

serkraft sei hingegen weitgehend ausgeschöpft. Zusätzlich müsse die Regierung schnell Anreize setzen, um einerseits ausreichend Stromspeicher zu schaffen und andererseits den Verbrauch in Einklang mit dem verfügbaren Stromangebot zu bringen. „Wir werden in Zukunft zu bestimmten Zeiten in Solarstrom ertrinken. Um dieses Überangebot sinnvoll zu nutzen, brauchen wir Speicher und zeitlich steuerbare Möglichkeiten des Stromverbrauchs“, sagt Quaschnig.

### Sektorkopplung

Als Kurzzeitspeicher eignen sich Batteriesysteme, weil sie sich häufig laden und entladen lassen, für die langfristige Speicherung von Strom sei die Umwandlung in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas („Power to Gas“) besser. Welchen Anteil welche Speicher am Ende abdecken, sei aktuell noch nicht ganz sicher. „Das wird sich wirtschaftlich entscheiden“, sagt Quaschnig. Um Angebot und Nachfrage von Strom in Einklang zu bringen, sei es zudem wichtig, die Strom- und Wärmeproduktion enger miteinander zu verzahnen und auch die E-Mobilität mit einzubinden. Sektorkopplung heißt das. „Für eine echte Energiewende müssen wir auch bei der Wärme und im Verkehr weg von Öl und Gas kommen. Um Gebäude zu heizen, bieten sich zum Beispiel elektrische Wärmepumpen an, die je nach Angebot mit Wind- oder Sonnenstrom betrieben werden können“, sagt Quaschnig.

Ein großes Problem beim Ausbau von Wind- und Sonnenkraft sei derzeit noch die überbordende Bürokratie. Wer als Privatperson oder Unternehmer eine Pho-

tovoltaik-Anlage auf seinem Dach errichten wolle, müsse sich mit unzähligen Fördervorschriften und bürokratischen Hemmnissen auseinandersetzen. „Eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach zu errichten darf nicht komplizierter sein, als einen Elektroherd oder ein Auto zu kaufen“, fordert Quaschnig. Bei der Windkraft sei die Bürokratie noch viel schlimmer. „Zehn Jahre Planungszeit von der ersten Idee bis zur Realisierung eines Windparks sind keine Seltenheit. Hier sollte die Politik ihre Prioritäten neu setzen und die Genehmigungsverfahren extrem beschleunigen“, sagt der Professor. Viele Naturschutzargumente würden von Gegnern dazu eingesetzt, um Projekte zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu torpedieren. „Vogelschlag zum Beispiel spielt beim Bau eines Hochhauses keine Rolle. Bei der Planung eines Windrads ist das ein gewichtiges Argument. Hier gilt es, die Interessen neu zu bewerten.“

Und noch ein Punkt ist dem Professor ein Anliegen. „Wenn die Energiewende vor Ort gelingen soll, müssen wir die Bürger miteinbeziehen.“ Dazu gebe es viele Modelle. Bürger in Gemeinden mit vielen Windrädern könnten etwa beim Strompreis bessergestellt werden, um die Akzeptanz zu erhöhen. Wichtig sei auch, den Eigenverbrauch zu fördern, zum Beispiel durch Mieterstrommodelle oder Quartierslösungen. Wenn der selbst verbrauchte Strom vom eigenen Dach komme und die Bürger zudem von günstigen Stromkosten profitieren, seien sie eher bereit, solche Projekte zu unterstützen. Nicht zuletzt seien Bürgerenergiegesellschaften das Mittel der Wahl, um die Menschen in die Energiewende einzubinden, zum Beispiel in Form einer Genossenschaft. „Das gibt den Bürgern die Möglichkeit, am Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort unmittelbar teilzuhaben und bei Projekten mitzubestimmen. Das wird in Zukunft noch viel wichtiger werden“, macht der Professor deutlich.

Quaschnig jedenfalls ist optimistisch, dass die Energiewende

in Deutschland endlich Fahrt aufnimmt. Eine gewisse Skepsis bleibt jedoch. „Wir starten auf niedrigstem Niveau. Unsere Klimaschutzziele sind ein Generationenprojekt. Wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, muss ein Ruck durch die Bevölkerung gehen“, sagt der Professor. Denn bei aller Aufbruchstimmung in Berlin fürchtet der Professor, dass die Politik an der einen oder anderen Stelle doch in Versuchung geraten könnte, für kurzfristige Effekte den langfristigen Erfolg der Energiewende aufs Spiel zu setzen. Dazu zählt Quaschnig Überlegungen, politisch in den Strom- und Gasmarkt einzugreifen, um die explodierenden Preise in den Griff zu bekommen.

„Es ist richtig, Menschen mit niedrigem Einkommen zu entlasten. Die Entwicklung zeigt aber auch, wie fatal die Politik der vergangenen Jahrzehnte war und wie abhängig wir immer noch von Gas- und Ölimporten sind. Das ist ein Grund mehr, warum wir unseren Hunger nach fossilen Energieträgern schnell reduzieren sollten.“ Dafür brauche es jedoch Mut und einen klaren energiepolitischen Kurs. Jedes Auto mit Verbrennermotor, das heute zugelassen werde, fahre mindestens bis ins Jahr 2040. Quaschnig: „Wenn wir so weitermachen wie bisher und alte Geschäftsmodelle schützen, wird es sehr schwer, die angestrebten Klimaziele bis 2030 zu erreichen.“

### Die Bürger ins Boot holen

Das Thema Bürger-Energie müsse viel stärker gespielt werden, findet auch Joachim Scherrer, Vorstandsvorsitzender der Bürger Energie Region Regensburg eG (BERR eG). „Wir müssen die Bürger ins Boot holen, sonst wird das nichts mit der Energiewende. Wir Genossenschaften haben die Bürgernähe, um Projekte gemeinsam mit den Menschen vor Ort zum Erfolg zu führen“, sagt Scherrer. Er muss es wissen. Im Juni 2021 stimmten die Bürgerinnen und Bürger in Sinzing darüber ab, ob die Gemeinde die Planung für den Bau von zwei Windrädern stoppen sollte. 55 Prozent der Wähler stimmten in dem Bürgerentscheid dafür, die Planung fortzusetzen. Ein Erfolg auch für die BERR eG, denn die beiden Windräder sollen durch die Genossenschaft errichtet werden. „Das Projekt wäre bei dem Bürgerentscheid sicher durchgefallen, wenn wir es nicht als Bürgerwindpark geplant hätten. Niemand möchte ein Windrad vor seiner Haustüre haben, an dem nur ein fremder Investor verdient“, sagt Scherrer.

Auch gegenüber den Kommunen müssten die Vorteile der Genossenschaften stärker betont werden, findet Scherrer. Potenzial für eine erfolgreiche Kooperation zwischen Kommunen und Energiegenossenschaften gebe es reichlich, zum Beispiel für Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Dächern oder für Wärmenetze. „Da gibt es noch so viel zu tun. Energiegenossenschaften sind der geborene Partner der Gemeinden, um solche Projekte mit Bürgerbeteiligung voranzutreiben. Wer sonst könnte das leisten, wenn nicht wir?“, betont Scherrer.

Doch obwohl der Bürgerentscheid in Sinzing für die Genossenschaft positiv ausgefallen ist, sieht der Vorstandsvorsitzende der BERR eG bei der Windkraft erheblichen politischen Handlungsbedarf. Scherrer stört sich vor allem an der bayerischen 10-H-Regel. Diese besagt, dass ein Windrad in Bayern mindestens zehnmal so weit von der nächsten Wohnbebauung entfernt sein muss, wie es hoch ist. Diese Regel habe dazu geführt, dass die Windkraft insgesamt negativ bewertet werde und viele Menschen übertriebene Ängste etwa vor Schallemissionen entwickeln hätten. „Der 10-H-Abstand ist willkürlich gewählt. Dahinter standen keine technischen Überlegungen, sondern psychologische. Da-



Volker Quaschnig.

Bild: privat



Jochen Starke.

Bild: ÜZ Mainfranken

durch wurde viel Vertrauen in die Windkraft zerstört“, klagt Scherrer. Das Kohlekraftwerk Datteln IV im Ruhrgebiet sei 2020 ans Netz gegangen, obwohl die nächste Wohnbebauung keine 500 Meter weit weg sei. Gleiches gelte für das Kraftwerk Irsching bei Vohburg an der Donau. „Von 10 H keine Spur“, sagt Scherrer. Damit die Energiewende gelinge, müsse diese einschließlich der Windkraft wieder ein positives Image erhalten. „Da können wir Energiegenossenschaften mit gutem Beispiel vorangehen“, sagt Scherrer.

Der Vorstandsvorsitzende der BERR eG hat aber noch ein weiteres Anliegen: Um die Energiewende wirklich nach vorne zu bringen, müssten die gesetzlichen Vorschriften für Mieterstromprojekte und den Eigenverbrauch von Strom stark vereinfacht werden. „Wir brauchen für solche Projekte ein einfaches Abrechnungs- und Einspeisungssystem“, sagt Scherrer. Das Potenzial sei riesig. „Wir würden gerne viel mehr Dachflächen für Mieterstromprojekte nutzen, aber der Markt ist überreguliert.“ Gerade bei den aktuell horrenden Stromkosten seien Mieterstromprojekte eine gute Möglichkeit, die Stromkosten für die Mieter zu senken. „Wenn alle geeigneten Dächer in Deutschland zu Energiedächern würden, könnten wir uns zudem viele Photovoltaik-Anlagen auf wertvollen Ackerflächen sparen“, sagt Scherrer.

In Deutschland sei alles bis zur letzten Steckdose geregelt, während in der Schweiz zum Beispiel die Zuständigkeit des Netzbetreibers und damit der regulatorische Durchgriff des Gesetzgebers an der Grundstücksgrenze ende. Wenn dies auch in Deutschland so wäre, würde das einen Boom für neue Photovoltaik-Anlagen auslösen, ist Scherrer überzeugt. „Erzeuger und Verbraucher könnten ihre Lieferbeziehungen für den vor Ort erzeugten Strom selbst gestalten. Das wäre ein Gewinn für alle Beteiligten und würde auch die Stromnetze entlasten, die für den massiven Zuwachs an erneuerbaren Energien noch gar nicht ausgelegt sind“, sagt Scherrer.

Der Ausbau der Stromnetze ist ein gutes Stichwort für Jochen Starke. Er ist geschäftsführender Vorstand der ÜZ Mainfranken eG. Die ÜZ ist der größte genossenschaftliche Netzbetreiber in Bayern. „Wir spüren die Auswirkungen der Energiewende auf unsere Netze sehr deutlich“, sagt Starke. Denn im Netzgebiet der ÜZ Mainfranken eG ist mittlerweile das Realität, was anderen Regionen noch bevorsteht. 9.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen speisen ihren Strom in das Netz der ÜZ ein. „In unserem Netzgebiet wird mehr grüner Strom produziert, als verbraucht wird. Die Netze unter diesen Umständen stabil zu halten, erfordert hohe Investitionen“, sagt Starke.

Die Pläne der Bundesregierung für den Ausbau der erneuerbaren Energien hält er für ambitioniert. Dabei dürfe nicht vergessen werden, die Netze für den Zuwachs fit zu machen. Im Moment hinke der Ausbau dem Bedarf hinterher. „Wir brauchen auch bei den Netzen schnellere Genehmigungsverfahren. Durch die Integration der erneuerbaren Energien ist hier eine Komplexität entstanden, die es uns ermöglichen muss, schneller zu reagieren“, unterstreicht Starke.

Ebenso fehle eine netzübergreifende Steuerung des Ausbaus. Früher seien Kraftwerke dort gebaut worden, wo es Bedarf gegeben habe, zum Beispiel im Ruhrgebiet. „So konnten die Kraftwerksbetreiber ihren Strom über kurze Wege direkt zu den Abnehmern transportieren. Erneuerbare-Energien-Anlagen entstehen hingegen dezentral, und nicht mehr notwendigerweise dort, wo Bedarf herrscht. Also müssen wir den Strom erst zum Verbraucher bringen“, sagt Starke. Dafür müsse die bestehende Infrastruktur kräftig aufgerüstet werden. „Wir brauchen neue Leitungen und Umspannwerke. Das ist alles nicht so ohne Weiteres zu erledigen.“

### Netzentgelte

Ein weiteres Problem: Der Netzausbau kostet viel Geld. Bezahlen müssen dafür die Stromverbraucher über die Netzentgelte. Diese sind jedoch nicht einheitlich, sondern schwanken abhängig von den Netzkosten von Betreiber zu Betreiber. „Weil die erneuerbaren Energien im Wesentlichen auf dem Land ausgebaut werden und nicht in der Stadt, unterscheiden sich die Netzentgelte zwischen Stadt und Land teilweise ganz erheblich. Die Kosten für die Energiewende werden also den Bürgerinnen und Bürgern in den ländlichen Gebieten auferlegt“, erklärt Starke. Der geschäftsführende Vorstand der ÜZ Mainfranken eG fordert eine Vereinheitlichung der Netzentgelte zwischen Stadt und Land. „Die Kosten für die Energiewende darf man nicht nur den Bürgern in den ländlichen Regionen aufbürden, wo Wind und Sonne zugebaut werden. Das ist ungerecht“, sagt Starke.

Doch obwohl die Energiewende sehr hohe Investitionen erfordert, sieht der Geschäftsführende Vorstand der ÜZ Mainfranken eG keine andere Möglichkeit, als auf diesem Kurs zu bleiben. „Wenn wir die Energiewende nicht zügig vorantreiben, werden die Folgen des Klimawandels ein Vielfaches von dem verschlingen, was uns die Abkehr von den fossilen Energieträgern kostet. Der Weg ist noch enorm weit, aber am Ende wird das die richtige Entscheidung sein“, ist Starke überzeugt.

Das sieht auch Joachim Scherrer so. Nur die Aussage von Volker Quaschnig, dass die Energiewende trotz aller Anstrengungen noch immer ganz am Anfang steht, mag der Vorstandsvorsitzende der Bürger Energie Region Regensburg eG nicht unkommentiert lassen. „Wir haben bei der Energiewende schon viel erreicht, und daran haben die Bürgerenergiegenossenschaften einen großen Anteil. Bei besseren politischen Rahmenbedingungen hätten wir sogar noch mehr schaffen können“, sagt Scherrer. In den 2010er Jahren habe es schon einmal eine Aufbruchstimmung bei Unterstützern der Energiewende gegeben. In dieser Zeit seien auch viele Energiegenossenschaften gegründet worden, so auch die BERR eG im Jahr 2012. Dann aber habe der Gesetzgeber den Ausbau der erneuerbaren Energien mit immer komplizierteren Gesetzen und Vorgaben ausgebremst. Nun brauche die Energiewende einen neuen Aufbruch. Die Bundesregierung habe dafür positive Signale gesetzt. Scherrer: „Es ist an der Zeit, die Bremse zu lösen.“ □

Deutscher Landkreistag und DStGB:

## Erhöhung der Pendlerpauschale ist wichtiges Signal

Nachdrücklich begrüßen Deutscher Landkreistag und DStGB die Ankündigung von Bundesfinanzminister Christian Lindner, angesichts explosionsartig steigender Energie- und Benzinkosten die Pendlerpauschale zu erhöhen. Aus Sicht der Kommunalverbände ist dies ein richtiges und wichtiges Signal.

Wie Landkreistagspräsident Reinhard Sager betonte, sei es mehr als nachvollziehbar, die gestiegenen Kosten für den Arbeitsweg von der Steuer absetzen zu können. Dies spiele für die Menschen in den ländlichen Räumen eine große Rolle und wäre ein Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse.

Zu Recht verweise der Bundesfinanzminister auf die derzeitigen Energiepreise, erklärte Sager und sprach sich insofern für eine breite Unterstützung innerhalb der Bundesregierung und seitens der Länder aus. „Wir sind ebenfalls dafür, klimaschädliche Subventionen auf den Prüfstand zu stellen. Dabei geht es aber bei der Pendlerpauschale nicht. Eine Erhöhung wäre nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig.“

Dieses steuerrechtliche Instrument unterstütze richtigerweise Menschen in den ländlichen Räumen, die nicht am Wohnort arbeiten, fuhr der Landkreistagschef fort. „Das Geld zum Arbeitsplatz ist somit Ausdruck der verfassungsrechtlich gebotenen Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und des Rechtes, eigene Ausgaben für

die Berufsausübung in der Steuererklärung abzusetzen. Daher ist die Pendlerpauschale weder Subvention noch ein Geschenk des Staates und sollte mit der Entwicklung der Benzinpreise Schritt halten.“ Bereits 2008 habe das Bundesverfassungsgericht dabei klargestellt, dass eine Abschaffung der Pauschale verfassungswidrig wäre. „Die Pauschale ist Ausdruck der freien Wahl des Lebensmittelpunktes und Arbeitsortes in einer Leistungsgesellschaft“, erläuterte Sager.

Das Instrument sei sinnvoll und entspreche der deutschen Wirtschaftsstruktur. „Eines unserer Erfolgsprinzipien ist eine dezentral aufgestellte Wirtschaft mit vielen Hidden Champions gerade in den ländlichen Räumen, mobilen Arbeitnehmern und breit auf die Fläche verteilter Wertschöpfung. An den zurückzulegenden Strecken hat auch die Corona-Zeit mit zusätzlichem Homeoffice im Grundriss nichts geändert. Deshalb wäre es gerecht, die Pauschale an die reale Preisentwicklung anzupassen“, machte der DLT-Präsident deutlich.

Nach den Worten des Deutschen Städte- und Gemeindebunds

pendelten hunderttausende Bürger täglich zur Arbeit, oftmals aus den ländlichen Räumen in die Metropolen. Da der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in vielen Gebieten noch in den Kinderschuhen stecke, seien diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unverzichtbar auf ihr Auto angewiesen. In großem Umfang handle es sich zudem um Tätigkeiten im niedrigen und mittleren Einkommenssegment, die auch nicht im Homeoffice ausgeübt werden können. Deshalb sei hier eine Entlastung erforderlich.

Im Hinblick auf die Wohnungsknappheit, gerade in den Metropolregionen, sei regelmäßig auch ein Umzug für die betroffenen Pendlerinnen und Pendler keine Alternative. „Unsere Wirtschaft beruht in weiten Bereichen auf der Mobilität und diese muss für die Menschen bezahlbar bleiben“, unterstreicht der DStGB.

Einen konkreten Vorschlag hat unterdessen Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger unterbreitet: Er fordert eine Erhöhung der Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer. „Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen großen Teil ihres hart verdienten Einkommens zur Deckung der Fahrtkosten aufwenden müssen“, so der Minister. DK



ÖPNV-Finanzierung durch den Bund:

## Bundesrechnungshof fordert Optimierung

Anlässlich der Zuleitung eines Sonderberichts an Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung zur Finanzierung des ÖPNV hat der Bundesrechnungshof den Bund aufgerufen, seine Finanzierungsinstrumente grundlegend zu bereinigen. „Einfache, klare Regeln und Zuständigkeiten würden dazu beitragen, dass die Bundesmittel mehr bewirken – für einen attraktiven, leistungsfähigen und klimafreundlichen Nahverkehr“, erklärte BRH-Präsident Kay Scheller.

Der ÖPNV ist grundsätzlich Länderaufgabe. Zugleich finanziert ihn der Bund immer stärker mit und zahlt mehr als die Länder selbst. Häufiges Problem bei solchen finanziellen Verflechtungen: Transparenz und Wirtschaftlichkeit bleiben auf der Strecke. Dennoch haben Bund und Länder die Verflechtung bis heute nicht aufgelöst. Im Gegenteil: Die Förderung des ÖPNV mit Bundesmitteln soll weiter ausgebaut werden. Auf 13,2 Mrd. Euro steigen allein nach dem Regionalisierungsgesetz und dem Gemeinde-

verkehrsfinanzierungsgesetz die jährlichen Zahlungen an die Länder bis zum Jahr 2030. Trotzdem fordern die Länder vom Bund noch mehr Geld.



BRH-Präsident Kay Scheller.

Bild: Bundesrechnungshof

verkehrsfinanzierungsgesetz die jährlichen Zahlungen an die Länder bis zum Jahr 2030. Trotzdem fordern die Länder vom Bund noch mehr Geld.

### Finanzierung kaum noch zu überblicken

Gesetzliche Leistungen, Förderprogramme und Modellvorhaben, Steuervergünstigungen, Corona-Sonderzahlungen: Die Finanzierung des ÖPNV ist laut BRH zu einem komplexen Gebilde geworden, das kaum noch zu überblicken ist. Der Bund wisse deshalb selbst nicht genau, wie viel Geld er insgesamt für den ÖPNV ausgibt. Deshalb empfiehlt der Bundesrechnungshof, die Finanzierungsinstrumente des Bundes grundlegend zu bereinigen und in ein einheitliches ÖPNV-Gesetz zu

packen. Nur so könne der Bund seine Maßnahmen aufeinander abstimmen und überprüfen, ob das Geld – mit Blick auf die Verkehrs- und klimapolitischen Ziele – wirksam und wirtschaftlich eingesetzt wird. Zu diesem Zweck solle auch eine zentrale Koordinierungsstelle beim Bund eingesetzt werden.

Nach Auffassung des DStGB gibt es gerade im Bereich der Förderprogramme Konsolidierungsbedarf. Das bestehende System habe sich aber beispielsweise bei der Angebotsfinanzierung über Regionalisierungsmittel durchaus bewährt, auch zur Aufrechterhaltung der ÖPNV-Leistungen während der Pandemie, betont der Kommunalverband in einer Stellungnahme. Wichtig sei, dass sich der Bund auch aus Gründen des Klimaschutzes für den ÖPNV-Aus-

### sigo E-Lastenrad Sharing:

## Neuer Mobilitätsdienst mit System

Lastenfahräder können den motorisierten Individualverkehr bei zahlreichen täglichen Erledigungen ersetzen. Sie sind jedoch relativ kostspielig in der Anschaffung und benötigen geeignete Abstellflächen, weshalb viele Haushalte und Einzelpersonen noch von einer Anschaffung absehen. Abhilfe verspricht hier das Darmstädter Startup sigo mit seinem voll automatisierten Verleih von E-Lastenrädern, die eigens für den Sharing-Betrieb entwickelt wurden.

Über die Handy-App des Anbieters sigo lassen sich die komfortablen und hochwertigen Zweiräder rund um die Uhr entsperren und absperren, geladen werden sie kontaktlos per Induktion an den Ladestationen, so dass sie schnell verfügbar sind. Verwendet werden Batterien ohne Lithium und Kobalt, was diese besonders nachhaltig macht. Über die sigo-App läuft auch die Abrechnung. Die Ausleihe kostet einmalig 1,50 Euro; für jede angefangene halbe Stunde ist 1 Euro zu entrichten. Die Bezahlung kann per SEPA-Lastschrift, PayPal oder Kreditkarte erfolgen.

Um die Fläche im hart umkämpften Stadtraum optimal für Ladestationen zu nutzen, kooperiert sigo mit Wohnungsunternehmen, die über Flächen direkt vor der Haustür verfügen und ihren Mietern somit eine nachhaltige Mobilitätslösung anbieten. Sie sind der Schlüssel für eine einfache sowie erfolgreiche Umsetzung und erlauben es den Kommunen innerhalb kürzester Zeit, ein E-Lastenrad-Sharing in ihrer Stadt zu implementieren. Dadurch werden Quartiere für Mieter attraktiver, Parkplätze können eingespart werden. Letztlich ist die Nutzung des Lastenrades ein Beitrag zur Beruhigung der Städte und zum Klimaschutz.

Wichtig auch: Für die Partner entsteht kein Aufwand. Neben der Einrichtung der Räder und der Installation der Stationen übernimmt sigo auch die Wartung und Instandhaltung der Räder, den Kundensupport und die automatische Abrechnung. Das einzigartige Sharing-Konzept ist bereits an über 50 Standorten in 19 deutschen Städten verfügbar, so auch in den bayerischen Kommunen Passau, Kempten und Lindau am Bodensee.

Laut sigo-Gründer und Geschäftsführer Tobias Lochen sind die Räder mit einer Reichweite von 40 bis 50 Kilometern zwar „nicht so gut wie ein Tesla, aber fast so gut“. Dies bestätigt Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper: „Der Einsatz von Lastenrädern kann insbesondere auf Kurzstrecken und im Stadtgebiet eine sinnvolle Alternative zur Pkw-Nutzung darstellen. Es freut mich daher sehr, dass wir mit der sigo GmbH einen guten Partner gefunden haben, mit dem wir das Angebot nun an den hierfür geeigneten Standorten zu den Bürgerinnen und Bürgern bringen können.“

Es sei wichtig, die Angebote dort zu schaffen, wo die Menschen wohnen, unterstreicht Thomas Kiechle, Kemptens Oberbürgermeister. **DK**

bau noch stärker engagiert. Laut DStGB ist die ÖPNV-Finanzierung auf Bundesebene in der Tat aufgrund der vielfältigen Programme nur schwer überschaubar. „Das liegt jedoch auch daran, dass ÖPNV-Systeme komplex sind, eine Vielfalt an Zuständigkeiten umfassen und der ÖPNV-Ausbau auch auf diverse Ziele aus anderen Politikbereichen jenseits der Verkehrspolitik einwirkt. Neben der Finanzierung von verschiedensten Formen der Infrastruktur und des Betriebs auf Schiene und Straße gilt es z.B., die Modernisierung des ÖPNV voranzutreiben durch Digitalisierungsprojekte, Elektrifizierung der Fuhrparks oder neue Bedienformen. Demzufolge kommen von jeher unterschiedliche Finanzierungsquellen aus mehreren Bundesressorts in Betracht.“

Der ÖPNV-Ausbau trage zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse, zur Förderung des Tourismus oder einem proaktiven Strukturwandel durch besondere Infrastrukturprojekte und damit eine bessere Erreichbarkeit bei. Selbst in kommunalen Haushalten seien durch Tiefbauprojekte, Zuschüsse an kommunale Verkehrsunternehmen, Klimaschutzprojekte, Infrastrukturmaßnahmen oder Schülerverkehre verschiedene Verwaltungsbereiche in die ÖPNV-Finanzierung involviert. Wichtig sei daher die Koordination und Abstimmung aller Akteure, damit trotz der Vielfalt an Zuständigkeiten eine Gesamtstrategie im Sinne einer Stärkung des ÖPNV und der Nutzung von Synergien verfolgt werden kann. Der Vorschlag des Bundesrechnungshofs, eine Koordinierungsstelle beim Bund einzurichten, erscheine sachgerecht.

### Transparenz im Förderdschungel

„Der Weg über ein ÖPNV-Gesetz kann hilfreich sein, den Förderdschungel zu lichten und mehr Transparenz bei Mitteleinsatz und -verwendung zu erreichen. Jedoch dürfen durch so einen Prozess dringend notwendige Mittelbehörden nicht durch Finanzierungsstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern verzögert werden“, heißt es weiter. Gerade die Verflechtung habe sich bei der ÖPNV-Finanzierung durchaus bewährt und sei auch Garant dafür, dass der Bund sich für den ÖPNV-Ausbau engagiert.

Ebenso habe sich das Prinzip der Angebotsfinanzierung im Schienenpersonennahverkehr als auch im straßengebundenen ÖPNV durch Regionalisierungsmittel von Bund und Ländern bewährt. Für die Bewältigung der Aufga-

ben im Klimaschutz und eine Mobilitätswende vor Ort in den Städten und Gemeinden müssten über dieses Instrument in den kommenden Jahren umfangreiche ÖPNV-Verbesserungen finanziert werden. Hierbei wie auch bei der Infrastrukturfinanzierung mittels GVFG sei jedoch stets zu

gewährleisten, dass Bundesmittel von den Ländern auch 1:1 für den ÖPNV an die Aufgabenträger bzw. Infrastrukturentwickler und -betreiber weitergereicht werden. „Auch in diesem Punkt setzt der Bundesrechnungshof den Finger in die richtige Wunde“, konstatiert der DStGB. **DK**

### VDV zum Transport von Massengütern:

## Marktchancen wahrnehmen

Im Zentrum des 15. „Forum Schienengüterverkehr“ von VDV und BME in Berlin standen Fragestellungen zur klimagerechten Mobilität im Schienengüterverkehr, Verlagerungskonzepte für Baustoffe, Agrarprodukte, Rohstoffe etc., die Entsorgungslogistik für schwere Massengüter sowie moderne Konzepte für Technologien, Infrastruktur und Finanzierungsmodelle. An der reinen Präsenzveranstaltung nahmen 110 Vertreter aus Eisenbahnbranche, Politik, Industrie und Handel teil.

Wie VDV-Vizepräsident Joachim Berends betonte, seien die Güterbahnen vergleichsweise gut durch die Krise gekommen, „für unsere Leistungsfähigkeit ernten wir Anerkennung von unseren Partnern“. Gleichzeitig sei viel zu tun, „und wir müssten mit Blick auf die Klimaschutzziele noch viel besser dastehen“. Sorge bereiteten die negativen Effekte durch das flächendeckende Baugeschehen auf den Strecken, hier müssten die Abstimmungen weitaus besser werden, sonst werden die Güterbahnen nachhaltig ausgebremst.

### Massengüter auf die Schiene

Was die Massengüter anbelangt, so können diese aus Berends Sicht verhältnismäßig schnell auf die Schiene verlagert werden, was selten in Betracht gezogen wird. Massengüter hätten eine enge Verbindung zum Wagenladungsverkehr, für den ausreichend Gleisanschlüsse und multifunktionale Zugangsstellen benötigt werden. Dafür setze sich auch die Gleisanschluss-Charta ein, die mittlerweile von 44 Verbänden mitgezeichnet wurde, deren Mitglieder auch Massengüter auf die Schiene bringen möchten, erklärte der VDV-Vize.

Die Charta knüpft an den Masterplan Schienengüterverkehr an und enthält 53 konkrete Vorschläge. Sie beschränkt sich nicht nur auf den Gleisanschluss, sondern unterbreitet auch Vorschläge zur Stärkung trimodaler/multimodaler Knoten/Umschlagterminals und vorgelagerter Infrastrukturen. Denn nur dann, wenn auch leistungsfähige regionale Infrastrukturen zur Verfügung stehen, können Verkehre über Gleisanschlüsse und kundennahe Zugangsstellen attraktiv und wett-

bewerbsfähig gestaltet werden. Ziel ist es, dem Markt leistungsfähige und wirtschaftlich darstellbare Transportsysteme im intermodalen Verkehr sowie im Wagenladungsverkehr anbieten zu können. Entsprechend werden folgende zentrale For-



Joachim Berends, VDV-Vizepräsident.

Bild: VDV

derungen formuliert: Bürokratie abbauen und Regularien vereinfachen; Gleisanschlussförderung verbessern; Kostenbelastung für den Anschluss an das öffentliche Netz senken; vorgelagerte Infrastrukturen sichern und leistungsfähiger machen; Bedienung von Gleisanschlüssen und kundennahe Zugangsstellen sicherstellen; öffentliche Ladestellen ausbauen und sichern; Gewerbeflächen an Schiene anbinden und Flächen sichern; trimodale/multimodale Knoten stärken; Multimodalität fördern; neue Transportkonzepte unter Einbindung von Gleisanschlüssen schaffen; Innovationen auf „erster/letzter Meile“ vorantreiben (Digitalisierung, Automatisierung, moderne Lokomotiven) sowie Interesse am eigenen Gleisanschluss steigern. **DK**

# Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

TV BAYERN  
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE  
NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

## IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek



BuGG-Positionspapier:

## Positive Wirkungen von Gebäudebegrünungen

Die Gebäudebegrünung muss ein selbstverständliches Instrument in der Stadtentwicklung werden, um Städte zu schaffen, in denen die Menschen auch in Zukunft noch gerne leben. Dies geht aus dem Positionspapier „Gebäudebegrünung als Klimafolgenanpassungsmaßnahme“ des BuGG (Bundesverband GebäudeGrün) hervor. Darin werden neben den Reduzierungen der Klimawandelauswirkungen weitere positive Wirkungen und Ökosystemleistungen von Gebäudebegrünungen dargestellt und mit ausgewählten Studien exemplarisch belegt.

Laut Positionspapier bewirken Extensivgründächer im Schnitt eine Reduktion des Regenwasserabflusses um 58 Prozent, Intensivgründächer sogar um 79 Prozent. Auch der Spitzenabfluss wird durch Extensivgründächer um durchschnittlich 71 Prozent gemindert.

Dach- und Fassadenbegrünungen sorgen für Verdunstungskühlung, Erhöhung der Luftfeuchte und Verschattung von Gebäudeteilen und reduzieren so den Hitzestress an heißen Sommertagen. Gründächer verdunsten je nach Wasserverfügbarkeit jähr-

lich über 400 l/qm. Fassadenbegrünungen verdunsten in der Vegetationsperiode zwischen ca. 2 und 15 l/qm am Tag. Diese Kühlleistung führt bei Gründächern zu einer durchschnittlichen Reduktion der Umgebungstemperatur von 1,34 °C, bei Fassadenbegrünungen von 1,37 °C.

Simulationen zeigen, dass Fassadenbegrünungen die gefühlte Temperatur in ihrer Umgebung um bis zu 13 °C senken können: Eine Bewässerung der Vegetation von Gründächern und Fassadenbegrünungen z. B. mit gesamtem Regenwasser, kann die

Verdunstung und somit auch die Kühlleistung selbst in Trockenzeiten auf einem hohen Niveau halten.

**Positive Effekte und schön anzusehen**

Mit Hilfe von Gebäudebegrünungen wird der direkte Abfluss von Niederschlagswasser verringert und die Verdunstungsleistung von städtisch bebauten Flächen erhöht, führt der Bundesverband GebäudeGrün weiter aus. Wenn zusätzlich Regenwasser in Zisternen oder Retentionsräumen gespeichert wird, können die positiven Effekte noch verstärkt werden. Dach- und Fassadenbegrünung tragen als ein Element dazu bei, Niederschlag als Ressource nutzbar zu machen.

Neben den positiven Effekten auf das Stadtklima und die Luftqualität haben Gebäudebegrünungen einen positiven gestalterischen Aspekt auf die Wahrnehmung städtischer Räume und können das Stadtbild prägen. Blühende Vegetation wird dabei als besonders schön empfunden.

Gebäudebegrünungen fördern darüber hinaus die urbane Artenvielfalt, indem sie Habitat und Nahrung für eine Vielzahl an Tier- und Pflanzenarten bieten. Insbesondere flugfähige Tiere wie Insekten und Vögel profitieren von den begrünten Flächen. So können Gründächer über 100 verschiedene Arten beherbergen. Dabei führt ein größeres Nahrungsangebot in Form von Blütenpflanzen z. B. auch zu einer höheren Artenzahl und Abundanz von Bienen. Gebäudebegrünungen dienen als Ersatzbiotope, die versiegelte und bebauten Bodenflächen teilweise ersetzen können.

**Verbesserung der Luftqualität**

Durch Filterung und Feinstaubbindung an Blattoberflächen und durch Sauerstoffanreicherung mittels Photosynthese verbessern Gebäudebegrünungen auch die städtische Luftqualität. Feinstaub kleiner 10 µm wird von Fassadenbegrünungen um ca. 42 bis 60 Prozent reduziert, heißt es in dem Papier. Stickoxide werden durch Dachbegrünungen um 29 Prozent und bei Fassadenbegrünungen um 11,7 bis 40 Prozent vermindert.

Bereits extensiv begrünte Dächer mit einer dünnen Substratschicht können eine Lärmreduzierung in darunterliegenden Innenräumen bewirken. Dabei liegt die Reduktion des Schalls zwischen 5 und 20 dB. Fassadenbegrünungen erreichen ein Schalldämmmaß von 22 dB. Der Lärm im umgebenden urbanen Raum wird sowohl durch Dachbegrünungen als auch Fassadenbegrünungen um bis zu ca. 10 dB reduziert.

Im Winter führen extensive Gründächer laut BuGG zu einer Energieeinsparung von maximal 8 Prozent auf bereits isolierten Dächern. Im Sommer können Gründächer bis zu 84 Prozent Energie einsparen. Je dicker die Substratschicht, desto größer ist die Dämmleistung.

Fassadenbegrünungen reduzieren die solare Einstrahlung auf die Gebäudehülle um ca. 85 bis 100 Prozent und wirken damit einer Aufheizung entgegen. Auf diese Weise entstehen mit pflanzlichem Sonnenschutz Kühlkostensparnisse von ca. 43 Prozent. Insbesondere bei Bestandsgebäuden mit schlechter Dämmleistung können Gebäudebegrünungen zu einer starken Energieeinsparung und somit einer indirekten Senkung von



Gebäudebegrünung mit PV-Modulen.

Bild: BuGG

## Hochwasserschutz mit dem Unimog

Benediktbeuern liegt im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen südlich von München im Alpenvorland unweit der beliebten Ausflugsziele Kochel- und Walchensee. In der Ferne ist das Karwendelgebirge zu sehen und zum idyllisch gelegenen Sylvenstein-Speichersee ist es auch nicht weit.

Charakteristisch für das Alpenvorland sind seine Wildbäche. Im Sommer erfreuen sich Wanderer ihres Anblicks. Aber wehe, wenn der Schnee schmilzt oder ergiebige Regenschauer übers Land ziehen: Die harmlosen Bächlein werden in kürzester Zeit hochgefährlich. Sie schwellen an, entwurzeln Bäume und führen Steine und Geröll mit. Spätestens dann kommen die Männer der Flussmeisterstelle Benediktbeuern zum Einsatz.

**Wendiges Kraftpaket.**

Sie gehören zum Wasserwirtschaftsamt Weilheim – vergleichbar mit einem Straßenbauamt. Die 14 Wasserbauer aus Benediktbeuern sind wiederum mit den Kollegen einer Straßenmeisterei zu vergleichen. Ihr Job: die Unterhaltung von Gewässern. Die Wildbäche im Einzugsgebiet der Loisach sind ihr Einsatzgebiet. Auf dem Hochwasserschutz der anliegenden Gemeinden liegt der Fokus.

Die Wildbäche halten sie beispielsweise mit massiven Uferbefestigungen im Zaum. Dazu braucht es Massen an Gestein – wohlgerichtet zugelassen nach Wasserbausteinrichtlinien. Ein geeignetes Arbeitsgerät ist der Unimog U 530 mit Hardox Steinbrücke, damit können die Steine direkt zur Baustelle gebracht werden, die oftmals in schwerem Gelände liegt. Die Wendigkeit des Unimog inklusive der Zuladung ist für die Einsätze im Alpenvorland ein enormes Plus.

Nicht selten geht es über nasse Wiesen. Ein Steckenbleiben wäre ein Riesenproblem. Der Dücker Häcksler wird an der Frontanbauplatte montiert und per Frontzapfwelle betrieben. Denn Gehölzpflege entlang der Bäche gehört auch zur Arbeit der Männer. Heckkraftheber und hydraulische Heckzapfwelle bilden die Infrastruktur für die Drei-Punkt-Seilwinde von Ritter. Damit können Baumstämme aus den Bächen gezogen werden. Und davon gibt's in den Wildbächen reichlich. □



Rauschender Bach: Für den Unimog U 530 ist ein Gebirgsbach nur selten ein Hindernis.

Bild: Mercedes Benz



In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
www.gemeindezeitung.de/ABC

## ABC der Kommunaltechnik Kehrtechnik: Selbstfahrende Kehrmaschinen im Einsatz

**Für viele von uns ist Sauberkeit und Ordnung in den eigenen vier Wänden ein wichtiges Thema, welches sich direkt auf unser Wohlbefinden auswirkt. Deshalb investieren wir auch in die nötige Technik oder kaufen die Dienstleistung mit einer privaten Reinigungskraft ein. Vor der Haustür jedoch sehen wir saubere Straßen und Gehwege oft als Selbstverständlichkeit an und vergessen dabei schnell, dass auch im öffentlichen Raum Ordnung und Sauberkeit viel mit Logistik und der richtigen Technik zu tun haben.**

Professionelle Kehrmaschinen gibt es in den verschiedensten Größen- und Leistungsklassen. Grundsätzlich kann die Maschinenpalette jedoch in selbstfahrende Kehrmaschinen und Aufbau- lösungen unterschieden werden. Selbstfahrende Kehrmaschinen werden ausschließlich für die Aufgabe des Kehrens entwickelt und sind in einer Range von 3,5 bis ca. 12 Tonnen verfügbar. In Städten und Gemeinden sorgen sie für saubere Straßen, Plätze und Wege.

Die meisten Maschinen verfügen über einen hydrostatischen Fahrantrieb und erreichen durch verschiedene Lenkungsarten wie Vierradlenkung oder Knicklenkung eine hohe Wendigkeit. Das Herzstück der Kehrmaschine ist die Saugeneinheit,

welche den Schmutz durch einen per Turbine erzeugten Unterdruck in den Kehrgutbehälter befördert. Ein Druckumlaufwassersystem mit integrierter Wasserrückgewinnung reduziert dabei die Staubentwicklung. Um den Schmutz zum Saugmund zu bewegen, kommen verschiedene Besensysteme zum Einsatz. Mit zwei bis drei Besen können unterschiedliche Bodenniveaus gleichzeitig gekehrt werden. Durch die Wahl verschiedener Materialien des Besenbesatzes werden je nach Anwendung verschiedene Parameter wie Haltbarkeit und Lärmemission beeinflusst.

**Vollelektrische Ausführung**

Aufgrund ihres planbaren Einsatzes überzeugen selbstfahrende Kehrmaschinen auch in voll-elektrischer Ausführung. Führende Produkte bieten Einsatzzeiten von bis zu 10 Stunden ohne Aufladung. Der Strom dafür wird aus langlebigen Li-Ionen-Akkus bereitgestellt. Die Vorteile liegen auf der Hand: kein lokaler Schadstoffausstoß und eine viel geringere Geräuschemission in lautstärkesensiblen Regionen im innerstädtischen Bereich. Attraktive Fördermöglichkeiten können bei einer Investition den höheren Anschaffungspreis kompensieren. □

CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen.

„Bei fachlich korrekter Ausführung ist Gebäudebegrünung mit Photovoltaik hervorragend kombinierbar“, unterstreicht der Bun-

desverband GebäudeGrün. Hierbei kann die Verdunstungskühlung der Pflanzen das Aufheizen der PV-Module verringern und so eine Steigerung des Energie-

ertrags um etwa 2,6 % bewirken. Darüber hinaus entstehen unter den Photovoltaikmodulen auch neue Lebensraum-Nischen für Tiere. **DK**



### Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwasch-

geräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](https://mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)



## GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie? Kellmünz a. d. Iller mit rund 1.500 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig? Hauptamtlich, 2014.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach einer Lehre als Elektromaschinenbauer und der Zeit als Offizier bei der Bundeswehr war ich 16 Jahre Lehrer an der Mittelschule.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die große Chance mit Mitte 40 nochmals etwas ganz Neues mitgestalten zu dürfen.



### Michael Obst

Erster Bürgermeister  
Markt Kellmünz a.d.Iller

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich war vorher sechs Jahre Mitglied im Marktgemeinderat meiner Heimatgemeinde. Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Hohe Schulden, nahezu kein geordneter Übergabeprozess – ich habe am 30. April 2014 den Schlüssel zum Büro erhalten und musste am 01. Mai 2014 vollumfänglich das Amt des Ersten Bürgermeisters einnehmen.

Das hat sich angefühlt, wie auf den letzten Wagen eines fahrenden Zuges aufzuspringen, bei dem man eigentlich als Lokführer tätig sein sollte. Der Weg vom letzten Wagen bis vor zur Lok war hart und steinig ;-).

Welche Themen beschäftigen Sie momentan? Derzeit sind wir in den Endzügen der Dorferneuerung, mit der wir Veränderungen anstoßen konnten, die unser kleiner Ort finanziell sonst nie hätte stemmen können. Umfangreiche Kanal-, Wasser- und Infrastrukturmaßnahmen wurden umgesetzt. Kultur wurde ermöglicht und eine neue Sporthalle gebaut.

Die ordentliche Ausweisung von Bauland hat zu einem erhöhten Zuzug geführt, was sich darin zeigt, daß der Kindergarten vergrößert werden muss.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Das Thema der nächsten Jahre ist es, unsere Bemühungen schwerpunktmäßig auf unsere älteren Mitbürger im Seniorenalter zu richten. Niederschwellige Angebote für diese Altersgruppe und das Versprechen daß jeder und jede möglichst lange im Ort alt werden kann. Wer einen Kindergarten in seinem Ort betreibt sollte in Zukunft auch ein „Seniorenwohnen“ im Ort ermöglichen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Es gibt nie „die Meinung“ der Bürger. In der Regel sind 20 Prozent für ein Vorhaben; 20 Prozent sind dagegen und 60 Prozent nehmen zur Kenntnis, dass etwas los ist. Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Wir kommunizieren sehr offen und transparent; berichten umfänglich im gemeindlichen Mitteilungsblatt über die Sitzungen, veröffentlichen regelmäßig die Beschlüsse aus dem „nicht öffentlichen“ Teil, sobald der Geheimhaltungsgrund entfallen ist und halten engen Kontakt zur Tagespresse.

Zu verschiedenen Fragen haben wir Bürgerinformationen, Bürgerbefragungen und Bürgerentscheide durchgeführt.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Corona hat uns gezeigt, was möglich ist und hat uns bewegt, alte Krusten aufzubrechen – Rathäuser werden in Zukunft digitaler und Bürgerdienste werden zunehmend online angeboten. Arbeitsplätze in der Verwaltung müssen mobil werden. Nicht jeder Angestellte benötigt noch einen eigenen Schreibtisch. Die verbindliche Vereinbarung von persönlichen Terminen wird in Zukunft selbstverständlich online möglich sein. Ein Auftritt in den „sozialen“ Medien gehört zum Grundbaustein der Bürgerinformation, da wir sonst gerade die „Jungen“ nur eingeschränkt erreichen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Wer redet der säht – wer zuhört der erntet!“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als ein Bürgermeister, der alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt hat, um Kellmünz noch liebens- und lebenswerter zu machen.



Die Junge Union aus dem Landkreis Landshut unter Führung ihres Kreisvorsitzenden Maximilian Ganslmeier (1.v.l.) möchte den engen Dialog mit den CSU-Bundestagsabgeordneten Max Straubinger (3.v.l.) und Florian Oßner (4.v.l.) auch in Zukunft fortsetzen.

Bild: Maria Rohrmeier

## Denkfabrik zur aktuellen Bundespolitik

Die Junge Union des Landkreises Landshuts traf sich zum Arbeitsgespräch mit den beiden Bundestagsabgeordneten Florian Oßner und Max Straubinger

Um sich inhaltlich zukunftsorientiert aufzustellen, holte sich die Junge Union des Landkreises Landshut bundespolitischen Input von den beiden CSU-Heimatabgeordneten Florian Oßner und Max Straubinger. Aber auch die Bundespolitiker konnten von den Eindrücken der jungen Basis profitieren.

Bei der Aufarbeitung der letzten Bundestagswahl war man sich einig, dass die nächsten Wahlkämpfe wieder themen- und wertebasiert geführt werden müssen. „Nach 16 Jahren erfolgreicher Regierungsarbeit müssen wir diesen Erfolg herausstellen und dürfen uns nicht in Kandidatenfragen verirren. Künftig müssen wir uns wieder auf unsere eigenen Wähler konzentrieren und ihnen deutlich vermitteln, welchen Mehrwert die CSU auf allen politischen Ebenen bietet“, so Max Straubinger.

Die Junge Union im Landkreis wünscht sich vor allem, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. „Gerade für Landwirte und mittelständische Unternehmer kosten die langwierigen Verfahren viel Zeit und Geld. Hier würde die heimische Wirtschaft unmittelbar von einer Beschleunigung profitieren“, erklärte Gemeinderat Matthias Högl aus Kröning. Infrastrukturpolitiker Florian Oßner stimmte dieser Einschätzung zu: „Durch die langen Planungsverfahren bei Projekten aller Art läuft Deutschland Gefahr, künftig von anderen europäischen Ländern überholt zu werden. Hier müssen wir jedoch noch Überzeugungsarbeit bei der neuen Ampel-Regierung in Berlin leisten, diesen wichtigen Schritt der Entbürokratisierung zu schaffen. Dafür wären nämlich unter anderem ein einfacherer Datenschutz und Einschränkungen bei Klageverfahren von Verbänden notwendig sowie eine grundsätzli-

che, ideologiefreie Sichtweise auf Infrastrukturprojekte.“

### Ideologiefreie Sichtweise notwendig

Weitere Kritik an der Ampel-Regierung übte JU-Kreisvorsitzender Maximilian Ganslmeier wegen des plötzlichen Stopps der KfW-Förderungen: „Da merkte man sehr deutlich, die Ampel-Regierung hat ganz andere Prioritäten als die Förderung des Eigenheims und die Stärkung junger Familien und des ländlichen Raums. Die Bundesregierung muss jetzt neue Konzepte vorlegen. Der Traum vom Eigenheim muss auch für unsere Generation finanziell und realisierbar bleiben.“ Dem hohen Druck der Unionsfraktion im Bundestag sei es mit zu verdanken, dass nun zumindest bereits gestellte Anträge noch bearbeitet würden. Dies könne jedoch nur ein Teilerfolg sein, betonte der Haushaltspolitiker Oßner.

Das Thema Klimawandel spielt für die junge Generation eine große Rolle. Allerdings werde man den Klimawandel nicht durch neue Verbote, sondern nur durch technologischen Fortschritt bewältigen, ist sich Gemeinderätin Verena Sladek aus Pfeffenhausen sicher. Es brauche dazu eine Stärkung der Anwendungsforschung, wie es beispielsweise am nationalen Wasserstoffzentrum in Pfeffenhausen passieren soll, erklärte Sladek. Man sei gespannt welche Entwicklungsmöglichkeiten durch die neue Regierung in den nächsten vier Jah-

ren geboten werden. Sowohl die Junge Union als auch die beiden Abgeordneten sehen einen großen Gewinn in den gemeinsamen Runden. „Wir setzen uns gerne für die Anliegen der Bürger vor Ort ein. Um mit ihnen in Austausch zu kommen, brauchen wir motivierte Leute, die auch Treffen vor Ort organisieren. Kein digitales Format kann am Ende das persönliche Gespräch ersetzen“, schloss Florian Oßner die Diskussionsrunde.

**GEMEINDEZEITUNG**  
KOMMUNALPOLITIK · WIRTSCHAFT · RECHT · TESSINA · FAHRRAD

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern

**Herausgeber:**  
Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chessel vom Dienst  
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel  
Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**  
Sebastian Franz (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen und Vertrieb:**  
Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-12  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**  
€ 76,10 zzgl. MWST.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWST.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

**Kündigung:**  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag  
**Verlags- und Geschäftsleitung:**  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
**Druck und Auslieferung:**  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

## Antirassismus auf den Lehrplan

Die Grüne Jugend München startete eine Petition, rassismuskritische Lehre in allen bayerischen Bildungsinstitutionen als feste Bestandteile der Lehrpläne aller Schulen zu integrieren. Diese Lehre soll das Aufarbeiten der europäischen Kolonialgeschichte beinhalten und aktuelle strukturelle Rassismen reflektieren. Inspiriert durch die Petition der IDiRa - Initiative für Diskriminierungssensibilität und Rassismuskritik in Niedersachsen ergänzten die Jugendlichen ihre Forderungen um die Schaffung von unbürokratisch zugänglichen Beratungsstellen für von Rassismus betroffene Schülerinnen und Schüler und Studierende.

„Dass Deutschland ein Rassismus-Problem hat, ist durch Hana, Halle, den NSU und München sehr deutlich geworden. Rassismus drückt sich jedoch nicht nur in aktiver Gewalt aus, auch tief verankerten Alltagsrassismus gilt es zu bekämpfen“, so Zeliha Durmus, eine der Initiatorinnen. „Doch wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Zukunft nicht verändern!“

„Sozialisierung fängt von klein auf an, weshalb es wichtig ist, genau da anzusetzen. Rassismuskritische Lehre schult den Umgang mit Stereotypen und Vorurteilen, das Erkennen und Benennen von rassistischer Diskriminierung, Zivilcourage und aktive Möglichkeiten gegen

Rassismus vorzugehen.“ fügt Susanne Mesan als Mitinitiatorin hinzu.

### Eurozentristische Perspektive aufbrechen

„Es wird endlich Zeit, dass wir in der Schule einen elementaren Teil unserer Geschichte aufarbeiten: die Kolonialzeit! Nur so können wir in eine antirassistische Gesellschaft münden.“ erklärt Francesca Rieker, Mitinitiatorin der Petition. „In der Schule lernen wir Wurzeln ziehen und Lyrikanalysen, doch wesentliche Grundlagen für ein antirassistisches Zusammenleben fehlen bislang!“ ergänzt Tobias Meßner, ebenfalls Mitinitiator.

Die Parteijugend fordert auch, in den Ausbildungen von Lehrenden und Erziehenden, sowie aller Lehrpersonen an bayerischen Hochschulen rassismuskritisches Training als verpflichtenden Bestandteil zu etablieren. Auch das Aufbrechen der eurozentristischen Wissensperspektive ist Element des Forderungskatalogs. Unterrichtsmaterialien und Lehrbücher mit Perspektiven nicht-weißer Menschen sollen Anwendung finden und sichtbar verfügbar sein.

Petitionstext: <https://chnng.it/bbBRXfKpH>

### Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

## Nisthilfen für Mauersegler

Mit Nisthilfen wollen die untere Naturschutzbehörde am Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen und der Landesbund für Vogelschutz (LBV) direkt am Amtsgebäude in Bad Tölz etwas für die Artenvielfalt tun.

Im Fokus stehen die Mauersegler. Ihr Bestand ist in Bayern durch Sanierungen von Gebäuden gefährdet. Landrat Niedermaier bekräftigt: „Jeder kann seinen Beitrag für die Artenvielfalt vor der eigenen Haustüre leisten. Einen Nistkasten anzubringen, ist ein sehr einfaches und effektives Mittel, um der heimischen Vogelwelt zu helfen.“

Von fehlenden Brutmöglichkeiten an Gebäuden sind auch andere Arten wie Rauch- und Mehlschwalben betroffen. Inzwischen fehlen ihnen häufig Nistmöglichkeiten, insbesondere im Bereich moderner Laufställe und renovierter Fassaden. Daher werden Nisthilfen für beide Arten inter-

ressierten Landwirtinnen und Landwirten von der unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt kostenfrei zur Verfügung gestellt. Der LBV übernimmt die Verteilung und steht bei der Anbringung gerne beratend und unterstützend zur Seite. Ansprechpartner für die Schwalbenaktion ist der Vorsitzende der LBV-Kreisgruppe Bad Tölz-Wolfratshausen Walter Wintersberger.

### Mauersegler

Mauersegler sind bekannt für ihre schnellen, wendigen Flugkünste. Ihre markanten Rufe hören seit jeher zum urbanen Umfeld dazu. Denn Siedlungen sind

der bevorzugte Lebensraum der Art in Bayern. Hier brüten sie in Kolonien und sind dabei sehr brutortstreu. Mauersegler sind Höhlenbrüter und legen ihre Nester oft in Hohlräumen hoher Gebäude an. Durch Sanierungen und moderne Bautechniken stehen der Art immer weniger Nistgelegenheiten zur Verfügung. Die Nützlinge ernähren sich ausschließlich von Insekten. Pro Brutpaar werden bis zu 50 Gramm Insekten pro Tag verfüttert.

### Mehr Informationen:

- [www.dein-toelzer-land.de/schwalbenschutz](http://www.dein-toelzer-land.de/schwalbenschutz)
- [www.lra-toelz.de/fachbereich-natur](http://www.lra-toelz.de/fachbereich-natur)
- [www.bad-toelz.lbv.de/unsere-arbeit/vogelschutz/geb%C3%A4udebr%C3%BCter](http://www.bad-toelz.lbv.de/unsere-arbeit/vogelschutz/geb%C3%A4udebr%C3%BCter)



Bild: Grüne Jugend

V.l.: Francesca Rieker, Zeliha Durmus, Tobias Meßner, Susanne Mesan.



Bezirk Niederbayern:

## Zuschlagskriterium „Nachhaltigkeit“ bei Baumaßnahmen

Bezirksausschuss fasst Beschluss zur Reduzierung von CO2-Emissionen

Im Februar beschloss der Bezirksausschuss unter dem Vorsitz des Bezirkstagsvizepräsidenten Dr. Thomas Pröckl, das Zuschlagskriterium „Nachhaltigkeit“ bei der Vergabe von Baumaßnahmen einzuführen. Bereits im September 2021 hat sich der Bezirksausschuss dazu bekannt, das Ziel einer klimaneutralen Verwaltung bis zum Jahr 2030 zu verfolgen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die CO2-Emissionen soweit möglich reduziert und die nicht vermeidbaren mit geeigneten Maßnahmen ausgeglichen werden. Ein großes Einsparpotenzial liegt dabei im Bereich der Baumaßnahmen.

Bislang wurde der überwiegende Teil der Baumaßnahmen und Lieferleistungen allein nach dem Wertungskriterium „Preis“ vergeben. Insbesondere das Thema Nachhaltigkeit konnte so nicht beeinflusst werden, mit Ausnahme von gelegentlicher Einflussnahme auf einzusetzende Materialien durch Vorgabe von einschlägigen Zertifikaten für bestimmte Produktgruppen. Andere Faktoren wie z.B. die Verwendung heimischer Materialien, umweltschonende Herstellungsverfahren, kurze Transportwege, emissionsarme Fahrzeuge usw. wurden bislang nicht in die Wertung einbezogen, da die Integration derartiger Faktoren in ein Leistungsverzeichnis vergabe-rechtlich äußerst problematisch ist. Gerade in diesen Bereichen liegt aber der Schwerpunkt der im Rahmen einer Baumaßnahme erzeugten CO2-Emissionen.

Künftig wird bei allen Vergabeverfahren ab einem Wert von über 100.000 Euro netto zusätzlich zum Zuschlagskriterium „Preis“ das Zuschlagskriterium „Nachhaltigkeit“ eingeführt. Somit zählt bei der Vergabe künftig nicht wie bisher der niedrigste Angebotspreis, sondern die Berücksichtigung des Themas Nach-

haltigkeit. Das sollen Bewerber in Form eines Nachhaltigkeitskonzeptes entsprechend darlegen.

### CO2-sparende Baumaßnahmen

„Um mittelfristig die Klimaneutralität zu erreichen, müssen die CO2-Emissionen in allen Bereichen reduziert werden. Das geht weit über eine klimaneutrale Verwaltung hinaus. Das größte Einsparpotenzial liegt neben den

Energiekosten bei den bezirklichen Baumaßnahmen. Durch Berücksichtigung eines Nachhaltigkeitskonzeptes bei den Vergabeverfahren setzt der Bezirk Niederbayern verstärkt auf die Verwendung heimischer Materialien, umweltschonende Herstellungsverfahren und kurze Transportwege. So kommen wir dem gesteckten Ziel einen großen Schritt näher“, betont Bezirksstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl, selbst geschäftsführender Gesellschafter eines Industrie- und Objektbauunternehmens. „Der Bezirk übernimmt bewusst eine Vorreiterrolle, um mit diesem Verfahren Erfahrungen zu sammeln. Diese können wir dann den Städten und Gemeinden, die den gleichen Weg beschreiten wollen, zur Verfügung stellen.“ **md**



Das Kriterium „Nachhaltigkeit“ fließt künftig in das Vergabeverfahren ab einem Auftragswert von 100.000 Euro ein. Im Bild: Matthias Kopf, Leiter des Baureferats (li.) des Bezirks Niederbayern und Bezirksstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl. Bild: Bezirk Niederbayern/Dörner

Politische Bildung im Landkreis Regensburg:

## „Demokratie leben!“

Der Landkreis Regensburg beteiligt sich am Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Das beschloss der Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag von Landrätin Tanja Schweiger in seiner Sitzung. Für die Umsetzung des Programms sollen zwei Teilzeitstellen geschaffen werden. Projektträger ist das Kreisjugendamt Regensburg in enger Zusammenarbeit mit dem Verein für Jugendarbeit im Landkreis Regensburg e.V.

Ziel des Bundesprogramms ist die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Einsatzes für die Demokratie, für ein vielfältiges und friedliches Miteinander und das Engagement gegen Extremismus. Vor allem Kinder und Jugendliche, sowie deren Eltern, Familienangehörige und Bezugspersonen, junge Erwachsene, aber auch ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe und andere sozial Tätige, sollen von dem Konzept „Demokratie leben!“ profitieren und ein Bewusstsein für eine vielfältige, offene und tolerante Gesellschaft erhalten.

Das Förderprogramm ist zunächst bis 31.12.2024 befristet. Bei den zwei 0,5 – Teilzeitstellen handelt es sich um eine Sozialpädagogische Fachkraft, deren Personalkosten vollständig vom Bund getragen werden. Die Personalkosten für die Verwaltungsfachkraft hingegen müssen vom Landkreis Regensburg selbst übernommen werden.

Politische Bildung stärken

Landrätin Tanja Schweiger: „Mit dem Förderprogramm „Demokratie leben!“ können wir unsere bisherigen Aktivitäten beim Thema Politische Bildung nochmals deutlich ausbauen und so die Präventionsarbeit gegen Ausgrenzung weiter stärken. Auch bereits bestehende Angebote, wie etwa 'Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage' können mit dem Förderprogramm unterstützt werden.“

Die Ziele des beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelten Förderprogramms „Demokratie leben!“ lauten: Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen. Das Programm ist gegliedert in drei Handlungsfelder: Im Handlungsfeld Demokratieförderung wird

das Ziel verfolgt, demokratische Teilhabe und zivilgesellschaftliche Konfliktregulierung zu stärken. Im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung sollen Projekte (Beleitausschuss, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Jugendforum) das Verständnis für die Selbstverständlichkeit von Vielfalt und Respekt, die Anerkennung von Diversität und die Arbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit gefördert werden. Im Handlungsfeld Extremismusprävention werden die zentralen Formen ideologischer Radikalisierung bearbeitet.

Weitere Informationen zu „Demokratie leben!“ auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter <https://www.demokratie-leben.de/> **□**



Auf Einladung des Günzburger CSU-Kreisvorsitzenden Landrat Dr. Hans Reichhart (l.) und des Kreisgeschäftsführers der CSU, Daniel Schuler, befasste sich der Kreisverband in einer digitalen Veranstaltung mit der aktuellen Coronlage im Landkreis Günzburg.

Referent des Abends war der Ärztliche Direktor des Krankenhauses Günzburg Dr. Ulrich Kugelmann, der zugleich auch Leiter der Führungsgruppe Katastrophenschutz ist. Kugelmann präsentierte eine Fülle an Statistiken, die international, auf die Bundesrepublik, auf Bayern und den Landkreis bezogen, die Auswirkungen der verschiedenen Pandemiewellen, die Krankenhausbelastung und den Impffortschritt bzw. die Impfquote in Beziehung setzen. Sein Resümee: „Die Impfung hilft, besonders im Hinblick auf schwere und schwerste Verläufe“. Dr. Reichhart dankte allen, die sich in der Pandemiezeit für die Bewältigung der schwierigen Lage einbrachten, ob in den Ämtern, den medizinischen und pflegerischen Berufen, den Hilfsorganisationen, im Ehrenamt, Beruf oder auch in der Nachbarschaftshilfe, überall dort, wo es darum geht, für andere dazu sein. Dieser Zusammenhalt mache den Landkreis Günzburg aus. **Bild: Schuler/CSU**

## GZ PINOS WELT



Puh, was waren das für zwei anstrengende Wochen – Olympia total zu den ungünstigsten Sendezeiten. Nur übertrifft vom Super Bowl, der erst in den frühen Morgenstunden zu Ende war und zu einer einmaligen Verödung des Büros geführt hat, so viele hatten sich den Montag darauf freigenommen. American Football ist offensichtlich mächtig im Kommen!

Aber zurück zu Olympia, wobei man eigentlich einen anderen Namen für diesen Kommerzklamauk finden sollte, denn von Bobfahren, Eiskunstenlaufen und Skitrick in der Halfpipe wissen die Analen des antiken Olympia nicht zu berichten. Aber es geht ja eh nicht um Sport, denn sonst hätte man eine vollgedopte Fünfzehnjährige ja erst gar nicht zugelassen. Mein Gott, 15 Jahre! Da schaut man, Achtung Klischeealarm, sich Schminktutorials auf YouTube an oder pro-

ter dem Kürzel ROC für Russian Olympic Committee schon. Ich sagte ja schon, es ging nicht um Sport.

Um Freiheit und Menschenrechte geht es bei solchen großen Sportereignissen ja auch schon lange nicht mehr. Die Einschränkungen, Überwachungen und Schikanen, denen die Sportler ausgesetzt waren, sind ja nicht nur damit zu erklären, dass die Chinesen keine Lust auf den Song „Corona's coming home“ (auf die Melodie von Football's coming home) hatten.

China ist halt mal eine Diktatur, die ihre eigene Definition von persönlicher Freiheit, Redefreiheit und Bewegungsfreiheit hat. Die Überwachung ist perfekt, auch wenn man nicht wie die Sportler eine spezielle Big-Brother-App auf seinem Smartphone installieren musste. Der putzige Auftritt einer Alibi-Ugurin wurde ja im deutschen Fernsehen mit einer erschreckenden Dokumentation über die Unterdrückung dieser und anderer nationaler Minderheiten im heutigen China gekontert, aber ansonsten wurde der Bambusvorhang eisern unten gehalten. Nach einer Anweisung – so war zu lesen – war es den Bewohnern der Austragungsorte sogar verboten, Sportlern zu helfen, wenn sie zum Beispiel in einen Autounfall verwickelt gewesen werden. Jaja, alles natürlich wegen der Null-Covid-Strategie, aber auch freiheitliche Gedanken können sich bekanntlich wie ein Virus ausbreiten und pandemisch werden. Die Kommunistische Partei Chinas hat die friedlichen Revolutionen in Osteuropa 1989 genau studiert.

Naja, der Spuk ist vorbei und das nächste Sportspektakel findet erst um die Adventszeit statt, nämlich die Fußball-WM in Qatar. Die Ingenieurskunst ist zwar in der Lage, olympische Winterspiele in einer Gegend zu organisieren, in der es nie schneit, aber das mit den 50 Grad Celsius im Sommer auf der arabischen Halbinsel war noch nicht in den Griff zu bekommen. Also gibt es dieses Jahr halt auch Fußball-Winterspiele.

Bei den vielen Stürzen, Verletzungen und Demütigungen der letzten 14 Tage ist mir übrigens immer wieder Bertold Brecht in den Sinn gekommen: „Der große Sport fängt da an, wo er längst aufgehört hat, gesund zu sein.“

## Der olympische Geist: Einschränkung und Überwachung

biert aus, bis zu welchen Minusgraden man ohne Socken in Siebenachteljeans und Chucks herumlaufen kann, aber man lässt sich doch nicht freiwillig vollgepumpt mit Opas Herztabletten psychisch fertigmachen. Das ist doch alles nicht normal.

Nein, es geht um Geld und die Ehre – und bei letzterem ging es den Deutschen ja ganz gut. Platz 2 im Medaillenspiegel, Respekt. Aber noch viel schöner ist es, dass auf Platz 1 nicht irgendein großes Land wie die USA oder ein Gerne-großland wie China steht, sondern Norwegen. Ein kleines skandinavisches Land mit sympathischen Leuten, wo vom Langlauf bis zum Skifahren der Wintersport einfach zu Hause ist. Ob die auch dopen? Weiß ich nicht, aber man kann sich bei den Norwegern wenigstens der Illusion hingeben, dass es dort so etwas nicht gibt.

Ginge es allerdings nicht nur nach der Zahl der Goldmedaillen, sondern nach den Medaillen insgesamt, stünden die Russen nach den Norwegern auf Platz 2. Ja, Russland darf zwar wegen wiederholtem Staatsdoping nicht mehr bei Olympia mitmachen, aber die Russen un-

Ihr Pino

## „50 Jahre Olympia-Attentat 1972“

Erinnerung an die Opfer

„Zwölf Monate – Zwölf Namen: 50 Jahre Olympia-Attentat München 1972“ – so lautet der Titel des Gedenkjahres 2022. Um den zwölften 50 Jahre nach den schrecklichen Ereignissen in ganz besonderer Weise zu gedenken, wird jeden Monat ein Opfer im Mittelpunkt stehen. Koordiniert vom Jüdischen Museum München und dem NS-Dokumentationszentrum München, beteiligen sich auch verschiedene Institutionen aus dem Landkreis Fürstfeldbruck an der besonderen Erinnerungsarbeit.

Im Februar wird dem getöteten Polizisten Anton Fliegerbauer gedacht. Auf das Gebäude des Polizeipräsidiums in der Ettstraße in

München wird ein Foto von Anton Fliegerbauer projiziert. Ebenfalls im Februar wird es in der Polizeihochschule Fürstfeldbruck

Gesundheitsminister Klaus Holetschek:

## Neue Gesundheitsregionenplus

Lösungen für die Versorgung, Prävention und Pflege vor Ort

„Ich freue mich sehr, dass künftig der Landkreis Oberallgäu gemeinsam mit der Stadt Kempten, der Landkreis Lichtenfels und der Landkreis Kelheim als Gesundheitsregionenplus passgenaue Lösungen für die Gesundheitsversorgung, Prävention und Pflege der Bevölkerung vor Ort entwickeln“, betonte Minister Holetschek anlässlich des Zusammenschlusses der Stadt Kempten und des Landkreises Oberallgäu zur gemeinsamen Region Kempten-Oberallgäu. Für die damit insgesamt drei neuen Regionen begann am 1. Januar die erstmalige Förderung als Gesundheitsregionplus.

Viele Kommunen nutzen die Vorteile der Gesundheitsregionenplus bereits: Seit 2017 haben beispielsweise die Stadt Amberg und der Landkreis Amberg-Weizsach, die Stadt und der Landkreis Bayreuth, der Landkreis Mühldorf am Inn, der Landkreis Dachau, die Nordoberpfalz mit den Landkreisen Neustadt an der Waldnaab, Tirschenreuth und der Stadt Weiden sowie der Landkreis Main-Spessart eine Gesundheitsregionplus etabliert. Holetschek: „Es freut mich, dass wir dort eine lückenlose Weiterfinanzierung für die nächsten

fünf Jahre ermöglichen können.“

Aktuell werden insgesamt 60 Gesundheitsregionenplus vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gefördert. Sie decken 77 Landkreise und kreisfreie Städte ab. Die Gesundheitsregionenplus vernetzen gemeinsam mit der Kommunalpolitik die Akteure aus dem Bereich Gesundheit und Pflege vor Ort. Eine Liste mit allen Gesundheitsregionenplus und weiteren Informationen kann abgerufen werden unter <https://www.gesundheitsregionenplus.bayern.de/> **□**

einen Vortrag geben. Das Programm sieht u. a. eine Ansprache der Hinterbliebenen sowie einen Vortrag zu den polizeilichen Lehren aus dem Olympia-Attentat vor.

Im März widmet sich das Bauernhofmuseum Jexhof mit einer Außenausstellung dem Gewichtheber Ze'ev Friedman. Eliezer Halfin rückt im Mai in den Mittelpunkt. Als Ergänzung zur Ausstellung „5. September 1972 – Das Ende der Heiteren Spiele von München“ wird im Landratsamt Fürstfeldbruck über das Leben des Freistil-Ringers informiert.

Mit einem Gedenktournee erinnert der Historische Verein für Stadt und Landkreis Fürstfeldbruck e. V. im Juni an den Gewichtheber Yossef Romano.

Das Museum Fürstfeldbruck wird im September im Rahmen der Ausstellung „Olympia 1972“ an den Ringer Mark Slavin erinnern.

Im November werden Schülerinnen und Schüler des Graf-Rasso-Gymnasiums an den Kampfrichter Yakov Springer erinnern.

Weitere Informationen

Das Programm zu den monatlichen Gedenken wird laufend aktualisiert und ist u. a. einsehbar unter [www.lra-ffb.de](http://www.lra-ffb.de) sowie unter <https://muenchen1972-2022.de>. Darüber hinaus arbeiten 15 Künstler der Künstlervereinigung FFB zum Thema: „50 Jahre Olympia-Attentat 72“. Die Ausstellung findet vom 03.09. bis 25.09.2022 in der Kulturwerkstatt HAUS 10 statt. **□**



# Geballte Infos zu Inklusion

Behindertenbeauftragte aus Main-Spessart erstellt alle zwei Monate einen Newsletter

Sie war auf die Rückmeldungen neugierig. Und freute sich sehr: Elena Reinhard's Newsletter hatte nach nur einem Monat bereits 125 Abonnenten. „Zur Idee, den Newsletter herauszubringen, kam es, weil bei mir sehr viele Informationen eintrudeln“, erzählt die kommunale Behindertenbeauftragte des Landkreises Main-Spessart. In Kürze wird das Info-Bündel rund um die Themen „Inklusion“ und „Teilhabe“ zum zweiten Mal erscheinen. Ab 2022 soll es den Newsletter alle zwei Monate geben.

Dass das letzte Quartal des Jahres wieder massive Corona-Turbulenzen beschert hat, brachte viele Newsletter-Schreiber in die Bredouille: Kaum war eine Veranstaltung angekündigt, musste sie auch schon wieder gecancelt werden. Diesen Umstand hatte Elena Reinhard in ihrem ersten Newsletter, der im November 2021 erschien, allerdings bereits berücksichtigt. „Er enthielt keine aktuellen Veranstaltungen, sondern nur solche, die bereits stattgefunden haben und nun noch per Video angesehen werden können“, berichtet sie. So gab es einen Link zum Bayerischen Digitalgipfel „Code Bavaria 2021“, der letztes Jahr im Oktober hybrid organisiert wurde.

Nach Ansicht von Betroffenen kommt Inklusion nur im Schnecken-tempo voran. Nach wie vor stoßen Menschen, die ein Handicap haben, in ihrem Alltag auf viele Barrieren. Elena Reinhard

kann die Klagen verstehen. Inklusion sei ein Marathon, kein Sprint, meint sie: „Wobei wir auf einem guten Weg sind.“ In ihrem Newsletter listet sie Fortschritte auf. So setzte zum Beispiel der Landkreis Main-Spessart seine Internetseite in leichte Sprache um. Dadurch können sich Menschen mit kognitivem Handicap nun besser informieren. Im November-Newsletter wurde auf die entsprechende Seite verwiesen.

Licht ins Paragraphendickicht zu bringen, ist ein weiteres Ziel von Elena Reinhard. Gerade das Bundesteilhabegesetz ist so komplex, dass auch Fachleute nicht alles verstehen. Das Arbeitsrecht hat es ebenfalls in sich. Wie verhält es sich zum Beispiel bei einer psychischen Erkrankung? Was darf der Arbeitgeber fragen? Auch hierum ging es im ersten Newsletter, der sowohl von Privatpersonen als auch von

Fachleuten, Vereinen, Institutionen und Organisationen aus Main-Spessart bezogen wird. Arbeitgeber, wurde erläutert, dürfen grundsätzlich nicht nach einer psychischen Erkrankung fragen. Nicht im Bewerbungsgespräch. Und auch nicht während des Arbeitsverhältnisses.

Viele Menschen mit Behinderung würden zumindest gern einen Teilzeitjob haben, weiß Elena Reinhard aus ihren Beratungsgesprächen. „Niemand möchte zu Hause hocken, jeder sehnt sich nach einem Beruf, der Freude macht“, so die Behindertenbeauftragte. Auch hier geschah einiges, um den Einstieg in die Arbeitswelt zu erleichtern. Der erste Newsletter informierte zum Beispiel über das „Budget für Arbeit“. Dieses Förderinstrument richtet sich an Personen mit einem Handicap, die klassischerweise in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt sind. Durch das „Budget für Arbeit“ können sich die Betroffenen eine Alternative auf dem regulären Arbeitsmarkt aufbauen.

## Inklusion ist oberstes Gebot

Inklusion ist in unserer Gesellschaft seit über zehn Jahren oberstes Gebot. Grundlage ist die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Damit wir eine wirklich inklusive Gesellschaft werden, muss jedoch noch einiges geschehen, sagt Elena Reinhard. Schwierig zum Beispiel ist es nach ihren Worten für behinderte Menschen, die Pflege benötigen, ambulant zu wohnen. Es mangelt an barrierefreien so-

wie an rollstuhlgerechten Wohnungen. Und es mangelt an persönlicher Assistenz, die vonnöten ist, damit ein Mensch selbst mit gravierenden Beeinträchtigungen eigenständig und selbstbestimmt leben kann. Hierauf wird einer der nächsten Newsletter eingehen.

Die Unerschöpflichkeit des Themas „Inklusion“ sorgt dafür, dass Elena Reinhard der Stoff für ihre Newsletter nicht ausgehen wird. Im Gegenteil: Es gibt ständig so viel Neues, dass sie sorgfältig auswählen muss. Schließlich möchte niemand von einem Newsletter „erschlagen“ werden. Im Januar soll es um die Themen „Arbeit“ und „Steuern“ gehen, der März-Newsletter steht wahrscheinlich unter dem Thema „Freizeit“. Spannend ist dieses Thema dadurch, dass es hier sehr widersprüchliche Interessen gibt. Die einen wünschen sich inklusive Angebote. Die anderen wollen neue Angebote für bestimmte Personengruppen: „Zum Beispiel für Kinder mit psychischer Beeinträchtigung.“

Wie es ist, ein wenig „anders“ zu sein, das weiß im Übrigen niemand besser als Elena Reinhard: Die Verwaltungsbeamtin wurde im russischen Gmelinka geboren, wo sie auch neun Jahre lebte. „Als Deutsche waren wir in Russland nicht wirklich akzeptiert. Als wir hierherkamen, stießen wir anfangs als ‚Russen‘ nicht immer auf Akzeptanz“, schildert sie. Das liegt lange zurück: „Und bei mir klappte es auch rasch mit der Integration.“ Dennoch: Die Erfahrung, ausgegrenzt zu sein, nicht wirklich dazugehören, prägt Menschen mit Behinderung, die sich von Elena Reinhard beraten lassen, schwärmen denn oft von der Empathie, mit der die 36-Jährige auf sie einget. **Pat Christ**

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die Eigenbeilage „Bahnland Bayern“ des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Regierung von Unterfranken / Gemeinde Hohenroth:

## 90.000 Euro für interkommunalen Waldkindergarten

Die Regierung von Unterfranken hat der Gemeinde Hohenroth (Landkreis Rhön-Grabfeld) eine Förderung von 90.000 Euro für die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Waldkindergartens zusammen mit 12 weiteren Mitgliedsgemeinden der NES-Allianz bewilligt. Mit dem Waldkindergarten kann das pädagogische Angebot im Allianzgebiet innovativ erweitert und die Attraktivität der Bildungslandschaft für junge Familien und Kinder gesteigert werden.

Grundlage der Förderungen ist die Richtlinie für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Die Regierung von Unterfranken hat die Kooperation als vorbildhaft und förderungswürdig anerkannt. Die Förderung beträgt 85 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtkosten bis zu einer Höchstgrenze der Fördersumme von 90.000 Euro. □

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

## Förderbescheide für Hebammen

Die Förderbescheide im Rahmen der Zuweisungen des Freistaates Bayern für Hebammen, die im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen in der Wochenbettbetreuung tätig sind, wurden versendet. Insgesamt erhalten 14 Hebammen eine Zuschusszusage für 2021. Damit unterstützen der Freistaat Bayern und der Landkreis die geburtshilfliche Versorgung. Bezuschusst wurde auch ein Imagefilm der Beleghebammen für die Geburtsstation des Klinikums Starnbergs am Standort in der Kreisklinik Wolfratshausen. Kreisausschuss und Kreistag hatten entsprechende Beschlüsse gefasst.

Den Zuschuss erhält jede Hebamme, die im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen pro Kalenderjahr mindestens 15 Mütter im Wochenbett mit jeweils mindestens drei Hausbesuchen betreut haben. Hebammen, die mindestens 25 Mütter betreut haben, werden mit einem höheren Betrag unterstützt. Die Höhe des Förderbetrages, inklusive des zehnjährigen Anteils des Landkreises, beträgt für zwei Hebammen jeweils 928,74 und für 12 Hebammen jeweils 1.857,20 Euro. Der Imagefilm der Beleghebammen für die Geburtsstation des Klinikums Starnbergs am Standort in der Kreisklinik Wolfratshausen wurde mit 3.233,90 Euro bezuschusst. Insgesamt wurden 27.377,78 Euro ausbezahlt. □

## Vorschau auf GZ 6/2022


In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 17. März 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasserversorgung • Abwasserentsorgung
- Kommunale Bauwesen
- Kommunalmarketing
- Sicherheit und Arbeitsschutz
- Brand- und Katastrophenschutz • Extremwetterereignisse

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
  
**Fahnen Koch**  
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
 Querstrasse 8  
 96450 Coburg  
 Tel.: 09561-5527-0  
 Fax: 09561-552723  
[www.fahnen-koch.de](http://www.fahnen-koch.de) [info@fahnen-koch.de](mailto:info@fahnen-koch.de)

### Bau

**ERLUS AG**  
 Hauptstraße 106  
 D-84088 Neufahrn/NB  
 T 08773 18-0  
 F 08773 18-113  
[www.erlus.com](http://www.erlus.com)  
  
 Qualität aus Deutschland

Abonnieren Sie unseren  
**KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL BRUNNENSERVICE**  
  
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - [info@etbs.de](mailto:info@etbs.de)  
[www.etbs.de](http://www.etbs.de)

### Energiedienstleistung

**erdgas schwaben**  
 sicher, günstig, nah  
[erdgas-schwaben.de](http://erdgas-schwaben.de)  


### Erneuerbare Energien

**LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN** **juwi**  
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.  
**juwi AG** · Martha Müller · 0711/900357-72 · [windimwald@juwi.de](mailto:windimwald@juwi.de) · [www.juwi.de](http://www.juwi.de)

### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
  
**Fahnen Koch**  
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
 Querstrasse 8  
 96450 Coburg  
 Tel.: 09561-5527-0  
 Fax: 09561-552723  
[www.fahnen-koch.de](http://www.fahnen-koch.de) [info@fahnen-koch.de](mailto:info@fahnen-koch.de)

**FAHNEN KÖSSINGER**  
  
 Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling  
 Tel: 09451 9313-0 • [www.fahnen-koessinger.de](http://www.fahnen-koessinger.de)  
 Fahnen  
 Masten  
 Roll-Ups  
 Bekleidung  
 uvm.

### Glasfaserausbau

**UG**  
 Unsere Glasfaser  
 powered by Allianz  
**VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.**  
 Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2022 sichern unter: **0800 410 1 410 111**  
 Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning

GemeindeZeitung auf folgenden  
 Social Media Kanälen:



### Informationssicherheit und Datenschutz

**insidas**  
 INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSCHUTZ  
 Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit.  
 Tel.: 0871 205494-0 oder [vertrieb@insidas.de](mailto:vertrieb@insidas.de)  
[www.insidas.de](http://www.insidas.de)

### Kommunale Fachmedien

**Wegweisend bei Wissen.**  
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.  
[www.schweitzer-online.de](http://www.schweitzer-online.de) 

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
 Telefon 08171.9307-12  
[steer.monika@gemeindezeitung.de](mailto:steer.monika@gemeindezeitung.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
 Telefon 08171.9307-10  
[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

### Kommunale Immobilienentwicklung

 Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung  
[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) 

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### GZ Akademie

Termine unter:  
[www.gemeindezeitung.de/akademie](http://www.gemeindezeitung.de/akademie)



### Kommunalfahrzeuge



**Für jeden der richtige Unimog.**  
 Bei Ihren Profis in der Region.

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
 85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)  
**Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
 93095 Hagelstadt, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)  
**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
 89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)  
**Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG**  
 95326 Kulmbach, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)  
**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
 97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)  
**KLMV GmbH**  
 95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)

 **Bayern Labo**

### KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf  
 Kommunales Leasing  
 für Mobilien und Immobilien  
[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



Kommunen kompetent erreichen:

[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Recyclingbaustoffe

 **BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**  
[www.baustoffrecycling-bayern.de](http://www.baustoffrecycling-bayern.de)





Foto: © BEG/Hans-Jürgen Ward

## Bahnland Bayern Eine Bilanz in zehn Diagrammen

1997 war ein einschneidendes Datum für den bayerischen Regional- und S-Bahn-Verkehr: Vor 25 Jahren beendete die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) das erste europaweite Vergabeverfahren für ein Liniennetz im Freistaat und schloss einen Verkehrsvertrag mit einer Konkurrentin der Deutschen Bahn, der späteren Bayerischen Oberlandbahn. Die Entscheidung der BEG sorgte damals national für große Aufmerksamkeit. Es war der Startschuss für die Renaissance des Regionalverkehrs. Den Weg bereitet hatte die Bahnreform, nach der die Verantwortung für den Regionalverkehr im Jahr 1996 vom Bund auf die Länder übergang. Zeit für eine Bilanz: Zehn Diagramme zeigen, wie sich das Bahnland Bayern seitdem verändert hat.

Die BEG plant, finanziert und kontrolliert seit 1996 den Regional- und S-Bahn-Verkehr im Auftrag des Bayerischen Verkehrsministeriums. Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Bayern finanziert sich rund zur Hälfte durch Fahrgeldeinnahmen, die andere Hälfte stammt aus staatlichen Zuwendungen, den Regionalisierungsmitteln, welche die Länder vom Bund erhalten. Diese Steuergelder bestmöglich zum Vorteil der Fahrgäste zu investieren – das ist das Ziel der BEG. Der größte Teil ihrer Arbeit bleibt den Fahrgästen verborgen, obwohl die BEG maßgeblich das Zugangebot gestaltet.

Beispielsweise erstellt die BEG die Fahrpläne und legt Mindeststandards in Sachen Ausstattung der Fahrzeuge fest – die Auswahl des Fahrzeugherstellers und Ausstattungsdetails sind allerdings den Eisenbahnverkehrsunternehmen überlassen. Diese Unternehmen haben den unmittelbaren Kontakt zu den Fahrgästen: DB Regio, Agilis, die Bayerische Regiobahn (BRB), die Länderbahn, Go-Ahead und einige mehr betreiben im Auftrag der BEG die Züge.



# 1. Wettbewerb im Bahnland Bayern

Es ist eine der Kernaufgaben der BEG: die Unternehmen auswählen, die den Regional- oder S-Bahn-Verkehr auf bestimmten Strecken erbringen. Das Auswahlinstrument der BEG hierfür sind Vergabeverfahren, die meisten davon in Form öffentlicher europaweiter Ausschreibungen, bei denen mehrere Unternehmen gegeneinander antreten. In diesen Verfahren steckt viel Arbeit: Im Schnitt rund 140 Seiten umfassen die Vergabeunterlagen der BEG.



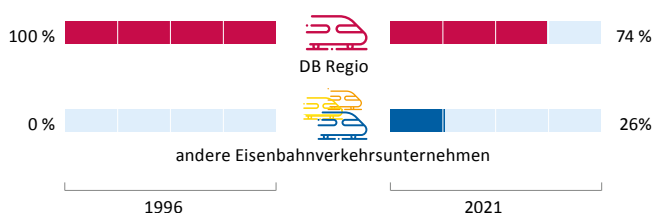
78 Vergabeverfahren hat die BEG 1996 – 2021 abgeschlossen. Von der Vorbereitung eines Verfahrens durch die BEG über die Vergabeentscheidung bis zur Inbetriebnahme durch das siegreiche Unternehmen sind im Schnitt sechs Jahre notwendig.

„Das ist keine blütenreiche Prosa, sondern dahinter verbergen sich detaillierte Zahlen und Fakten zu den Mindestvorgaben, die die Unternehmen erbringen müssen: zum Fahrplan und zum Betriebskonzept, zu den Fahrzeugen, zum Service im Zug“, erklärt Christian Bauer, einer von zehn Mitarbeitern in der Abteilung Wettbewerb, Verkehrsverträge und Vergaberecht. „Das Verkehrsangebot, das unsere Kollegen von der Planung austüfteln, prüfen wir auf Finanzierbarkeit und gießen es in juristisch wasserdichte Ausschreibungsunterlagen – mit nachvollziehbaren, objektiven Bewertungskriterien.“

Im Durchschnitt zwei Jahre benötigt die BEG für die Vorbereitung und Durchführung eines Vergabeverfahrens. Rund ein halbes Jahr davon ist für die teilnehmenden Verkehrsunternehmen eingeplant, um die Angebote zu erstellen. Danach benötigt der Gewinner der Ausschreibung rund vier Jahre, um den Betrieb vorzubereiten. Nach der Inbetriebnahme bedient das Unternehmen die ausgeschriebenen Linien im Auftrag der BEG in der Regel für zwölf Jahre.

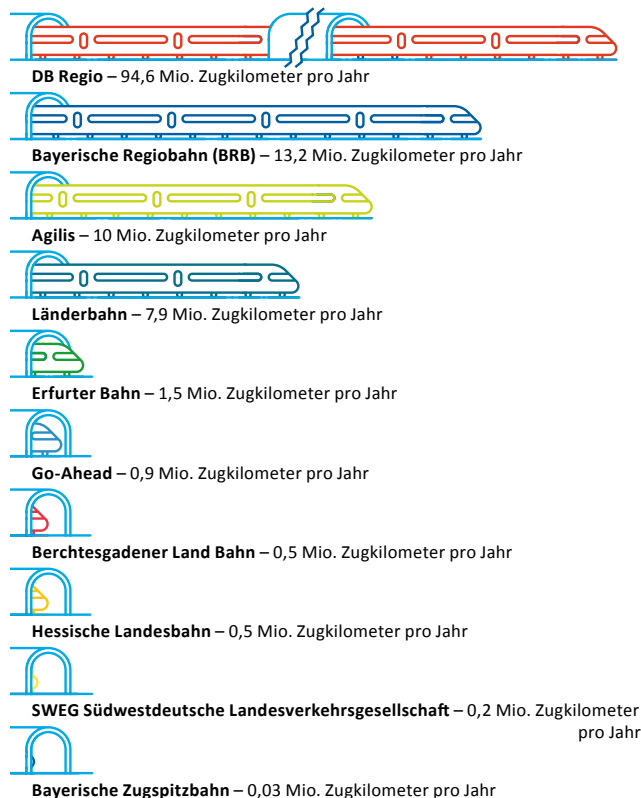
# 2. DB-Monopol weicht neuer Vielfalt

Durch die Vergabe der Verkehrsleistungen im Wettbewerb ist das ehemalige Monopol der Deutschen Bahn einem vielfältigen Angebot nationaler und internationaler Eisenbahnverkehrsunternehmen gewichen. 2021 erbrachten alle Unternehmen gemeinsam 129 Millionen Zugkilometer im bayerischen Regional- und S-Bahn-Verkehr. 74 Prozent davon entfallen auf DB Regio (von diesem DB-Anteil geht gut ein Fünftel auf das Konto der S-Bahn München). Die restlichen 26 Prozent der Verkehrsleistung verteilen sich auf die anderen Verkehrsunternehmen in Bayern. 101 Millionen Zugkilometer werden bereits nach Abschluss von Vergabeverfahren im Wettbewerb erbracht.



Anteil DB und andere Eisenbahnverkehrsunternehmen an den Zugkilometern im bayerischen SPNV (1996 – 2021)

# 3. Das Bahnland Bayern ist bunt



Zugkilometer der Eisenbahnverkehrsunternehmen im bayerischen SPNV 2021

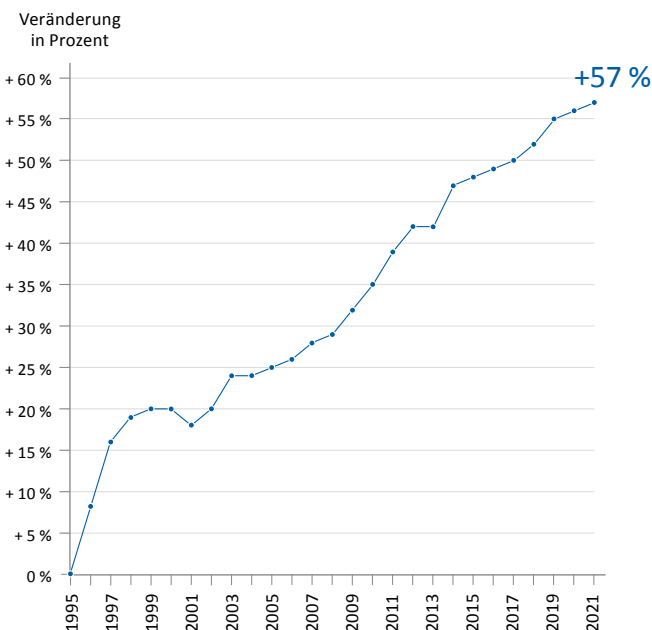


Im Fahrplanjahr 2021 fuhren zehn verschiedene Eisenbahnverkehrsunternehmen im Auftrag der BEG. Dieses Bild ist jedoch ständig in Bewegung. Beispielsweise übernahm die Bayerische Regiobahn im Dezember die Linien der Berchtesgadener Land Bahn, so dass es aktuell nur noch neun Unternehmen sind. Und auch die Gewichte zwischen den Anbietern verschieben sich laufend: Durch die Inbetriebnahme des E-Netzes Allgäu steigt die Verkehrsleistung von Go-Ahead im Fahrplanjahr 2022 auf 2,8 Millionen Zugkilometer – und damit auf das Dreifache des Vorjahres. Mit der übergreifenden Marke Bahnland Bayern sorgt die BEG dafür, dass der SPNV im Freistaat als Gesamtsystem erkennbar ist – trotz der unterschiedlichen Eisenbahnverkehrsunternehmen, die die Verkehrsleistungen erbringen.

## 4. Das Angebot wächst kontinuierlich

Durch die Vergabe von Liniennetzen im Wettbewerb erhält der Freistaat deutlich mehr Leistung für sein Geld. Der Grund: Die Eisenbahnverkehrsunternehmen bieten ihre Leistungen im Wettbewerb günstiger an als noch zu Zeiten des staatlichen Monopols vor 1996. Sie arbeiten effizienter, kalkulieren knapper, behalten die Kosten stärker im Blick, investieren mehr in Service und weniger in Verwaltungsstrukturen.

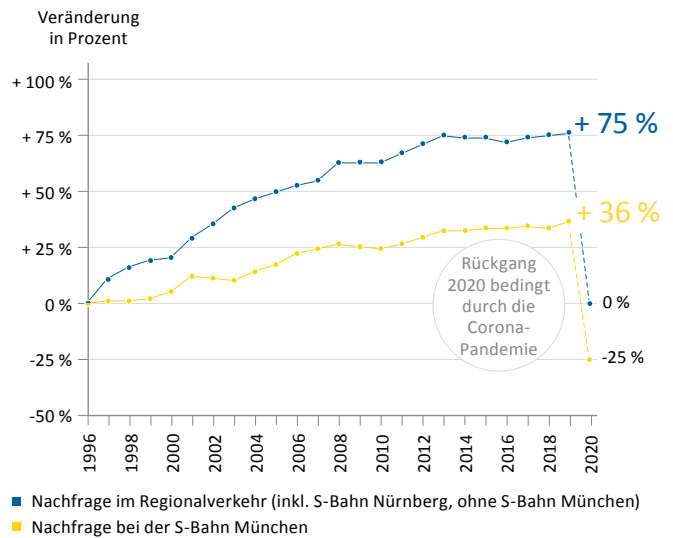
„Diese Effizienzgewinne können wir in deutlich mehr Leistung und Qualität auf der Schiene investieren“, erklärt der Sprecher der BEG-Geschäftsführung, Thomas Prechtel. „Heute bestellen wir 57 Prozent mehr Verkehrsleistung als vor der Regionalisierung – und das, obwohl wir heute nicht mehr Mittel zur Finanzierung des eigentlichen Eisenbahnbetriebs zur Verfügung haben als vor 25 Jahren.“



Entwicklung des Angebots im bayerischen SPNV auf Basis der Zugkilometer (1995 – 2021)

## 5. Die Nachfrage steigt

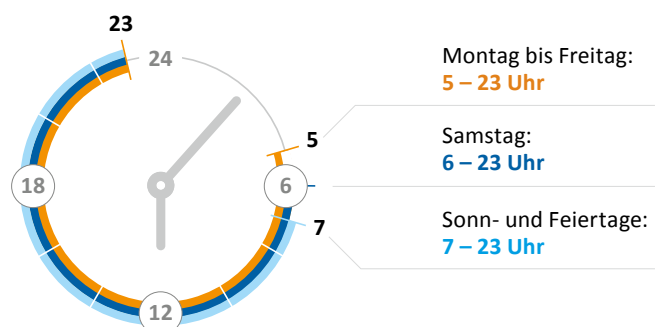
Noch deutlicher als das Verkehrsangebot stieg seit 1996 die Nachfrage im Bahnland Bayern. Im Regionalverkehr (inklusive S-Bahn Nürnberg) legten die Personenkilometer zwischen 1996 und 2019 um beachtliche 75 Prozent zu, bei der S-Bahn München waren es – auf bereits hohem Niveau – 36 Prozent. Der starke Rückgang 2020 liegt an den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Ein wesentlicher Grund für den langfristigen Trend steigender Fahrgastzahlen war die Einführung des Bayern-Takts.



Entwicklung der Personenkilometer im bayerischen SPNV (1996 – 2020)

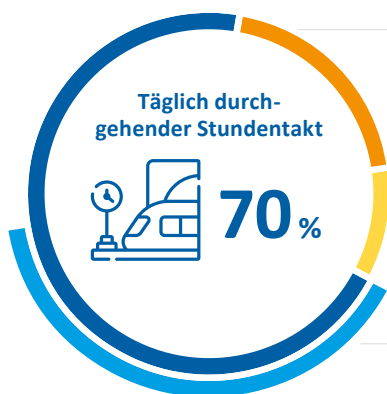
## 6. Bayern-Takt: aufeinander abgestimmte Abfahrtszeiten im Stundentakt

Das Herzstück der BEG-Planungsarbeit ist der Bayern-Takt. Das Ziel dieses Integralen Taktfahrplans sieht folgendermaßen aus: Jede Station in ganz Bayern wird mindestens einmal pro Stunde und möglichst immer zur gleichen Minute angefahren; Verbindungen an Knotenbahnhöfen sind aufeinander abgestimmt, mit möglichst vielen kurzen Umsteigemöglichkeiten.



Bedienrichtwert des Bayern-Takts: durchgehender Stundentakt mindestens zu diesen Zeiten





**Stundentakt mit einzelnen Lücken**

Bei **20 Prozent** der Stationen gibt es noch einzelne Lücken im Stundentakt.

**Kein Stundentakt**

**10 Prozent** der Stationen haben kein tägliches Grundangebot im Stundentakt.

**Halbstündliche Verbindungen**

An mehr als **40 Prozent** der Stationen haben Fahrgäste montags bis freitags in den Hauptverkehrszeiten ungefähr halbstündliche Verbindungen.

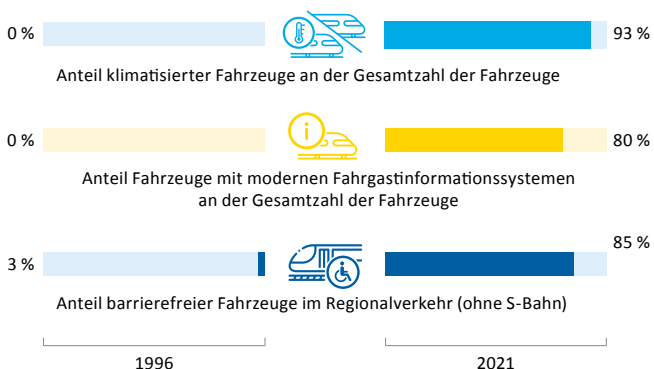
**70 Prozent** der 1.066 Stationen in Bayern werden durchgehend und täglich mindestens im Stundentakt bedient – auch an Wochenenden.

*Abdeckungsquote des Bayern-Takts*

Auf diesem Weg ist die BEG schon weit vorangeschritten. An rund 70 Prozent aller Stationen in Bayern gibt es bereits täglich einen durchgehenden Stundentakt, an weiteren 20 Prozent der Stationen ist der Stundentakt bis auf einzelne Taktlücken realisiert. Bei den übrigen zehn Prozent liegt es unter anderem an der Infrastruktur, dass die BEG nicht mehr Fahrten bestellen kann. Beispielsweise fehlt es in manchen Knotenbahnhöfen an Gleisen und Bahnsteigen, um den Integralen Taktfahrplan komplett umzusetzen.

## 7. Fahrzeuge werden komfortabler

Nicht nur das Fahrplanangebot hat die BEG in den vergangenen 25 Jahren erheblich verbessert: Ein zweiter Investitionsschwerpunkt war die Modernisierung der Fahrzeugflotte. Heute fahren im Bahnland Bayern überwiegend niederflurige und klimatisierte Neufahrzeuge mit wesentlich mehr Komfort. Steckdosen und WLAN gehören bei neuen Verkehrsverträgen ebenso zur Standardausstattung wie deutlich verbesserte Fahrgastinformationssysteme mit großen Monitoren. Mit dem Ideenzug beteiligt sich die BEG an einem Design-Pilotprojekt, das die Zukunft des Regionalzugs auslotet – unter anderem mit Modulen für Familien, konzentriertes Arbeiten und Public Viewing.

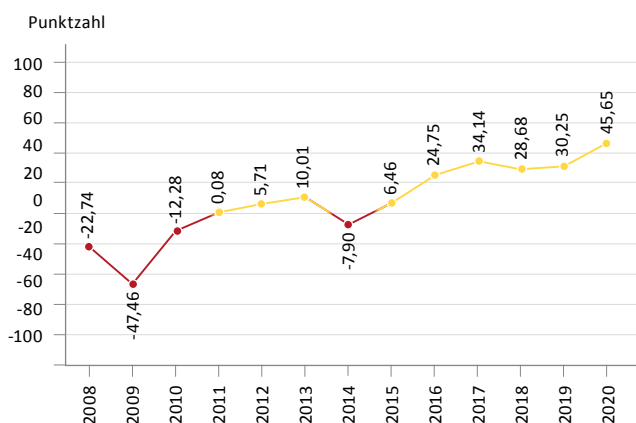


*Entwicklung der Komfortmerkmale aller Fahrzeuge im bayerischen SPNV (1996 – 2021)*

## 8. Die Servicequalität steigt

Durch ein engmaschiges Netz an Qualitätsmessungen und mit Hilfe von Anreizsystemen versucht die BEG, die Qualität im bayerischen SPNV zu steigern. Gut gelingt das bei Qualitätskriterien, die die Eisenbahnverkehrsunternehmen komplett selbst in der Hand haben, beispielsweise bei der Sauberkeit der Züge und der Hilfsbereitschaft und Kompetenz ihrer Servicemitarbeiter. Diese Kriterien\* hat die BEG unter dem Begriff Servicequalität zusammengefasst.

Das Diagramm zeigt, wie sich die Servicequalität zwischen 2008 und 2020 in Bayern entwickelt hat. Erreicht ein Unternehmen den Wert null, sind die Erwartungen der BEG gerade erfüllt. Wer darüber liegt, erhält einen Bonus, wer Minuspunkte hat, zahlt Strafe (+100 Punkte = maximaler Bonus, -100 Punkte = maximaler Malus). Der bayernweite Durchschnittswert steigt bis auf wenige Ausnahmejahre kontinuierlich an. Das Mess- und Anreizsystem der BEG zeigt also Wirkung: Die Fahrgäste profitieren von einem steigenden Serviceniveau.



*Entwicklung der Servicequalität im bayerischen SPNV Bayernweiter Durchschnittswert (alle Netze, 2008 – 2020)*

\*Die Servicequalität setzt sich aus folgenden Kriterien zusammen:

- die Sauberkeit der Fahrzeuge (innen und außen)
- die Fahrgastinformation im Regel- und Störfall
- die Funktionsfähigkeit der Ausstattung
- die Serviceorientierung der Zugbegleiter
- die Kundenorientierung bei Beschwerden

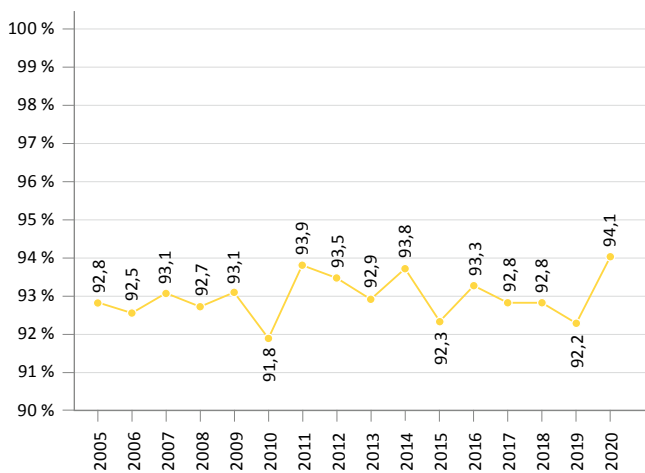
## 9. Betriebsqualität auf stabilem Niveau

Während die Servicequalität im unmittelbaren Einflussbereich der Verkehrsunternehmen liegt, ist dies bei der Pünktlichkeit und den Zugausfällen nur zum Teil der Fall. Externe Faktoren (zum Beispiel Witterung), verspätete Fernverkehrszüge und infrastrukturelle Einschränkungen (Bauarbeiten, Störungen der Leit- und Sicherungstechnik) spielen eine große Rolle. Insbesondere die Infrastruktur hat sich in den vergangenen Jahren zu einem maßgeblichen Störfaktor für die Qualität im SPNV entwickelt. Zugleich ist auch die Auslastung des Schienennetzes deutlich gestiegen.



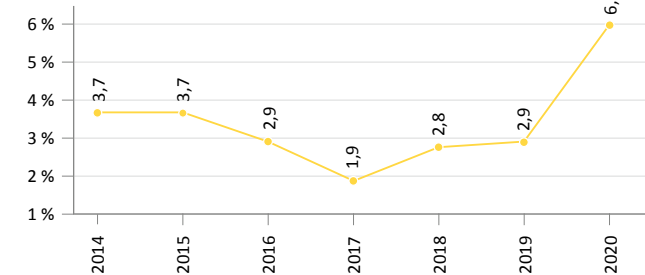
Angesichts der Infrastrukturprobleme und des hoch ausgelasteten Schienennetzes ist es nicht verwunderlich, dass es bei Pünktlichkeit und Ausfällen keine vergleichbar positive Entwicklung wie bei der Servicequalität gibt. Es ist bereits ein Erfolg, dass sich das Pünktlichkeitsniveau der Regionalzüge und S-Bahnen in Bayern auf einem vergleichsweise hohen Niveau hält und abgesehen von einigen Ausnahmejahren nicht abgesunken ist. Der Rekordwert 2020 ist auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückzuführen: Die Züge waren auch deshalb pünktlicher, weil wegen Corona zeitweise auch weniger Züge unterwegs waren. Auch die hohe Ausfallquote im Jahr 2020 wurde maßgeblich durch die Corona-Pandemie verursacht, bei der über einige Wochen ein reduzierter, aber stabiler Grundfahrplan gefahren wurde.

Pünktlichkeitsquote in Prozent



Entwicklung der Pünktlichkeitsquote im bayerischen SPNV  
Bayernweite Durchschnittswerte (alle Netze, 2005 – 2020)

Quote Gesamtausfall in Prozent



Entwicklung der Ausfallsquote im bayerischen SPNV  
Bayernweite Durchschnittswerte (alle Netze, 2014 – 2020)

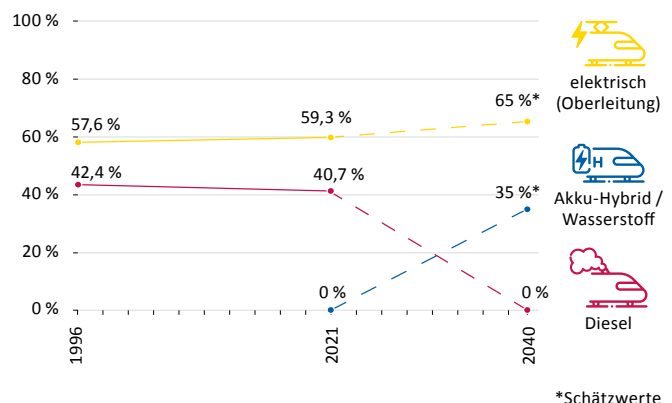
Mangelnde Pünktlichkeit und Zugausfälle werden von der BEG finanziell sanktioniert: Unterschreiten die Betreiber festgelegte Pünktlichkeitsschwellenwerte, kürzt die BEG ihre Ausgleichszahlungen; ausgefallene Leistungen werden nicht vergütet. Somit besteht auf Seiten der Verkehrsunternehmen ein hoher Anreiz, alles zu unternehmen, um einen stabilen Betrieb zu gewährleisten. Auf den Zustand der Infrastruktur hat die BEG nur einen sehr beschränkten Einfluss, da die BEG in keinem direkten Vertragsverhältnis mit

den Infrastrukturbetreibern steht. Sie wirkt jedoch in zahlreichen Gesprächen mit DB Netz und DB Station&Service auf infrastrukturelle Verbesserungen hin. Gleichzeitig erwartet die BEG, dass die Verkehrsunternehmen bei Infrastrukturproblemen entsprechenden Druck auf DB Netz oder DB Station&Service ausüben, denn die Verkehrsunternehmen stehen in einem direkten Vertragsverhältnis mit den Infrastrukturbetreibern. Des Weiteren können die Verkehrsunternehmen von den Infrastrukturbetreibern über ein Anreizsystem zumindest in gewissem Umfang Strafzahlungen für infrastrukturbedingte Störungen fordern.

## 10. Auf dem Weg zum klimaneutralen SPNV

Lediglich etwas mehr als 50 Prozent der Schienenstrecken in Bayern sind elektrifiziert. Die Zuständigkeit für Elektrifizierungen liegt für die Strecken der Deutschen Bahn beim Bund. Der Anteil elektrisch erbrachter Verkehre an der gesamten Verkehrsleistung im bayerischen Schienenpersonennahverkehr lag 2021 dagegen bei fast 60 Prozent und damit deutlich über der Elektrifizierungsquote des Streckennetzes. Das liegt daran, dass die besonders nachfragestarken Linien mit dichtem Takt in der Regel elektrifiziert sind. Dagegen gibt es unter den dieselbetriebenen Linien mehr Verbindungen im ländlichen Raum, bei denen sowohl Nachfrage als auch Zugangebot deutlich geringer sind.

Eine komplette Elektrifizierung des bayerischen Schienennetzes ist nicht absehbar. Im Rahmen ihrer Klimaschutzmaßnahmen hat die Bayerische Staatsregierung das Ziel ausgegeben, den Regionalverkehr bis spätestens 2040 klimaneutral zu gestalten. Wo es keine Perspektive für eine Elektrifizierung der Strecke gibt, sollen Fahrzeuge mit emissionsfreien Antrieben zum Einsatz kommen, beispielsweise Akku-Hybrid- und Wasserstofffahrzeuge. Auf verschiedenen Strecken werden diese Antriebsarten in den kommenden Jahren intensiv auf ihre Alltagstauglichkeit getestet. Mitte der 2020er Jahre soll der erste reguläre Fahrgastbetrieb mit Wasserstofffahrzeugen im Raum Mühldorf starten.



Anteil der elektrisch erbrachten Verkehrsleistung im bayerischen SPNV (1996 – 2021– 2040)





Bärbel Fuchs und Thomas Prechtl

# „Auf Kurs Richtung Zukunft“

Thomas Prechtl, Sprecher der Geschäftsführung der BEG, und Bärbel Fuchs, Geschäftsführerin der BEG, erklären im Interview, welche Projekte die BEG derzeit verfolgt und wie die Zukunft im Bahnland Bayern aussieht.

■ **Ob Angebot, Nachfrage oder Servicequalität:**  
*Die Entwicklung im Bahnland Bayern zeigte in den vergangenen Jahrzehnten stetig nach oben. Dann kam Corona und die Fahrgastzahlen gingen in den Keller. Haben wir es mit einer Trendwende zu tun?*

**Prechtl:** Nein, davon gehe ich nicht aus. Im letzten Sommer stiegen die Fahrgastzahlen wieder deutlich. Deshalb gehen wir fest davon aus, dass es sich um eine vorübergehende Delle handelt und wir nach dem Ende der Pandemie wieder an die Entwicklung davor anknüpfen können. Allerdings müssen wir uns bei einigen Fahrgästen sicher anstrengen, sie wieder von unserem Angebot zu überzeugen, wenn sie der Bahn längere Zeit den Rücken gekehrt haben.

■ **Wie wollen Sie diese Fahrgäste zurückgewinnen?**

**Fuchs:** In erster Linie durch ein gutes Angebot. Wir haben deshalb die Zugfahrten während der Pandemie nicht reduziert, bis auf wenige Wochen in der ersten Welle. Und nicht nur das: Wir haben das Angebot sogar erweitert, zuletzt vor allem im Allgäu und bei der S-Bahn München. Allerdings muss ich auch klar sagen: Die Bäume wachsen nicht mehr in den Himmel wie in den vergangenen 25 Jahren: Die Kombination aus deutlich gestiegenen Infrastrukturgebühren und seit einigen Jahren auch wieder steigenden Angebotspreisen der Eisenbahnverkehrsunternehmen lässt uns immer weniger Spielraum für umfangreiche Mehrbestellungen. Und auch die Eisenbahninfrastruktur stößt vielerorts an ihre Grenzen. Ausgerechnet dort, wo die Nachfrage besonders hoch ist, können wir häufig nicht mehr Züge fahren lassen, weil das die Schienenkapazitäten nicht mehr hergeben.

■ **Wie sieht die Lösung aus?**

**Prechtl:** In beiden Fällen hilft nur eines: Es braucht mehr Geld aus Berlin. Zum einen für den Ausbau der Infrastruktur. Zum anderen aber auch für uns, die Aufgabenträger, für die Bestellung der Verkehrsleistungen im Schienenpersonenverkehr. Was viele nicht wissen: Die Regionalisierungsmittel erhalten die Länder vom Bund; das ist seit der großen Bahnreform in den 1990er Jahren so geregelt. Sprich: Die neue Bundesregierung muss deutlich mehr Geld zur Verfügung stellen. Ihr Ziel ist ambitioniert: Die Verkehrsleistung im Personenverkehr auf der Schiene soll sich bis 2030 verdoppeln. Dieses Ziel muss die Bundesregierung jetzt dringend mit den nötigen Finanzmitteln hinterlegen. Das geht nicht mit ein paar Millionen hier und da. Dafür braucht es zusätzlich viele Milliarden Euro.

■ **Das heißt, Ihnen bleibt keine andere Option, außer mehr oder weniger geduldig auf Geld aus Berlin zu warten?**

**Fuchs:** Da kennen Sie uns aber schlecht! Nein, wir versuchen, wo es geht, das Angebot zu verbessern. Bei der BEG arbeiten 94 begeisterte Bahnenthusiasten, die den Regional- und S-Bahn-Verkehr nach vorne bringen wollen und Kurs Richtung Zukunft nehmen. Wichtige Aufgaben sind beispielsweise neue digitale Services, die das Reisen mit der Bahn angenehmer machen. Da setzen wir bundesweit immer wieder Maßstäbe. Derzeit finanzieren wir beispielsweise die Entwicklung einer App-gesteuerten Anmeldung von Anschlusswünschen. Das hört sich sperrig an, ist aber eine wesentliche Verbesserung für Fahrgäste. Aktuell sieht die Situation noch so aus: Fahrgäste, die in einem verspäteten



Zug sitzen und ihren Anschlusszug zu verpassen drohen, müssen sich persönlich an die Zugbegleiter wenden und ihren Anschlusswunsch äußern. Danach wird ein komplexer Abstimmungsprozess mit etlichen Beteiligten in Gang gesetzt, der ganz überwiegend mündlich stattfindet – und entsprechend lange dauert. Künftig wird der Prozess digitalisiert und so weit wie möglich automatisiert ablaufen. Für Fahrgäste genügt ein Klick in einer Fahrplan-App, um den Anschlusswunsch anzustoßen. Wenige Minuten später erhalten sie eine Rückmeldung auf ihr Handy. Das Pilotprojekt soll im Laufe dieses Jahres bayernweit in den regulären Einsatz gehen.



Foto: © Bayerische Regiobahn/Dietmar Denger

■ **Wie schaut es mit attraktiveren, vor allem günstigeren Tickets aus? Wäre das nicht ein einfacher Weg, die Nachfrage zu erhöhen?**

**Prechtl:** Das ist ein zweischneidiges Schwert: Angesichts ohnehin schon knapper Finanzmittel würde jede Preissenkung zu Lasten des Angebotsumfangs gehen. Es ist eben leider nicht so, dass sich niedrigere Ticketpreise durch die höhere Nachfrage eins zu eins refinanzieren. Und wir haben ja bereits attraktive Tarife für alle möglichen Fahrtzwecke: vom Bayern-Ticket über netzspezifische Gruppentickets bis zum Bayern-Hopper für kürzere Distanzen. Wo der Freistaat auf Ticketebene derzeit Handlungsbedarf sieht, ist ein bayernweiter Landestarif für den gesamten öffentlichen Nahverkehr. Momentan gibt es vor allem in den Regionen ein Problem, in denen es keine Verkehrsverbünde mit Verbundtarif gibt. Wenn Sie dort den Bus nehmen und in den Zug umsteigen, brauchen Sie oft zwei Tickets. Das macht die Fahrt nicht nur umständlich, sondern auch teuer.

■ **Wie wollen Sie zu einem bayernweit einheitlichen Ticketsystem kommen?**

**Prechtl:** Das ist nicht ganz trivial, weil es Hunderte von Akteuren gibt, die sich dazu einig werden müssen, von lokalen Busunternehmen über Städte, Landkreise und Verkehrsverbünde bis zu großen Konzernen wie der DB. Für die bayerische Verkehrsministerin Kerstin Schreyer hat der Landestarif aber hohe Priorität. Zum einen treibt das Ministerium die Erweiterung beziehungsweise die Neugründung von Verkehrsverbänden voran, indem es die Landkreise mit der Finanzierung von Studien zu diesen Vorhaben unter-

stützt. Zum anderen hat die Ministerin die Gründung des Landestarif-Rats angestoßen, in dem die Akteure zusammenkommen und einen Landestarif ausarbeiten sollen. Das Ziel ist klar: ein Klick – ein Ticket: per App ein Ticket kaufen und damit in ganz Bayern Bus und Bahn fahren. Die BEG wird auch dabei eine wichtige Rolle spielen: Das Ministerium hat das Projekt Landestarif bei uns angesiedelt und damit die organisatorischen Strukturen geschaffen, um den Landestarif in Bayern zu etablieren. Im Landestarif-Rat koordinieren wir zudem die Abstimmung innerhalb der Branche.

■ **Welche Zukunftsprojekte liegen Ihnen persönlich am Herzen?**

**Fuchs:** Da gibt es viele! Nur ein Beispiel: die Regio S-Bahn. Die beiden Metropolen München und Nürnberg haben bereits ein leistungsfähiges S-Bahn-Netz, das laufend ausgebaut wird – in München derzeit mit der 2. Stammstrecke. Sehr dynamisch entwickeln sich aber auch die kleineren Großstädte mit ihrem Umfeld, also Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Würzburg. Für diese Ballungszentren brauchen wir ein S-Bahn-ähnliches Angebot, eines das die Städte mit dem Umland bestmöglich vernetzt. Das Konzept lautet: Regio S-Bahn. Der Großraum Ulm/Neu-Ulm ist hier Vorreiter. Dort wurden bereits einige Strecken zu Regio-S-Bahn-Linien ausgebaut, sowohl in Bayern als auch in Baden-Württemberg, in enger Zusammenarbeit zwischen den Ländern und Kommunen. Aber es ist weit mehr als ein Etikettentausch: Beim Regio-S-Bahn-Konzept geht es vor allem darum, einen langfristigen Plan zur Entwicklung der Netze festzulegen und ihn konsequent zu verfolgen. Das Ziel ist, ein attraktives Angebot auf der Schiene bestmöglich mit dem regionalen Busverkehr zu verzahnen und auch auf andere Verkehrsangebote abzustimmen. Das Mobilitätsangebot wird somit aufgewertet, mit besseren Taktungen, Anschlussmöglichkeiten und Serviceangeboten, so dass aus dem großen Ganzen mehr wird als die Summe seiner Teile. Mit der Regio S-Bahn wird moderne Mobilität also auch jenseits von Metropolregionen ganz real. Dieses Konzept wollen wir im Freistaat sukzessive auch auf andere Regionen



Foto: © Agilis/Uwe Miethe



ausweiten. Für den Großraum Regensburg, zum Beispiel, liegt bereits ein Plan vor, wie der Regionalverkehr dort in Zukunft zu einer Regio S-Bahn ausgebaut werden kann. Andere Ballungszentren werden folgen.

#### ■ Welche Rolle spielt der Klimaschutz bei Ihren Aktivitäten?

**Precht!** Ganz klar: Klimaschutz wird auch für die BEG immer wichtiger. Die Bayerische Staatsregierung hat ein klares Ziel vorgegeben: In spätestens 20 Jahren soll der Regionalverkehr klimaneutral sein. Das bedeutet zum einen: Der Strom, mit dem die Züge unterwegs sind, muss langfristig grün werden. Das ist eine Aufgabe, bei der in erster Linie die Energiewirtschaft und die Politik gefragt sind. Wir kommen vor allem beim Einsatz alternativer Antriebe ins Spiel, also beim Ersatz heutiger Dieseltriebzüge durch solche mit Wasserstoff- oder Akku-Hybrid-Technik. Am liebsten wäre es uns, wenn das komplette bayerische Schienennetz elektrifiziert wäre, so wie beispielsweise in der Schweiz. Aber davon sind wir noch weit entfernt. In Bayern ist lediglich die Hälfte des Schienennetzes mit Oberleitungen ausgestattet, und der Anteil wird in den nächsten Jahren auch nur geringfügig steigen. Für den Rest brauchen wir also andere Lösungen – und zwar solche, die genauso zuverlässig sind wie Dieseltriebzüge und die es auch erlauben, die heutigen eng vertakteten Fahrplankonzepte zu fahren. Daran hapert es bei den ersten Wasserstoff- und Akku-Hybrid-Zügen auf dem Markt teilweise noch. Beispielsweise beschleunigen sie noch nicht so schnell wie herkömmliche Züge. Aber wir können und wollen natürlich nicht so lange warten, bis die Industrie unseren Traumzug auf die Schiene bringt. Statt-

dessen tasten wir uns langsam heran und testen zunächst einmal die heute am Markt verfügbaren Technologien auf Herz und Nieren – auch im regulären Betrieb mit Fahrgästen. Der Testbetrieb des ersten Akku-Hybrid-Zuges in Bayern startete im Februar dieses Jahres zwischen Pleinfeld und Gunzenhausen. 2023 folgt der Testbetrieb mit einem Wasserstoffzug, unter anderem auf der Strecke Augsburg – Füssen. Mitte der 20er Jahre soll der reguläre Fahrgastbetrieb mit Wasserstofffahrzeugen im Raum Mühldorf starten. Aber da schließt sich der Kreis zum Anfang: Auch alternative Antriebe sind schlussendlich eine Geldfrage. Derzeit sind diese Züge sowohl in der Anschaffung als auch im Betrieb deutlich teurer als Dieseltriebwagen. Auch deshalb benötigen wir dringend mehr Geld aus Berlin. ■



Foto: © BEG/Stephan Winkler

## „Mobilität ist immer auch eine soziale Frage“



Foto: © STMB/Atelier-Krammer

Kerstin Schreyer, bayerische Verkehrsministerin

**D**ie Stärkung der Schiene ist eine tragende Säule der bayerischen Verkehrspolitik. Bei allen Entscheidungen dürfen wir Mobilität aber nicht isoliert betrachten. Was mir als ehemalige Sozialministerin besonders am Herzen liegt, sind die sozialen Fragen, die mit der Mobilität zusammenhängen. Es geht zum Beispiel um gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Menschen in Bayern sollen dort

leben können, wo sie wollen. Und sie sollen überall gute Bedingungen vorfinden, unabhängig von Lebensphase, Beruf oder Einkommen – egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Und das bedeutet, dass wir uns im ländlichen Raum verstärkt um die Verkehrsanbindung kümmern müssen. Wir brauchen durchgehende Reiseketten vom Dorf bis in die Großstädte. Denn nur so ergibt zum Beispiel Pendeln mit den öffentlichen Verkehrsmitteln auch Sinn. Deswegen schlägt mein Herz beim Verkehr für alle Möglichkeiten, weil ich glaube, dass wir den Menschen die Wahlfreiheit lassen müssen. Wir dürfen die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen, sondern müssen die Vorteile nutzen, die jeder einzelne hat. Ein ausgewogener Mix der Verkehrsmittel, einfache Tarife und zeitgemäße Vertriebswege sind die Lösung. Daran arbeiten wir. ■

#### Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion:	Constanze von Hassel
Gestaltung:	Britta Eriskat
Fotos:	Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG)
Verantwortlich:	Constanze von Hassel
Druck:	Creo-Druck, Bamberg
Verlag:	Bayerische Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22 info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de